



Politische Berichte

Nummer 8 / 13. Jahrgang

10. April 1992

G 7756 D Preis 1,50 DM

Wohlfahrtsverbände für bedarfsoorientierte Grundsicherung statt diskriminierender Sozialhilfe

Vielleicht wirksam gegen Armut und Ausgrenzung

In der Diskussion der jüngsten Wahlfolge rechter Parteien in Baden-Württemberg und Bayern spielt eine Rolle, daß die Regierungspolitik von Union und FDP soziale Angste schürt und somit Leute zur „Protestwahl“ treibt. Leider viel weniger eine Rolle spielen dabei Vorschläge, wie eine Sozialpolitik Wirklichkeit werden soll, die die gesellschaftliche Konkurrenz vielleicht etwas abmildert und bei vielen existentiellen Ängsten verringern könnte. Aus einer etwas unerwarteten Ecke kommt nun ein Vorschlag, der nicht nur den Vorteil hat, diesen Zielen zu entsprechen, sondern (was wahrscheinlich noch wichtiger ist) auch die Chance, politisch verwirklicht werden zu können. Der Paritätische Wohlfahrtsverband, eine Dachorganisation von kirchlichen und nichtkirchlichen Wohlfahrtsverbänden und -vereinen, hat im März einen Diskussionsentwurf zur Weiterentwicklung der Sozialhilfe vorgelegt. Dieser Vorschlag greift Bestandteile der Diskussion bei der SPD, den Grünen, aber auch bei Teilen der CDU auf; der Paritätische Wohlfahrtsverband will sich bemühen, eine gesetzliche Reform anzustossen.

In einer Bestandsaufnahme schreibt Prof. Dr. W. Hanesch, daß rund zehn Prozent der Bevölkerung der alten Bundesländer arm sind, in den neuen Bundesländern müsse man eher noch mit höheren Zahlen rechnen. Das sei keine gesellschaftliche Sonderentwicklung: „Während Jahr für Jahr das Pro-Kopf-Einkommen weiter ansteigt, ist dieser Reichtum zunehmend ungleichmäßig verteilt.“ Zu den Ursachen wachsender Armut werden angeführt: Rund ein Drittel aller Erwerbstätigen sind in „präkären Beschäftigungsformen“ (geringfügig, unstet, befristet, Leiharbeit etc.) und fallen daher nicht oder nur unzureichend unter die Sozialversicherung. Aber auch bei unbefristeter Vollzeitbeschäftigung ist die Gefahr, zum Sozialhilfeempfänger zu werden, vorhanden wegen fehlender Mindesteinkommen vor allem aus Rente. Die traditionellen Sicherungsinstitutionen Familie und Ehe brechen oft zusammen, so wächst vor allem für Frauen die existentielle Bedrohung durch Armut. Schließlich würden sich in der ehemaligen DDR all diese Probleme in den nächsten Jahren bei andauernd hoher Arbeitslosigkeit noch schärfer stellen.

Zwar etwas professoral formuliert, aber doch deutlich, kritisiert der Paritätische Wohlfahrtsverband die bisherigen

Prinzipien der Sozialhilfe: „Sie sind dem wirtschaftsliberalen Imperativ verpflichtet, den Zugang zu Sozialhilfeleistungen möglichst restriktiv zu gestalten, um ein freiwilliges Leben von Sozialhilfe auszuschließen. Damit soll die Geltung des Leistungsprinzips und die Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes von unten abgesichert werden.“ Das der Sozialhilfe zugrundeliegende Menschen- und Gesellschaftsbild führt zu „sozialstaatlich unzumutbaren Lebensbedingungen“: rigide kontinuierliche Überprüfung der persönlichen Lebensverhältnisse; weitgefaßte Familiensubsiidiarität (zunächst müssen Angehörige aufkommen), die vor allem ältere Leute auf Sozialhilfe verzichten läßt, um ihre familiäre Beziehungen nicht zu gefährden; „Verpflichtung zum Einsatz der Arbeitskraft für den Lebensunterhalt, bei der nicht einmal die bescheidenen Kriterien des Berufsschutzes des Arbeitsförderungsgesetzes gelten“; Hin und Her zwischen Behörden und großen Ermessensspielräumen bei der Ausgestaltung von Leistungen. Kurzum: „Das Leben eines Sozialhilfeempfängers ist durch ein unzumutbares materielles Versorgungsniveau sowie durch Diskriminierung und Ausgrenzung gekennzeichnet.“

Genießt diese Wirkung der Sozialhilfe schlägt der Verband eine Reform vor, die er selbst als „strukturkonservativ

Faschisten jetzt in drei Landtagen

Nach dem Wahlerfolg in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein sind faschistische Parteien jetzt in drei Landtagen vertreten. Rep.-Chef Schönhuber gab schon die Parole aus: Jetzt beginne der Kampf um den Einzug in den Bundestag 1994. Berichte zu den Wahlen in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein und zur Situation der CDU auf den Seiten 3, 6 und 7. Bild: Antifaschistischer Protest in Leipzig am 21. März. — (rül, Bild: A. M., Leipzig)

und pragmatisch“ vorstellt. An die Stelle der sog. Hilfe zum Lebensunterhalt soll die bedarfsoorientierte Grundsicherung treten. Bedarfsorientiert zum einen, daß sie sich an gesellschaftlichen Einkommens- und Verbrauchsstandards orientiert, zum anderen in dem Sinne, daß auf die Grundsicherung ein Anspruch besteht, wenn ein Bedarf vorliegt, also kein ausreichendes Einkommen erzielt wird. Im einzelnen heißt das:

Statt Individualisierung grundsätzlich mit kleinerlicher Nachprüfung, ob jetzt dieses oder jenes notwendig ist, Schematisierung von Zahlungen. Eine Beispieldurchrechnung: ein Alleinstehender bekäme eine Grundsicherung von 729 DM, dazu die Wohnungskosten je nach tatsächlicher Miete und Heizung (wären durchschnittlich 393 DM), zusammen also 1122 DM; das wäre gegenüber dem jetzigen Sozialhilfeanspruch von 908 DM eine Steigerung um 23,6 %. Der Anreiz, eine Erwerbsarbeit aufzunehmen, soll dadurch hergestellt werden, daß in diesem Fall Mehrbedarfsschläge gezahlt werden und Einkommen aus Erwerbsarbeit erst angerechnet werden, wenn eine Grundsicherungsschwelle überschritten wird (im Beispiel würde erst ab 1403 DM monatlichem Nettoeinkommen keine Grundsicherung mehr gezahlt). Wichtig ist, daß das sog. Abstandsgebot zu den unteren Lohngruppen entfallen soll: Falls diese Lohngruppen erzielt wird. Im einzelnen heißt das:

pen in den Bereich der Grundsicherung kämen, so sei dies als „alarmierendes Signal im Hinblick auf Lohnniveau, Lohnstruktur und Familienlastenausgleich zu deuten“.

Die Unterstützungsverpflichtung für Familienangehörige soll auf den Ehepartner sowie von Eltern gegenüber minderjährigen oder in Ausbildung befindlichen Kindern beschränkt werden.

Die Auszahlung soll bei Rentenempfängern von der Rentenversicherung, bei allen anderen von den Arbeitsämtern vorgenommen werden. Bundeseinheitliche Regelungen sollen den Ermessenspielraum mindern, und die Finanzierung durch den Bund die Kommunen entlasten. Die Grundsicherung soll Versicherungsbeiträge für Krankheit und Alter übernehmen, so daß bei vorübergehender Notlage die Folgen für spätere Lebensjahre abgemildert werden.

Der Paritätische hofft auf Unterstützung aus Kirchen und Gewerkschaften, damit Partei und Regierung endlich das Armutproblem mit einer Reform angehen. Die Reform käme, so seine Schätzung, auf 16,7 Milliarden Mark jährlich mehr, das wäre eine Erhöhung des gesamten Sozialbudgets um knapp 2,4 Prozent — eigentlich nicht allzuviel, die Wirkung gegen brutalen Wirtschaftsliberalismus wäre aber groß.

Quelle: Bedarfsoorientierte Grundsicherung, in: Blätter der Wohlfahrtspflege 3/92 — (alk)



Banken: Niedriger Tarifabschluß

Nach langem Kampf wurde der Abschluß den Banken abgetrotzt

In der Nacht vom 3. auf den 4. April fand ein „Spitzengespräch“ zur Lösung des seit Januar währenden Tarifkonflikts im privaten Bankgewerbe statt. Aus den Gesprächen wurden Verhandlungen, die am Samstagmorgen mit einer Einigung der verhandelnden Parteien beendet wurden. Die Medien feierten das Ergebnis als Abschluß und überhörten geflügelte, daß die Gewerkschaft HBV erst noch Urabstimmungen durchführen wollte. Die Große Tarifkommission, die am Montag tagte, billigte allerdings das Ergebnis — vor allen Dingen wegen der niedrigen Tariferhöhung — nicht. Die HBV gibt keine Empfehlung an die Kolleginnen und Kollegen ab, die über einen Abschluß oder verschärzte Streikmaßnahmen abstimmen sollen.

Daß das Gesamtvolume von Arbeitgebern und Gewerkschaften jeweils anders berechnet wird, hat seinen Grund: Während die HBV, die 6,4 % veröffentlichte, auf keinem Fall hinter dem Stahlabschluß zurückfallen wollte, paßte den Banken für die Öffentlichkeit eine Sechs-

vor dem Komma nicht in den Plan, sie sprachen von 5,78 % und äußerten, daß die tarifpolitische Wende damit nicht gefährdet sei.

Tatsächlich werden die Tarifgehälter nach 14 Monaten Inflation lediglich um 5,4 % erhöht. Die Einstiegsgehälter von Berufsanhängern liegen weiterhin unter 3000 DM. Eine besondere Anhebung unterer Gehälter findet auch nach der Sockelforderung nicht statt. Darüber dürfen auch nicht die Einmalzahlungen von Festbeträgen über 300 und 350 DM, gern als „soziale Komponente“ dargestellt, hinwegtäuschen. Hier sind Leimruten gelegt. Das *Handelsblatt* kommentierte am 6. April: „Auch die Struktur des Banktarifs ist sympathisch.“ Denn die erhöhte einkommenspolitische Leistungskraft der Banken wird nicht durch eine lineare Lohnerhöhung abgeschöpft, sondern im wesentlichen durch zwei Einmalzahlungen, die also nicht nach der Zins- und Zinseszinsrechnung die Zukunft belasten ... Insofern wäre es zu wünschen, daß dieses Modell auch

in anderen Branchen und auch für künftige Jahre Schule mache.“

Der dienstfreie 31.12., der mit knapp 0,4 % bewertet wird, ist nicht wie der 24.12. Bankfeiertag. Bestimmte Arbeiter nämlich, z.B. die zum Ultimo, dürfen sehr wohl verrichtet, müssen dann über Freizeit ausgeglichen werden. Nun sind wieder die Betriebsräte gefordert, brauchbare betriebliche Regelungen zu finden und durchzusetzen.

Alle anderen Vereinbarungen sind Bonbons, die die Arbeitgeber ohne Not zugestehen konnten, die aber nur wenigen nützen: Drei freie Tage für Auszubildende zur Prüfungsvorbereitung, was in vielen Banken längst Praxis ist, besserer Eingruppierung der Berufsanhänger unter zwanzig Jahre, Sonderurlaubstage zu besonderen Anlässen.

Die Kämpfe der Bankangestellten haben die Niederlage, die der gesamten Tarifbewegung vorab zugefügt werden sollte, abgewehrt. Jedoch genügte die Kraft nicht, den reichen Banken wirkliche Schmerzen zu bereiten. — (mod)

PDS-Parteiarchiv bei Großazzia durchsucht

Am 31. März durchsuchte ein Großaufgebot von Polizei und Staatsanwälten etwa 40 Wohnungen von früheren SED-Politbüromitgliedern und das Parteiarchiv der PDS. Vorwand: Angebliche „Beweissicherung“ in mehreren Ermittlungsverfahren gegen Mielke, Honecker, Willi Stoph, Harry Tisch u.a. Zahlreiche Akten wurden mitgenommen. Zwei Tage zuvor war das PDS-Archiv bereits durch eine Novelle des Bundesarchivgesetzes dem Bundesinnenministerium unterstellt worden. Die Archivleiterin hatte bereits vor der Aktion von entsprechenden Vorbereitungen der Polizei gehört und dem Polizeipräsidenten geschrieben, er möge doch seinen Wunsch nach Akteneinsicht frühzeitig mitteilen, man werde ihm die gewünschte Aktenausleihe gegebenenfalls „fachmännisch vorbereiten“. Die PDS protestierte gegen die ebenso „rechtswidrige wie überflüssige“ Polizeiaktion. — (rül)

Leiharbeit in BRD-West seit 1987 fast verdoppelt

Seit 1987 hat sich die Zahl der offiziell als „Leiharbeiter“ beschäftigten Lohnabhängigen in der BRD nach den neuesten Zahlen des „Bundesverbandes Zeitarbeit“ fast verdoppelt. 1991 hatten dann 134000 Lohnabhängige im Gebiet der BRD-West diese extrem gedrückten Arbeitsverträge abschließen müssen. Die tatsächliche Zahl der Lohnabhängigen in Leiharbeit dürfte noch höher liegen, da zahlreiche Unternehmen den Verband verlassen haben. Scheinheilig beklagt der Verband, daß die Gewerkschaften sich immer noch weigerten, Tarifverträge für Leiharbeit abzuschließen. Tatsächlich beharren die Gewerkschaften auf ihrer Forderung, Leiharbeit gesetzlich zu verbieten. — (rül)

Friedensdividende! Gegen militärisches Eingreifen!

„Trotz Ermutigung bleibt große Sorge für Frieden und Zukunft“, heißt es im Aufruf des Friedensnetzes Baden-Württemberg für die diesjährigen örtlichen/ regionalen Ostermarsche. Im Mittelpunkt stehen Forderungen nach Abrüstung, Stopp des Jägers 90 und aller Ersatzprojekte, Stopp aller Rüstungsexporte, Rüstungskonversion. Der Aufruf sieht angesichts der internationalen Möglichkeiten der BRD durch ihre „wirtschaftliche und politische Stärke“, die allerdings nicht kritisch beleuchtet wird, die Chance zur Abschaffung der Armee. Unter dem Stichwort „Internationale Politik statt internationaler Truppen“ werden wichtige Forderungen bestärkt, u.a. gegen Grundgesetzänderung und erweitertes Einsatzgebiet der Bundeswehr, gegen die Unterstützung schneller Eingreiftruppen und die Verfügung über Atomwaffen. — (evc)

Gemeinsame Veranstaltung zur Wahl mit der PDS/LL

„Hat die Linke eine Wahl?“ war der Titel einer Veranstaltung von BWK, DKP, ÖkoLi, PDS/LL und VSP in Stuttgart am 27. März. Etwas über dreißig Interessierte aus Stuttgart und Umgebung, aber auch aus anderen Orten Baden-Württembergs, diskutierten, wie eine Wahlbeteiligung linker Parteien und Zusammenhänge wieder möglich gemacht werden kann. Man war sich einig, daß keine Organisation dies alleine versuchen sollte, sondern ein Bündnis anzustreben ist. Diese Übereinstimmung ist insofern bemerkenswert, weil es bei den letzten Bundestagswahlen bei der Bildung der PDS/Linke Liste in Baden-Württemberg zu Ausgrenzung vor allem solcher sozialistischer Kräfte kam, die bei den vorangegangenen Gemeinderatswahlen bereits praktisch Bündnisse zu Wahlen nicht ohne Erfolg erprobt hatten. Weitere Diskussion wurde gewünscht, sie ist auch nötig, vor allem, nachdem die Präsenz der Republikaner im Landtag alle Fragen der Zusammenarbeit und Abgrenzung neu und komplizierter stellt. — (alk)

Aktuell in Bonn

Bonn streicht Aids-Hilfe

Jahrelang wurde die Bevölkerung in Hetzkampagnen belehrt, Aids werde die zentrale Herausforderung der Gesellschaft. Vor allem hielt es: der Ausbreitungsgrad der Krankheit werde weit unterschätzt; eine „Lawine“ komme auf Bevölkerung (und Kassen) zu. Im Gegensatz zu diesen Behauptungen hat Bonn nun unter der Gesundheitsministerin Hasselfeldt beschlossen, die Aids-Hilfe von ehemals 30 Millionen Mark bis 1993 auf 16 Millionen und bis 1995 auf Null zusammenzustreichen. Gleichzeitig gewinnen in Bonn diejenigen massiven Einfluß, die „bundesweite Untersuchungen“ und „Zwangsumtersuchungen bei bestimmten Personengruppen oder/und Verdächtigten“ fordern.

Verzicht für den Osten?

Der Druck wird systematisch aufgebaut: In der letzten Woche forderte Sachsen's Ministerpräsident Kurt Biedenkopf, die Bundesbürger im Westen müßten ihren Lebensstandard „für eine Weile auf das Niveau von 1989 zurückzuschrauben“. Gemeint ist: auf das Nominallohniveau, ein jährlicher Reallohnabbau im Rahmen der Inflation. Lambsdorff forderte konkret „mindestens drei Sparjahre im Westen“. Der CSU-Generalsekretär Erwin Huber forderte „die Tarifpartner ernsthaft auf, über längere Arbeitszeiten zu verhandeln“. Letzteres heißt: Die Gewerkschaften sollen so unter Druck gesetzt werden, daß sie der Aufhebung geltender Tarifverträge zustimmen. Kein Thema waren die riesigen Banken- und Industrieprofite und die beachtlichen Gehälter derjenigen, die diesen Verzicht predigen.

Geldwäschegesetz

Im Bundeskabinett steht die Verabschiebung eines Gesetzentwurfs zum „Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten“ auf der Tagesordnung. Der Gesetzentwurf soll einen bereits im Bundestag vorliegenden Gesetzentwurf zur „Bekämpfung des illegalen Rauschgift- handels und anderer Formen der organisierten Kriminalität“ ergänzen. Künftig sollen Banken und Versicherungen bereits bei Geldbewegungen ab 30 000 DM und Lebensversicherungen mit mehr als 2000 DM Prämien im Jahr die beteiligten Personen „identifizieren“ müssen. Alle mit größeren Finanzbewegungen befaßten Unternehmen müssen eine „leitende Person“ als Ansprechpartner für Staatsanwälte benennen. Die Regierung bekommt so einen bislang unerhörten Einblick in private Finanztransaktionen jeder Art.

Kanzler Luxus-Jet

Nachdem Deutschland weltweit ein Treppchen nach oben aufrückte und in der neuen Weltordnung ganz vorn sein will, geriet das Spielzeug des US-Präsidenten, die „Air Force One“, ein Sonder-Luxus-Jet zur Verfügung des US-Präsidenten, in das Blickfeld des Kanz-

lers. Ein „Airbus One“ soll angeschafft werden, gleich in zwei Exemplaren. Kostenpunkt 250 bis 350 Millionen DM. Die Innenausstattung nur vom Feinsten. Wichtig dabei: Eine separate Kanzler-Zone, die „nicht von anderen Gästen beim Gang zur Toilette passiert werden muß“.

„Türkeihilfe“ geht weiter

Mit der Ablehnung aller Anträge insbesondere der PDS/LL auf Einstellung der Türkeihilfe endete am 3. April die „Türkei-Debatte“ des Bundestags. Kanzler Kohl erklärte zu den aufgeflögenen Waffenlieferungen zuerst scheinheilig: „Die entsprechenden Lieferverträge sehen ausdrücklich vor, daß dieses Material ausschließlich zur Verteidigung und — dies ist entscheidend — im Rahmen des Bündnisses verwendet werden darf“, um dann die Kurdenunterdrückung der türkischen Regierung zu billigen: „Die Bundesregierung verurteilt und bekämpft jegliche Art von Terrorismus auf das Nachdrücklichste. Auch der Türkei bestreitet niemand das Recht, sich gegen terroristische Handlungen auf rechtsstaatliche Art und Weise zur Wehr zu setzen . . .“

Rühe beginnt: Entlassungen

Als einer seiner ersten Amtshandlungen hat der neue Verteidigungsminister Rühe angekündigt, er werde die Zahl der Beamten im Verteidigungsministerium um etwa 1000 verringern. Das wäre ein Fünftel der Bürokratie. Rühes schnelle Ankündigung sollte wohl vor allem seinen Vorgänger Stoltenberg entlasten. Verschiedentlich war in der Presse behauptet worden, die rechtswidrigen Waffenlieferungen an die Türkei seien ohne Stoltenbergs Wissen von einer „unregierbaren“ Ministerialbürokratie veranlaßt worden.

Bundesbank: 14,5 Mrd. für Waigel

Einen Rekordgewinn überweist die Bundesbank dieser Tage an Finanzminister Waigel: 14,5 Mrd. DM bekommt der Minister, 7 Mrd. DM mehr, als im Haushaltsplan veranschlagt. Dabei hat die Bundesbank noch durch eine niedrigere Bewertung ihrer Dollarreserven (veranschlagter Kurs: 1 Dollar = 1,45 DM) den Gewinn zusätzlich gesenkt. Im nächsten Jahr steht damit — so nicht der Dollar sensationell tief fällt — noch einmal der gleiche Gewinn zu erwarten. Die Gläubigerposition der Bundesbank gegenüber dem Ausland bringt enorme Zinsen.

Was kommt demnächst?

Am 8. April will das Bundeskabinett den Gesetzentwurf gegen „illegalen Geldwäsche“ verabschieden, am 15. Mai ist die erste Lesung im Bundesrat. Am 13. April will der Berliner Senat die offizielle Bewerbung für die Olympiade 2000 einreichen. Am 30. April ist im Bundestag eine große Debatte zum Asylrecht geplant, auf der das „Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz“ und erstmals auch ein Verfassungsänderungsantrag der Union zum Asylrecht zur Abstimmung stehen soll. Am 24. Mai sind Wahlen zu den Bezirksvertretungen in Berlin.

UN-Flüchtlingskommissar kritisiert Asylgesetz als völkerrechtswidrig

Am 1. Juli soll das Gesetz zur Beschleunigung der Asylverfahren in Kraft treten. Am 4. Juni sollen die zweite und dritte Lesung im Bundestag und Ende Juni die Verabschiedung im Bundesrat sein. Im Mai soll der Entwurf den letzten Schliff erhalten. Bei einer Expertenanhörung vor dem Bundestagsausschuss hatten fast alle der nahezu 30 Sachverständigen — Juristen, Verwaltungsbeamte und humanitäre Organisationen — den Entwurf kritisiert. Wir dokumentieren im folgenden Auszüge aus einer Stellungnahme des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) vom 17.2.92.

„... Eingangs möchten wir neuerlich hervorheben, daß der ... angelegte Beurteilungsmaßstab die Satzung des Hohen Flüchtlingskommissars (UNHCR), die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 (GFK) sowie die Beschlüsse des Exekutivkomitees des UNHCR (EX-COM) sind ...“

a) Vollständige Wiedereinführung der GFK:

Wie bereits ausgeführt, ist die vollständige Wiedereinführung der GFK bereits aus völkerrechtlicher Sicht geboten. Im Hinblick auf die Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland als Vertragsstaat der GFK ist es nicht annehmbar, daß auch nach dieser Novellierung des Asylverfahrensgesetzes weiterhin Konventionsflüchtlinge ihre Rechte vorerhalten bleiben. Nicht nur sollen nach dem vorliegenden Entwurf die subjektiven Fluchtgründe der Asylbewerber im Asylverfahren weitgehend unberücksichtigt bleiben (Art. 1. A 2 GFK), viel-

mehr soll z. B. im Sinne der Rechtsprechung zu Art. 16 GG praktisch ausschließlich staatliche Verfolgung zur Anerkennung als Asylberechtigter führen. Ebenso werden die sog. „statuären Flüchtlinge“ (Art. 1 A 1 GFK) und die Palästinensischen Flüchtlinge nach Art. 1 D GFK ihre Rechte nicht im Asylverfahren geltend machen können.

Wie wir meinen, zielt der Entwurf in vielen Details bereits auf eine europäische Harmonisierung ... Vor diesem Hintergrund ist es nur schwer nachzuvozziehen, daß ... weiterhin die GFK nicht vollständig zur Anwendung gebracht werden soll. Dies, obwohl alle anderen europäischen Staaten Art. 1 GFK als Grundlage für ihre Asylverfahren heranziehen.

... eine Änderung des im Grundgesetz verankerten Rechts auf Asyl ohne vollständige Wiedereinführung der GFK (§ 51 AuslG deckt nämlich — wie ausgeführt — bei weitem nicht alle Fälle von Konventionsflüchtlingen ab) wäre in Anbetracht der völkerrechtlichen Verpflichtungen der Bundesrepublik als Mitgliedsstaat der GFK als äußerst problematisch anzusehen ...

Wir erlauben uns daher anzuregen — in Anknüpfung an die bis 1981 geltende Rechtslage in der Bundesrepublik —, das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge durch die Aufnahme des Art. 1 GFK in den Wortlaut des § 1 E-AsylVfG zur Prüfung der Flüchtlingseigenschaft eines Asylbewerbers nach der GFK zu verpflichten. b) Effizienz und Fairness des vorschlagenden Asylverfahrens:

... Ein wesentlicher Grundpfeiler, der

die Fairness des Verfahrens sicherstellen soll, ist die dem Asylbewerber einzuräumende Gelegenheit, sich (auch) vor Einbringen des Asylantrags rechtlich beraten zu lassen. Der vorliegende Entwurf, ... läßt jedoch erkennen, daß die gewünschte Beratung in der Regel nicht mehr möglich sein wird. ... Wie bereits dargelegt, müßte nach unserer Auffassung gerade die Beratung der Asylbewerber als flankierende Maßnahme zur Verfahrensbeschleunigung ... punktuell verstärkt bzw. an den Erstaufnahmeeinrichtungen ermöglicht werden ...

c) Zugang des UNHCR zum Asylverfahren bzw. Ausübung des UNHCR-Mandats

Der nunmehr vorliegende Entwurf ... enthält ... eine völlige Neuordnung der Mitwirkung des UNHCR im Asylverfahren bzw. bei der Ausübung seines Mandats zur Überwachung der Einhaltung der GFK ... Voraussetzung einer solchen Überwachung der Konvention ist der Zugang zu einer vollständigen Entscheidung des Bundesamtes und der Gerichte sowie deren Begründungen. UNHCR muß zur Ausübung seines Mandats in der Lage sein, die Entscheidungspraxis der deutschen Behörden zu analysieren und diese sowohl in rechtlicher wie auch z. B. in statistischer Hinsicht auszuwerten.

Der Wortlaut des § 9 E-AsylVfG läßt jedoch befürchten, daß die aus 335 GFK abzuleitende Verpflichtung des Amtes zur Überwachung der Durchführung der GFK-Bestimmungen eingeschränkt werden soll. Die in § 9 Abs. 2 des vorliegenden Entwurfs vorgeschlagene Regelung, wonach UNHCR nur die Personalien und den Stand des Asylverfahrens erhalten soll, ist daher nicht annehmbar und widerspricht der bislang geübten jahrelangen Zusammenarbeit.

d) Gefahr der Verletzung des „Refoulement-Verbots“

Dieses Verbot, einen Flüchtling auf „irgendeine Weise über die Grenzen von Gebieten auszuweisen oder zurückzuweisen, in dem sein Leben oder seine Freiheit (...) bedroht sein würde“, begünstigt danach sowohl den bereits im Lande befindlichen Flüchtling als auch den an der Grenze Einlaß begehrenden. Für die Feststellung des Zurückweisungsverbots ... muß vorausgesetzt werden, daß die dabei zu berücksichtigenden Tatsachen zu jedem Zeitpunkt des tatsächlichen Aufenthalts des Flüchtlings im Bundesgebiet berücksichtigt werden können. Dies ist nach dem vorliegenden Entwurf nur bedingt gegeben ...“

Quelle: UNHCR, Amt des Vertreters in der BRD, Rheinallee 6, 5300 Bonn 2: „Anmerkungen zum Arbeitspapier des Bundesminister des Innern vom 30. Januar 1992 betreffend den Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Asylverfahrens“ vom 17.2.92 — (rac)



Bild: af/mz

Der neue Generalinspekteur fordert eine kriegsnahe Ausbildung

In der Welt am Sonntag vom 15. März 1992 befindet sich ein aktuelles Interview mit dem neuen Generalinspekteur der Bundeswehr, General Naumann. Er spricht im Zusammenhang mit europäischen und außereuropäischen Einsätzen von einer „neuen Qualität der Bundeswehr“. In dem Interview nimmt Naumann zunächst Bezug auf die Kabinettsitzung vom 19. Februar, wo eine selbst nach seinen Worten „sehr weitgehende Interpretation des Auftrages der Landesverteidigung“ vorgenommen wurde. Konkret wurde die „Verteidigung“ des NATO-Vertragsgebietes als qualitativ gleichwertig mit der „Verteidigung“ der BRD eingestuft. Doch dem nicht genug, der Erklärung von Naumann, ausschließlich für „Einsätze von Teilen der Bundeswehr im NATO-Bündnisgebiet“ zu planen, folgt folgende Passage, die die Realität aller Szenarien über weltweite Kriegseinsätze der Bundeswehr zeigt:

„... Darüber hinaus gibt es auch so etwas wie Försorgepflicht (Hervorhebung durch Red.). Wenn es die Situation in Europa und den angrenzenden Gebieten verlangt, daß wir zur Verteidigung

von Bündnispartnern eingesetzt werden — sofern diese Länder dies von uns fordern und unsere Politik sich dafür entscheidet —, dann müssen wir darum beginnen, unsere Soldaten dafür auszubilden. Das nehmen wir als ersten Schritt in Angriff ...“ Laut Naumann war die Bundeswehr mit Ausnahme der Marine bisher „ausschließlich auf die Verteidigung in Deutschland eingerichtet“. Um den „Verpflichtungen zur Aufstellung einer Krisenreaktionsstreitkraft“ nachzukommen, müsse ein Teil der Bundeswehr darauf ausgerichtet, ausgerüstet und dafür ausgebildet werden.

Nicht zuletzt gehe es auch um das „europäische Engagement“ und um die Ausfüllung der deutsch-französischen Initiative zur Bildung eines europäischen Armeekorps. Das sei alles „Ergebnis davon, daß durch eine erfolgreiche Sicherheitspolitik die direkte Konfrontation in Mitteleuropa gewichen ist und wir strategische Handlungsfreiheit gewonnen haben ...“

Im Gegensatz zu anderen fordert Naumann aber eine klare Verfassungsänderung, um damit die „Voraussetzung“ zu schaffen, „daß Deutschland seiner Rolle

in der Welt gerecht wird.“ Die daran anschließenden Forderungen Naumanns nach „gefechtsnaher“ oder „kriegsnaher Ausbildung“ dürfen nicht als theoretisch weggeseztekt werden, sondern zeigen, daß Handeln gegen den weiteren Aufbau einer noch interventionsfähigeren Bundeswehr nicht mehr aufgeschoben werden darf.

Naumann sieht sich offensichtlich auch nicht durch eine möglicherweise weiteren Verkürzung der Wehrdienstzeit behindert: „... Wenn wir eine sehr konzentrierte Ausbildung durchführen und manche Mängel in der Durchführung der Ausbildung beseitigt haben, kann man meines Erachtens in sechs Monaten einen Mann dazu bringen, daß man ihn — beispielsweise für friedenserhaltende Maßnahmen — auch mit guten Gewissen einsetzen kann ...“

Naumann will sich in dem Interview gegen den Vorwurf wehren, daß die Bundeswehrführung politischen Entscheidungen vorengreift. Daß seine Ausführungen in den Regierungsparteien nicht auf Kritik stoßen, zeigt, daß die politischen Entscheidungen bei den nötigen Ebenen bereits gefallen sind. — (cb)



Ein — nicht unwichtiger — Mosaikstein bei der Militarisierung der Gesellschaft ist die Aufhebung der gesetzlichen Regelung, wonach im Bahnhofsbereich die Bahnpolizei zuständig ist. Seit dem 1. April ist auch hier der Bundesgrenzschutz (BGS) zuständig, der sich die Bahnpolizei einverlebt. Der BGS, ursprünglich als reine Grenztruppe konzipiert, wird so immer deutlicher zur Bürgerkriegsarmee umgebaut und hochgerüstet. Am 1.4. war in Berlin bereits Generalprobe: 60 Kriegsdienstverweigerer hatten auf den Fernbahngleisen einen Sitzstreik aus Protest gegen neue Einberufungen zur Bundeswehr gemacht. BGS und Polizei gingen mit massiver Gewalt gegen die Protestierenden vor.

Diskussion im Zeichen der Koexistenz mit Faschisten

Die CDU arbeitet an einem neuen Parteiprogramm. Über den Stand der Diskussion in der eingerichteten Grundsatzkommission unterrichtete die rechts dokumentierte Erklärung des Kommissionsvorsitzenden Dr. Reinhart Göhner.

Die CSU ist schon wesentlich weiter. Den Gliederungen der Partei liegt ein 114 Schreibmaschinenseiten umfassender „1. Entwurf“ vor. Wir dokumentieren einige Punkte aus dem einleitenden Abschnitt „Das Profil der CSU“.

Die kultivierte Überraschung der Union über die Wahlergebnisse in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg sollte nicht darüber wegtäuschen, daß die dort erkennbare Konstellation gewollt ist. Die offizielle Politik läßt sich durch außergesetzlichen Terror stützen. Sie duldet Organisationen, die die wüsten Umrücke von Terrorbanden mit staatlich, oft gesetzlich definierten politischen Zielen vermitteln. Der gesamte Komplex der Sondergesetze für Ausländer beraubt einen großen Bevölkerungsanteil des Rechts auf politische Gegenwehr und zwingt Menschen, ihre Existenz besonders zu rechtfertigen. In einer Gesellschaft der Konkurrenz folgt daraus, daß diese Menschen sich billig machen müssen, mit wenig zufrieden sein müssen. Es entsteht ein erwünschter Konkurrenzdruck, der auf jenen Bevölkerungsanteilen lastet, die schwer Arbeit finden. Eine politische Polarisierung setzt ein. Die gesetzliche Niederhaltungsstrategie bringt aus offensichtlichen, praktischen Gründen den außergesetzlichen Terror mit sich und schafft sich selbst ein Feld der Mobilisierung.

Für die konservative Politik entsteht ein Problemfeld mit drei aufeinander bezogenen Schwerpunkten.

a) Konservative Politik muß sich von den Faschisten abgrenzen halten. Gelingt ihr das nicht, wird sie mit den Faschisten in einen Topf geworfen, können Konservative und Faschisten leicht in eine Minderheit gegenüber reformerischen Kräften kommen. Das ist sogar wahrscheinlich, und deswegen ist die Abgrenzung zu faschistischem Gedankengut eine programatische Grundfrage.

b) Konservative Politik darf sich aber nicht darin fesseln, ihre Ziele durch Einsatz staatlicher Gewalt zu verfolgen. Grundwerte, die z.B. in Gegensatz zu Ausländerpolitik und -gesetzgebung stünden, würden die Einsatzmöglichkeiten des Staates bei der Absicherung von Eigentum und Privileg hindern und wären offensichtlich kontraproduktiv.

c) Konservative Politik darf sich nicht so begründen, daß ein Vorgehen gegen die faschistischen Organisationen nötig würde. Die Aufsichts- und Gestaltungsaufgabe des Staates muß so formuliert werden, daß z.B. eine abwertende Meinungäußerung von Beschäftigten über die Geschäfte ihrer Firma als klarer Eingriff in die Persönlichkeitsrechte der Firmeninhaber gewertet werden kann, während es möglich bleiben muß, eine ganze Bevölkerungsgruppe mit Vertreibung zu bedrohen.

Dies ist freilich nur eine der Aufgaben der neuen Parteiprogramme, aber eine wichtige, unmittelbar praktische und schwierige. Es gilt, eine eingängige Lüge einzurichten.

Die CDU-Grundsatzkommission hat in ihrer Verlautbarung stark in die Saiten gegriffen. Sie hat die Gleichheit als Grundwert eingeführt. Die Ruf nach Gleichheit wirkte in den bürgerlichen Revolutionen der letzten Jahrhunderte als kritischer Begriff, der gegen Adelsprivileg und das Gottesgnadentum des staatlichen Souveräns angesetzt wurde. Das Bürgertum forderte damit politische Gleichheit und soziale Chancengleichheit. Welche Gleichheit fordert der moderne CDU-Bürger, wie schafft er es, Gleichheit zu fordern und gleichzeitig vor das Verfassungsgericht zu ziehen, um den Menschen aus dem Ausland sogar das kommunale Wahlrecht verbieten zu lassen oder auch das Recht, hier überhaupt zu existieren?

Die begrifflich neue Gleichheit wird gewonnen, gleichsam destilliert aus der „gleichen Würde aller Menschen“ (siehe Dokument). Die „Würde“ ist ein ehrwürdiger, spiritueller, weihevoller Begriff. Bischöfe sind z.B. Träger der Bi-

schofwürde. Würden werden hierarchisch verliehen. Um welche geht es hier? Immerhin um: „Freiheit und Leben des Menschen ... in allen seinen Lebensphasen ... unabhängig von Geschlecht, Alter, religiöser oder politischer Überzeugung, Gesundheit, Leistungskraft oder Erfolg“ (siehe Dokument).

Dies scheint viel und ist geeignet, die Pfarrjugend für die Union zu begeistern. Da sich nun aber nicht bestreiten läßt, daß ein Leben auch außerhalb der BRD stattfindet und mithin möglich ist, und daß zur Freiheit ganz wesentlich die Freiheit gehört, das Land zu verlassen, braucht sich z.B. die Junge Union mit faschistischen Banden nicht in Bezug auf die Motivation auseinanderzusetzen, sondern kann Verständnis für Ausländer-Raus-Rufe haben und muß erst Kritik üben, wenn jemand totgeschlagen wird. Anders sähe es aus, wenn z.B. das Bleiberecht des Fremden (und anderes mehr) zur Menschenwürde gezählt würde. Aber hiergegen kommt zum Tragen, daß die Grundsatzkommissionare wissen, daß sie „das Paradies auf Erden nicht schaffen können“.

Die CSU kann als Steigerung der CDU verstanden werden. Auch für sie spielt die Würde des Menschen eine große Rolle. Sie ist ihr Leitbild (s. Dok.). Leitbilder sind Idealisierungen, auf die hinzustreben ist, die im praktischen Leben aber nicht erreicht werden. Es ist eine außerordentliche Unverschämtheit einer Staatspartei, die Würde des Menschen, die nach der Verfassung unantastbar ist, die der Staat zu achten und zu

Die kultivierte Überraschung der Union über die Wahlergebnisse in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg sollte nicht darüber wegtäuschen, daß die dort erkennbare Konstellation gewollt ist.

schützen hat, unter die Leitbilder zu verücken und dadurch aus dem Praktischen und dem Rechtsleben wegzuverdrängen. Die CSU, die in ihren rechtspolitischen Grundlagen den braunen Denkern kaum noch Eigenständigkeit läßt, sucht aber auch Distanzbildung, und zwar im Sozialbereich. Sie definiert für soziale Ansprüche Grenzen nach oben und unten. Nach oben setzen „die Leistungsfähigkeit jedes einzelnen und der Wirtschaft“ den „sozialen Ansprüchen Grenzen“. Nach unten hin schützt das „christliche wie politische Gebot“, den Schwachen zu helfen. Ein Gebot ist schon etwas Besseres als ein Leitbild. Wer ein Gebot bricht, macht sich schuldig, soll bekennen und büßen. Die Einhaltung von Geboten wird allerdings nicht erzwungen, sondern erbeten. Wer aber die CSU bitten will, muß auf deren „erklärte Grundsätze“ der „Personalität, der Subsidiarität und der Solidarität“ zurückkommen. Es handelt sich um Begriffe aus der katholischen Soziallehre, deren Bestimmung landauf, landab unbekannt ist, so daß eine ungefähre Ausdeutung sinnvoll ist. Im konkreten Zusammenhang meint Personalität das Verbot, das Unglück von Menschen aus behebbaren Fehlern der von ihnen geschaffenen Gesellschaft zu erklären, statt aus sündigem Verhalten der Personen, die die Gesellschaft bilden. Subsidiarität meint hier, daß Notleidenden der Anspruch auf Hilfe entzogen werden kann durch die Feststellung, sie könnten sich selber helfen. Solidarität begründet den Rechtsanspruch der Obrigkeit, jemand für wen anders haften zu lassen.

Die Parteidokumente der CSU haben es also nicht schwer, ein Nebeneinander mit den faschistischen Sozialtheorien, nach denen der Untichtige untergehen soll, zu organisieren. Soziale und politische Maßnahmen, die den Leistungsdruck heben, sind danach tolerierbar, solange sie unterhalb der Schwelle des Umkommenlassens wegen Hunger, Krankheit oder Hilflosigkeit bleiben. — (maf)

Dokumentiert: CDU-Grundsatzprogramm-Kommission

„Die Grundsatzprogramm-Kommission hat sich nach neunstündiger Sitzung über die wesentlichen Inhalte des Grundlagenkapitels für ein neues Grundsatzprogramm verständigt.“

Dabei wurde nochmals betont, daß das „C“ für die Partei keineswegs, entgegen manchen Spekulationen, zur Disposition steht. Im Gegenteil: Im neuen Grundsatzprogramm werden die christlichen Grundlagen unserer Politik stärker entfaltet und aktualisiert.

Wir bekennen uns zum christlichen Menschenbild, in dessen Mittelpunkt der Mensch in seiner unantastbaren Würde und personalen Freiheit steht. Der Mensch ist Teil der Schöpfung, diese ist ihm zur Gestaltung anvertraut und hat darüber hinaus einen Eigenwert.

Aus der Berufung auf diese Überzeugungen als wesentliche Grundlage unserer Politik folgt für uns weder der Anspruch, nur innerhalb der Christlich Demokratischen Union sei eine Politik aus christlicher Verantwortung gestaltbar, noch ein Ausschluß Andersdenkender. Im Gegenteil: Wir verstehen uns nicht als Glaubengemeinschaft

oder politische Ersatzkirche, sondern als politische Partei mit einem christlichen Menschen- und Weltverständnis. Dies ist die Grundlage für das gemeinsame Wirken von Christen und Nichtchristen in der Union.

Aus unserem Verständnis vom Menschen leiten sich nach Auffassung der Grundsatzprogramm-Kommission die Grundwerte — „Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität“ — ab. Im Unterschied zu anderen Parteien und der bisherigen Programmatik der CDU wollen wir den Grundwert der Gleichheit einführen, den wir aus der gleichen Würde aller Menschen ableiten. Das bedeutet: Würde, Freiheit und Leben des Menschen sind in allen seinen Lebensphasen gleich zu achten und zu schützen. Die gleiche Würde aller ist unabhängig von Geschlecht, Rasse, Alter, religiöser oder politischer Überzeugung, Gesundheit, Leistungskraft oder Erfolg.

Die aktuellen Diskussionen über die Tötung sogenannten lebensunwerten Lebens, die Euthanasie und die Sterbehilfe machen die Notwendigkeit ethischer Begründungen menschlichen

Handelns deutlich. Das Bekenntnis zum Grundwert der Gleichheit gibt uns den notwendigen Maßstab für die Grenzen menschlichen Handelns.

Auf der Grundlage unserer Grundwerte — Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Gerechtigkeit — wollen wir versuchen, Visionen für eine gerechtere und menschlichere Welt zu entwickeln. Wir wissen, daß wir das Paradies auf Erden nicht schaffen können, aber unsere Visionen können uns über den politischen Alltag hinaus motivieren, unseren Blick auf die Gestaltung der Zukunft zu lenken. (. . .)

Das Grundsatzprogramm der CDU wird durch einen neuen Programmstil gekennzeichnet sein. Ausgehend von prägnanten Situationsbeschreibungen und tabufreien Bestandsaufnahmen wollen wir Perspektiven unserer Politik in den unterschiedlichen Politikbereichen aufzeigen. Die im Grundlagen teil formulierten Maßstäbe werden in allen Politikfeldern und unserer Visionen für eine andere Welt entfaltet.

Die Kommission wird Ende dieses Jahres den Entwurf vorlegen.“



Bild: af/mz

1. Entwurf für neues Grundsatzprogramm der CSU

1. Die CSU ist eine Volkspartei

Die Christlich-Soziale-Union ist eine Volkspartei im Dienst aller Bürger. Sie ist dem Gemeinwohl verpflichtet und steht allen Frauen und Männern offen, die bereit sind zur Mitarbeit in Gesellschaft und Staat. Parteien oder Gruppen, deren Handeln nur auf einen oder wenige Punkte beschränkt sind, sind dazu nicht in der Lage, weil sie den Ausgleich nicht suchen müssen und deshalb zu Ungerechtigkeit führen. Die CSU betreibt Politik für alle Schichten der Bevölkerung, bündelt die Einzelinteressen und führt sie in einem Konzept des gerechten Ausgleichs zusammen. Die CSU setzt solidarisches Miteinander in Gesellschaft, Staat und Politik gegen klassenkämpferisches Gegeneinander.

2. Die CSU betreibt Politik aus christlicher Verantwortung

Die CSU definiert ihre Politik und ihr Selbstverständnis aus der Verantwortung vor Gott und gegenüber dem Nächsten. Die Würde des Menschen ist ihr Leitbild. Die CSU geht vom christlichen Menschenbild und vom christlichen Sittengesetz aus. Deshalb weiß sie von der Begrenztheit und Unvollkommenheit des Menschen, und deshalb weiß sie, daß die politische Gestaltung der Welt letzte Vollkommenheit nicht erreichen kann. Aus diesem Wissen heraus lehnt die CSU politische Ideologien, die sich als irdische Heilslehren ausgeben, nachdrücklich ab ... Da die CSU für die weltanschauliche Neutralität des Staates eintritt und da der christlichen Sicht der Politik die Einsicht entspricht, daß aus der christlichen Grundlage kein politischer Absolutheitsanspruch hergeleitet werden kann, steht die Christlich-Soziale-Union auch Nichtchristen offen.

3. Die CSU ist eine Politik der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet

Die CSU hat ihren Partienamen Christlich-„Soziale“-Union bewußt ge-

wählt. Das christliche Sittengesetz verlangt soziales Handeln gegenüber den Mitmenschen. Den Schwachen helfen, ist christliches wie politisches Gebot. Deshalb ist die Bewahrung und Festigung des Sozialstaates eine vorrangige Aufgabe. Dabei orientiert sich die CSU an der Eigenverantwortlichkeit des einzelnen Menschen, jede Hilfe muß zuerst Hilfe zur Selbsthilfe sein. Chancengerechtigkeit und sozialer Ausgleich sind die Maßstäbe, nicht lähmende Gleichmacherei oder staatliche Bevormundung. Verteilt werden kann nur, was vorher erwirtschaftet worden ist. Deshalb besteht für die CSU zwischen sozialer Marktwirtschaft und sozialer Leistungsfähigkeit ein unaflösbarer Zusammenhang. Die Leistungsfähigkeit jedes einzelnen und der Wirtschaft setzen sozialen Ansprüchen Grenzen. In der Wahrnehmung ihrer sozialen Verantwortung orientiert sich die CSU in besonderer Weise an ihren Grundsätzen der Personalität, der Subsidiarität und der Solidarität.

4. CSU ist eine eigenständige Partei

Die Eigenständigkeit der CSU ist geschichtlich gewachsen und bewährt. Nur aufgrund ihrer politischen Unabhängigkeit konnte die CSU zur einzigen wirklichen und großen Volkspartei in Bayern werden und Wahlerfolge erzielen, zu deren Ausmaß und Dauer es bei keiner anderen demokratischen Partei und in keinem anderen Land vergleichbares gibt. Sie hat gemeinsam mit der CDU die deutsche Nachkriegsgeschichte gestaltet und zum Auf- und Ausbau eines freiheitlich-demokratischen Deutschland bis hin zur Verwirklichung der staatlichen Einheit mit unverwechselbarer Handschrift ihren Beitrag geleistet. Die Eigenständigkeit der CSU ist in ihrem Wirken für Bayern, Deutschland und Europa unerlässlich für ihr Selbstverständnis und für ihren Erfolg.

5. CSU ist eine konservative Partei

Weil sich die CSU einer dauerhaften

Wertordnung verpflichtet weiß und auf der abendländischen Grundlage des geschichtlichen und kulturellen Erbes unseres Volkes steht, ist sie auch eine konservative Partei. Tradition und Heimat, Sprache und Kultur geben dem einzelnen Geborgenheit und der Gemeinschaft Identität. Dies ist Grundlage für offenes Denken, für abgewogene Fortschritt, für notwendige Veränderung und ein verantwortbares Wachstum. Für die CSU ist Fortschritt nicht Selbstzweck, er muß stets im Dienste der Menschen und der nachfolgenden Generationen stehen. Für eine konservative Partei gilt: Veränderung nicht um jeden Preis und nicht zu jedem Ziel, sondern nur zum Besserem.

6. Die CSU ist die Partei der Freiheit

Die CSU ist eine liberale Partei, weil sie für die Freiheit des einzelnen eintritt, staatlichen Zwang auf die notwendigen Grenzen beschränkt und kollektivistische Vorstellungen ablehnt. Die CSU ist die Partei einer wehrhaften Demokratie und eines starken Rechtsstaates. Nur ein Staat, der sich seiner inneren und äußeren Feinde wirksam erwehren kann, kann ein liberaler Staat sein. Nur in diesem Rahmen kann persönliche Freiheit verwirklicht werden. Deshalb auch ist unsere Politik der Sicherung der inneren und der äußeren Freiheit gleichermaßen verpflichtet. Persönliche Freiheit endet dort, wo die Rechte des Mitmenschen oder die Belange der Gemeinschaft verletzt werden. Mißbrauchsmöglichkeiten bei der Durchsetzung egoistischer Einzelinteressen müssen beseitigt werden. Dies ist eine entscheidende Aufgabe für die Verantwortlichen in Staat und Politik der 90er Jahre. Freiheit in Verantwortung ist auch das Leitmotiv unserer Wirtschaftsordnung. Deshalb treten wir für die Soziale Marktwirtschaft ein und bekämpfen Kapitalismus und Sozialismus gleichermaßen.“

Die Nachrichten und Erkenntnisse, daß die schweren Massaker der türkischen Armee an der kurdischen Bevölkerung in Städten wie Cizre, Nusaybin, Sirnak usw. von langer Hand geplant und systematisch vorbereitet waren, sind inzwischen so eindeutig, daß es selbst der türkischen Regierung immer schwerer fällt, dies noch weiter zu leugnen. In Reaktion auf diese furchtbaren Übergriffe wächst jetzt auch in der Türkei der Widerstand gegen diese barbarische Kolonialpolitik. Eines von vielen Beispielen: Am 2. April, zwölf Tage nach dem Beginn der Massaker, veröffentlichten 40 türkische und kurdische Intellektuelle und Abgeordnete eine gemeinsame Erklärung an die Vereinten Nationen, in der sie an die internationalen Institutionen appellieren und diese auffordern, Beobachter zu schicken, um den ständigen Bruch des Völkerrechts durch die türkische Seite zu beenden und auf eine Einhaltung der Genfer Konvention zu drängen. Die PKK sei nach internationalem Recht eine Kriegspartei, gefangene Guerillas also als Kriegsgefangene nach der Genfer Konvention zu behandeln, erklären sie weiter und fordern die Regierung unmissverständlich zu Verhandlungen mit der PKK auf: „Obwohl eine der beiden Kriegsparteien mit Nachdruck für einen Dialog eintritt, geht die türkische Regierung darauf nicht ein.“ (1)

Eine Beobachterdelegation der Vereinten Nationen hat der UNO jetzt vorgeschlagen, sich offiziell mit dem kurdischen Befreiungskampf zu befassen und die Darstellung dieses Konflikts durch die Türkei als „innere Angelegenheit“ der Türkei nicht länger hinzunehmen. (2) Folgt die UNO diesen Vorschlägen, so wäre das eine weitreichende Anerkennung der Legitimität des kurdischen Befreiungskampfs.

Zugleich gerät die Position der Türkei noch durch eine andere Entwicklung unter Druck. Die PKK hat nämlich unmissverständlich klargestellt, daß sie bereit wäre, auch eine Föderation der Kurden und der Türken in einem gemeinsamen Staat zu akzeptieren. Die Hauptsache sei, daß die türkische Regierung das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes respektiere und ein Referendum der kurdischen Bevölkerung über ihre Zukunft möglich werde. Dieses Referendum sollte unter internationaler Überwachung stattfinden.

Diese Position der PKK ist nicht neu. Sie ist bereits im 1978 vorgelegten (Gründungs-)Manifest enthalten. Sie wird aber bekräftigt und erneuert in einem anderen internationalen Umfeld. Sie betont die gemeinsamen Interessen der türkischen, arabischen, iranischen und kurdischen Völker an Befreiung vom Imperialismus und versucht, den Imperialisten Spaltungsmöglichkeiten gegenüber den Völkern des Mittleren Ostens abzuschneiden. Sie richtet sich gegen die traditionelle Zusammenarbeit des türkischen Regimes und hier insbesondere des türkischen Militärs mit dem Imperialismus und der NATO. Sie

PKK: Für eine antiimperialistische Föderation der Völker des Mittleren Ostens

grenzt zugleich den kurdischen Unabhängigkeitskampf schroff ab von allen Richtungen, die die Schürung von Feindschaft zwischen Völkern als „Befreiung“ propagieren. Sie betont gegenüber solchen reaktionären Richtungen die sozialen, auf Befreiung von Feudalismus, Kapitalismus und Imperialismus gerichteten Ziele des kurdischen Befreiungskampfes und der PKK. Sie ist gleichermaßen eine Abfuhr für die proimperialistischen Positionen von Organisa-

tionen wie der KDP und der PUK im iranisch besetzten Teil Kurdistans, die offen mit der NATO und dem türkischen Militär kollabieren. Und sie nimmt der demagogischen Behauptung der türkischen Regierung, die PKK wolle die Türkei „zerstübben“, jeden Anschein von Legitimation.

Quellen: (1) Die vollständige Erklärung ist abgedruckt im neuen *Kurdistan Rundbrief* Nr. 8/92; (2) Der Bericht ist erhältlich beim Kurdistan-Komitee Köln — (rül)



Bild: af/mz

PKK-Generalsekretär Öcalan über Föderation und Befreiungskampf

„... In der Außenpolitik sollte meine Ansicht nach eine Perspektive entwickelt werden, die ihre Grundlage in einer Föderation der Völker des Mittleren Ostens hat. Manche sprechen von einer „islamischen Wirtschaftsgemeinschaft“, andere wiederum von einer „türkischen Föderation“ oder einer „türkischen Wirtschaftsgemeinschaft“. Bei keiner dieser Perspektiven kann die kurdische Realität beiseite geschoben werden. Auch möchte ich nicht noch einmal auf die Existenz von 10 Millionen wirklichen Kurden im Westen (der Türkei) hinweisen. Ihre Bedeutung, ihr Einfluß sind hinreichend bekannt. Ich glaube, eine Politik, die nicht auf der kurdischen Realität basiert, die kein Zusammenleben in Freiheit und Gleichheit anstrebt, wird keine Entwicklungschancen haben ... Wenn (die türkische Regierung) weiterhin auf ihrer Politik besteht, wird das Türkentum, für das sie so brennend kämpft, eine Niederlage erleiden. Sogar eine sehr üble Niederlage wird das werden. Ich sage das, damit die Besonneneren in der türkischen Bevölkerung etwas realistischer denken ... Wenn wir diese Tatsache zur Grundlage nehmen, können wir mit dem türkischen Volk und seinen Vertretern — egal ob Sozialisten, Demokraten, ehrlichen Patrioten oder auch Nationalisten — auf allen Ebenen gemeinsame Bemühungen unternehmen.“

Die Rede ist von einem Parlament, es können Schritte hin zu einem föderativen Parlament unternommen werden. Es wird ein Parlament von Kurdistan gebildet werden und ebenso kann ein Parlament für die Türkei gebildet werden. Für die Zusammenarbeit der beiden Parlamente kann eine Verhältnisquote gefunden werden. Es können regionale Räte gebildet werden ...

Es gibt ohnehin die Meinung, daß die Türkei nicht nur von Ankara aus regiert werden sollte. Deshalb sind regionale Räte möglich. Dazu werden auch kurdische Räte gehören, die als legitime Vertretung anerkannt werden müssen. Weitere Schritte sollten in diese Richtung unternommen werden. Auch für die Türkei ist so etwas erforderlich. Eine föderale Regierung sollte, auch für Kurdistan,

gebildet werden. Wie das genau aussehen wird, darüber muß noch etwas nachgedacht werden. Warum brauchen wir das Volk der Türkei für die Entwicklung in Kurdistan? Warum sollen wir bei einer Kundgebung nicht nur die Forderungen der Kurden hervorheben? In diesem Rahmen müssen ebenfalls die demokratischen Forderungen der Türken, ihre Forderung nach Einheit und Freundschaft berücksichtigt werden. Warum sollen die türkischen Werktagen lediglich in der Rolle der Unterstützer aktiv werden? Sie sollten vielmehr als eine starke Kraft in der Regierung auftreten und für dieses Ziel sollten sie sich organisieren ... Wenn sie wollen, können wir sie darin auch unterstützen. So ist unsere grundlegende Denkweise. Wenn diese Gedanken gut verstanden worden sind, können wir dazu übergehen, gemeinsame Organisationen zu bilden. Davon kann es viele verschiedene geben. Aber auch getrennte Organisationen sind möglich ...

Wir können jetzt schon anfangen, einige solcher föderativen Organisationen zu entwickeln. Wir müssen das erstmal ausprobieren, um beweisen zu können, wie es gehen kann. Diesbezüglich sollten wir offen sein. Wir selbst sind hierfür äußerst offen ... Es ist unbedingt nötig, für die lebenswichtigen Interessen der Völker eine demokratische Alternative zu bilden. Wir glauben, daß wir durch unseren Kampf gezeigt haben, daß wir ein guter Partner für diese Sache sind. Nach unserer Meinung soll jede Gruppe ihre ideologische-politische Linie haben, doch sollten die gemeinsamen Ziele als grundlegende Sache angesehen werden ... Um sich vor der „neuen Weltordnung“ des Imperialismus schützen zu können — dazu kommt noch ein starkes Rußland im Norden — müssen die türkischen Gesellschaften, die iranischen Gesellschaften und die arabischen Völker in anbetracht der historischen Realitäten — es gibt eine islamische Realität, man muß sich über ihre Bedeutung unter den heutigen Bedingungen klar werden — sich um eine Lösung bemühen ...“

Quelle: Auszüge aus einem Interview mit der Zeitschrift *2000e Dogru*, 22. März 1992. Übersetzung: Kurdistan-Komitee Köln

Nach den neuesten Meldungen haben die Albaner der Republik Mazedonien Teile des Landes für autonom erklärt und die Errichtung einer autonomen Region Illyrien angekündigt. An die Regierung Mazedoniens wurde die Forderung gerichtet, das Land ähnlich wie die Schweiz in Kantone zu gliedern, mit weitestgehenden Rechten für die jeweiligen Minderheiten.

Gleichzeitig finden schon seit Wochen Protestdemonstrationen in Griechenland gegen eine eigenständige Republik Mazedonien statt. Vorläufiger Höhepunkt war die Großkundgebung am 15. Februar diesen Jahres in Thessaloniki, an der ca. eine Million Menschen teilnahmen. Mit Ausnahme der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE) und der Partei der Alternativen Ökologen hatten alle Parteien zu der Kundgebung aufgerufen. Die KKE verurteilte das Spektakel als eine „beispiellose Welle des Nationalismus und Fanatismus in Nordgriechenland“. Mit einer großangelegten Boykottkampagne gegen Waren aus Italien und den Niederlanden protestierten zahlreiche griechische Konsumenten gegen die Politik dieser beiden Länder, denen vorgeworfen wird, in der Frage einer Anerkennung der jugoslawischen Teilrepublik Mazedonien durch die EG eine antigriechische Haltung einzunehmen.

Wieso die heftigen Reaktionen Griechenlands in dieser Frage? Zunächst muß man sich klarmachen, daß die geographischen Grenzen Mazedoniens weit über die Grenzen der heutigen Republik

Der Mazedonienkonflikt hat eine längere Geschichte

hinausgingen. Es gehörten dazu Teile Bulgariens, Serbiens, Albanien, aber vor allem fast der gesamte nordgriechische Raum (die heutige griechische Provinz Mazedonien) mit der wichtigen Hafenstadt Thessaloniki. Die griechische Regierung wirft nun der heutigen Führung in Mazedonien vor, daß sie Ansprüche auf diese Provinz anmeldet. Stützen kann sie sich bei ihren Behauptungen auf Äußerungen aus der IMRO, einer mazedonischen nationalen Organisation, die ein Drittel der Parlamentssitze und den Vizepräsidenten stellt.

Die IMRO geht zurück auf eine Organi-

sation gleichen Namens, die ab der Wende zum zwanzigsten Jahrhundert einen Kampf zunächst gegen das Osmanische Reich, später gegen den ersten jugoslawischen Staat führte. Es ging zu-

nächst um einen Zusammenschluß mit Bulgarien, später dann um einen unabhängigen Staat Mazedonien. Diese IMRO tritt heute für ein Großmazedonien ein mit der Hauptstadt Thessaloniki. Auf der anderen Seite fürchtet Griechenland ein Ausgreifen seines Hauptkonkurrenten der Türkei auf den Balkan. Der türkische Staatspräsident Özal umriß in einer Rede im Dezember 1991

in Istanbul deutlich die Linien seiner Außenpolitik: „Die derzeitige historische Konjunktur gibt der Türkei die Möglichkeit, durch die Aktivierung der moslemischen Minderheiten in Albanien, Jugoslawien, Bulgarien und Griechenland, den Schrumpfungsprozeß umzudrehen, der vor den Mauern Wiens begonnen hat.“ Das ist deutlich. In der Republik Mazedonien leben an die 35 % Moslems. Seinen ersten Besuch im Ausland machte der frischgewählte mazedonische Ministerpräsident ausgerechnet in Ankara. Für Griechenland genügend Warnzeichen. Es muß davon ausgehen, daß die Türkei als Schutzmacht für die Muslime die vorherrschende Rolle auf dem Balkan spielen will.

Was sich heute wieder abspielt, ist eine Art Wiederaufnahme der alten „mazedonischen Frage“, also dem Dreh- und Angelpunkt der Einflußnahme der imperialistischen Staaten auf dem Balkan. Mit der Gründung der sozialistischen Staaten auf dem Balkan wurde der Versuch gemacht, diesem Treiben ein Ende zu bereiten. Welches waren die Versuche und was die Gründe für ihr Scheitern?

Die heutige Republik Mazedonien grenzt an Albanien, Griechenland, Bul-

garien und unter den neuen Bedingungen des zerfallenden Jugoslawiens im Norden an Serbien. Diese Gründziehung ist ein Ergebnis des neugeschaffenen zweiten jugoslawischen Staates. Zum ersten Mal wurde durch das sozialistische Jugoslawien eine mazedonische Republik als Bestandteil dieses sozialistischen Bundes geschaffen. Gerade durch die Gründung dieses mazedonischen Staates wurde der Versuch unternommen, den bisherigen imperialistischen Beeinflussungsversuchen ein Ende zu bereiten. Denn eben dieses Gebiet Mazedonien war in der vergangenen Geschichte des Balkans immer der Ausgangspunkt für vielfältige Infiltrationen der europäischen Mächte gewesen. In einem weiteren Schritt unternahmen die neu gegründeten sozialistischen Staaten Bulgarien und Jugoslawien den Versuch, mit einer umfassenden Balkanföderation eine stärkere Basis und den Zusammenhalt der Balkanstaaten zu erreichen. Ausgangspunkt dieser Föderation sollte ein Zusammenschluß der mazedonischen Teile Bulgarien und Jugoslawiens sein, dem dann weitere Zusammenschlüsse folgen sollten. Der Bruch Jugoslawiens mit der Politik der UdSSR brachte dieses Projekt zum Scheitern. Die Führung der

Sowjetunion war nicht bereit, von ihrer zentralen und dominierenden Rolle innerhalb der kommunistischen Weltbewegung abzurücken, die unzweifelhaft durch die Gründung einer sozialistischen Balkanföderation erschüttert worden wäre. Nach den Plänen des damaligen Leiters der Bulgarischen Kommunisten, Dimitrow, hätte die Föderation die Staaten Albanien, Bulgarien, Jugoslawien, Ungarn, Rumänien, die Tschechoslowakei, Polen und Griechenland umfassen sollen. So zumindest führte er es im Januar 1948 in Bukarest aus. Nach den damaligen politischen Auffassungen der Kommunistischen Parteien dieser Länder, die einen mehr oder weniger unabhängigeren Kurs von Moskau anstreben, hätte dies eine Verlagerung der Kompetenzen von der Zentrale in die einzelnen Kommunistischen Parteien bedeutet. Daß dies aber nicht die Absicht der sowjetischen Regierung und der KPdSU war, zeigte dann die harsche Ablehnung des Föderationsgedankens durch Stalin, der rigide Ausschluß Jugoslawiens aus der Kominform (Nachfolgeorganisation der Kommunistischen Internationale) und die vielfältigen Säuberungen der fünfziger Jahre in den verschiedenen Kommunistischen Parteien.

War auch die Idee Dimitrows von der großen Föderation kaum machbar, so war die Balkanföderation nichts Unmögliches und wäre beim Aufbau der Balkanländer unter sozialistischen und anti-imperialistischen Voraussetzungen von Vorteil gewesen. — (hav)

Weltbank bestimmt Polens Weg nach Europa

Mit aller Kraft ist Polen bestrebt, nach Europa zu finden. Und wie es sich für die freie Welt gehört, darf Polen auch seinen eigenen Weg wählen, wenn dieser mit dem der Weltbank und dem des Internationalen Währungsfonds übereinstimmt. Ansonsten gibt es kein Geld, wie es das Aussetzen der zugesagten Kredite in Höhe von 104 Mill. \$ im September letzten Jahres zeigt, „weil die polnische Seite nicht die (im Frühjahr) festgelegten Bestimmungen einhielt“ (*Zycie Warszawy* v. 30. 10. 1991). Deutlich wird das auch bei der Aufstellung des diesjährigen Budgets der neuen Regierung, die laut Wahlausagen eine andere Wirtschaftspolitik als die vorherige, die weltbankfreundliche Bielecki-Regierung machen wollte: mehr aktive staatliche Wirtschaftspolitik vor allem zugunsten staatlicher Betriebe und der Landwirtschaft, mehr Sozialpolitik. Dem beugte die Weltbank erfolgreich in Gesprächen direkt nach der Regierungsbildung vor. So vermeldete die *Zycie Warszawy* am 17. 1. 1992, also knapp drei Wochen nach der Wahl Olszewskis zum Premier: „Weltbank ordnet Stabilisierung und Strukturreformen an“. So ist es denn auch kein Wunder, daß die neue Regierung den provisorischen Budgetentwurf der Bielecki-Regierung

für das erste Vierteljahr 1992 — angeblich nur aus Zeitmangel — übernahm und von Sejm und Senat verabschiedet ließ. Dieser beinhaltete Sozialabbau in großem Maßstab, z.B. eine Neufestlegung der Arbeitslosenunterstützung: erhält eine Arbeitslose oder ein Arbeitsloser bisher in den ersten drei Monaten 70 % des letzten Lohnes, dann 50 % bzw. 40 % die folgenden neun Monate, so erhält er und sie ab 10. März 1992 nur noch 36 % des Landesdurchschnittverdienstes. Nach der Ausbildung nicht übernommene Berufsabsolventen erhalten nur noch 12 % des Landesdurchschnittverdienstes anstatt bis zu 33 % vorher. Der jetzt von der Olszewski-Regierung dem Sejm vorgelegte Budgetentwurf ist bereits weitgehend mit der Weltbank abgesprochen. So konnte Olszewski den Kritikern des Haushalts entgegenhalten, daß dem Haushaltsdefizit von 5 % die Weltbank bereits zugesagt hat. Das international verschuldete Polen hat praktisch keine andere Wahl, als sich zu unterwerfen: Die groß angekündigte Reduzierung der Schulden bei den kapitalistischen Staaten um 50 % tritt nur in Kraft, wenn „sich Polen an die Verpflichtungen gegenüber dem Internationalen Währungsfond hält“ (*Gazeta Wyborcza*, 26. 3. 92). — (ws)

Schulen für Afrikaner noch schlechter

Ein Bestandteil der Reformpolitik der rassistischen Regierung de Clerk ist die Reform des Erziehungswesens in Südafrika/Azania. Die Regierung bezeichnete als Absicht der Reformen, die Apartheid im Bildungswesen zu beseitigen. Eine Folge der seit Jahrzehnten andauernden Sonderschulausbildung für sogenannte Schwarze und Farbige ist, daß zwei Drittel dieser Menschen Analphabeten sind. Die Schulen der weißen Kinder erhielten mehr als das Fünffache pro Kind aus Haushaltsmitteln wie die Schulen in den Townships und den Wohngebieten für Farbige. Dies wird sich nach den Plänen der Regierung auch in Zukunft nicht ändern. Noch immer ist der Etat für das Bildungswesen aufgespalten in Mittel für Ausbildung von Schwarzen und Weißen.

Viele weiße Schulen sind kaum ausgelastet — Klassen mit fünf Kindern sind keine Seltenheit, während die Schulen in den schwarzen Townships überquellen. Hier fehlen Lehrer, Schulbücher, Klassenräume, Elektrizität für die Beleuchtung, Wasser, Heizung, Stühle, Tische — schlicht alles, was für einen normalen Unterricht notwendig wäre, die Klassenzimmer liegen im Durchschnitt bei über 70 Schülerinnen und Schülern. Dennoch

sieht der Haushaltsplan für dieses Jahr keine grundlegende Änderung in der Mittelzuweisung vor — eine Kürzung des Bildungsets für „weiße“ Schulen um höchstens 17 Prozent ändert an den Verhältnissen nichts. Die Kürzung soll durch die Entlassung von ca. 4000 weißen Lehrern erreicht werden, obwohl an den Schulen in den schwarzen Wohngebieten großer Mangel an Lehrern herrscht. Außerdem soll der Erziehungsetat für die sogenannte Schwarze Erziehung nicht erhöht werden — als Grund gilt das Erziehungsministerium die allgemeinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten an. Das bedeutet für die Schulen in Anbetracht der Inflation eine schlechtere Ausstattung als bisher. Auch hier sollen Lehrer entlassen werden, denn viele Schwarze können sich die Schulgelder für weiterführende Schulen nicht mehr leisten.

Ein besonderer Zynismus der „Apartheidreformer“ besteht darin, daß die Kürzungen im Etat der weißen Schulen auch die Schulen treffen, in denen die Rassentrennung aufgehoben ist — denn diese Schulen unterstehen der „weißen“ Verwaltung.

Quellenhinweis: *Financial Mail*, 7.2.92; *Weekly Mail*, 1.1.91 — (uld)

Peru: Volkskrieg in den Städten verstärkt sich

In den letzten Monaten haben die Aktionen des Volkskrieges in den Städten zugenommen, vor allem in Lima, mit 8 Millionen Einwohnern das wirtschaftliche, administrative und militärische Zentrum. Die wichtigste Aktion war der von der Revolutionären Bewegung zur Verteidigung des Volkes (MRDP) ausgerufene und von der PCP (Kommunistische Partei Perus) angeführte bewaffnete Streik vom 14. Februar in Lima. Der bewaffnete Streik ist eine neue Kampfform des Volkskrieges, die alle anderen Formen des Kampfes miteinbezieht und außerdem eine große Anzahl von Arbeitern, Bewohnern von Armenvierteln und andere Teile der Volksmassen mobilisiert; es ist keine Gewerkschaftsaktion, sondern eine militärische Massenaktion. In der Phase des strategischen Gleichgewichts, in der sich gegenwärtig der Volkskrieg befindet, dienen die bewaffneten Streiks dazu, die Arbeiter, das Volk für den bewaffneten Aufstand vorzubereiten und zu organisieren, welcher der letzte und entscheidende Schlag im Kampf für die Machtübernahme im ganzen Land sein wird. Eine Woche vorher wurde intensive bewaff-

nete Propaganda durchgeführt: Flugblattaktionen in Fabriken, Bussen, auf Märkten, etc.; Besprühen von Wänden, Banküberfälle, Straßenblockaden, Überfälle auf Kasernen, auf Militärpatrouillen, Mobilisierung von Arbeitern und Slumbewohnern, Aufhängen von roten Fahnen, Stromausfälle. Die Aktion mit den weitreichendsten Folgen war der Angriff auf die Residenz des US-Botschafters, Anthony Quainton, am 11.2.92: ein schneller Angriff mit Mörsern und Dynamit neutralisierte die Marines und die gesamten Sicherheits-einrichtungen; Passanten wurden ferngehalten, dann wurde eine Autobombe gezündet, die 25 Meter Wand sprengte und große Schäden am Gebäude hervorrief. Am Tag des bewaffneten Streiks wurden Transport und Verkehr zu 90 % lahmgelegt; es war trotz der erdrückenden militärischen Präsenz der Reaktion ein politischer Schlag gegen die Regierung und ihre Politik. Nach dem Streik versuchten die Reaktion und der Revisionismus nun noch mehr paramilitärische und konterrevolutionäre Gruppen zu organisieren und mehr Kasernen in den Armenvierteln zu errichten. — (AKM)

Internationale Umschau



Über 700 000 Menschen demonstrierten am 5. April in Washington, D.C., USA, für das Recht auf legale Schwangerschaftsabbruch. Es war die größte Demonstration in der Geschichte Washingtons. In einigen Wochen wird der Oberste Gerichtshof der USA die Anfechtung eines Anti-Abtreibungsgesetzes des Bundesstaats Pennsylvania anhören. Eine Entscheidung ist für Juli angekündigt. Nachdem Reagan und Bush das Oberste Gericht mit Erzreaktionären gespickt haben, wird erwartet, daß das seit 1973 bestehende Recht auf Schwangerschaftsabbruch direkt oder praktisch außer Kraft gesetzt wird. Ziel der Demonstration war, das Recht auf Abtreibung zum WahlkampftHEMA zu machen und dadurch im neuen Kongreß eine Mehrheit für eine gesetzliche Absicherung dieses Rechts zu erreichen. — (her, ger)

Libyen-Resolution: Die UN wird zum NATO-Instrument

Auf Betreiben der USA, Großbritanniens und Frankreichs hat der UN-Sicherheitsrat, bei Stimmenthaltung von China, Zimbabwe, Kapverden, Indien, Marokko, ein Luftverkehrs- und Rüstungsembargo gegen Libyen beschlossen, das am 16.4. in Kraft tritt, falls Libyen nicht zwei libysche Staatsangehörige an die USA oder Britanniens ausliefert. Diese werden für die Lockerbie-Flugzeugkatastrophe verantwortlich gemacht, bei der 1988 270 Menschen zu Tode kamen. — Mit der Entschlüfung setzen die Großmächte mittels ihrer Herrschung der UNO neue Maßstäbe. Erstens widerspricht die Auslieferung eigener Staatsbürger dem Völkerrecht, das Verlangen verletzt die Souveränität Libyens. (Nach der UN-Entschließung hat Ghadhafi die Überstellung der Beschuldigten an die Arabische Liga zugesichert, falls diese eine eigene gerichtliche Untersuchung durchführt, und auch einem Verfahren in einem neutralen Land zugestimmt.) Zweitens treffen die völkerrechtlichen Voraussetzungen für Sanktionen entsprechend der UN-Charta — Überfall auf ein anderes Land, „Störung des Weltfriedens“ — nicht zu. Drittens schaffen sich die Imperialisten mit der in der Resolution verankerten, überaus vagen Aufforderung, Libyen müsse durch „konkrete Handlungen“ dem „internationalen Terrorismus“ eine „Absage“ erteilen, die Handhabe zu beliebiger Verlängerung der Sanktionen. Die imperialistische Frontstellung richtet sich gegen die arabische Welt und wird dort so verstanden. — (sc)

Israel: Keine Spaltung des Likud-Blocks

Wie von den meisten zionistischen Kräften erwartet, stellte sich auch die neueste Drohung des Außenministers Levy, sein Amt niederzulegen und den Likud-Block mitsamt seinen Anhängern zu verlassen (die im Likud-ZK rund ein Drittel stellen), als Teil eines parteiinternen Machtpokers heraus. Levy hatte in den letzten Wochen führende Likud-Politiker des Rassismus gegen die sephardischen (aus Arabien stammenden) Juden beschuldigt, nachdem er, der aus Marokko stammt, bei einer Vorwahl der Likud-Liste für die israelischen Wahlen im Juni nur auf Platz vier gewählt wurde. Er drohte kurz danach mit der Neugründung einer sephardischen Partei, die nach den Wahlen mit der Arbeitspartei koalieren könnte. Dabei kokettierte er mit besseren Kooperationsaussichten mit den USA, da er als Vertreter einer „weicheren“ Linie in der Frage der weiteren Besiedelung der 1967 besetzten Gebiete gilt. Da jedoch weder Levy noch die Arbeitspartei tatsächlich die weitere Besiedelung in Frage stellen, konnte der Streit zügig beigelegt werden: Ministerpräsident Schamir bot am 5.4. einen Vertrag an, der den Levy-Anhängern mehr Likud-Amter und Levy selbst nach einem Wahlgewinn erneut das Amt des Außenministers zusichert. Levy widerrief prompt alle Drohungen. — (sda)

Süddeutsche Zeitung, 31.3.-5.4.92 — (uga)

Bericht von ai über Folterungen in Indien

Am 23. März 1992 legte Amnesty International in London einen Bericht über Indien vor, der bestätigt, was wir über die Methoden der indischen Polizei gegen die Bewegungen der armen Landbevölkerung bereits öfters berichtet haben: Nach Angaben des Berichtes kamen 1991 415 Menschen im Polizeigewahrsam zu Tode. Die indische Presse bezeichnet diese Getöteten als „lock-up-death“ (Tod hinter Gittern). Da sowohl die Zentralregierung wie auch die einzelnen Unionstaaten die Vorwürfe zum großen Teil bestreiten, stützt sich der Bericht auch auf Quellen von Menschenrechtsorganisationen und linken Gruppen.

Beschrieben sind im einzelnen die üblichen Methoden mit denen (häufig unschuldige) Häftlinge gequält werden. Hinweise auf die Klassenauseinandersetzungen auf dem Lande sind in dem Bericht verstreut. Denn die Polizei und paramilitärische Einheiten nutzen die ihnen gegebenen Möglichkeiten im Rahmen der „Antiterrorgesetzgebung“ exzessiv aus. Oft würden „aufsässige“ Männer eines Dorfes bestraft, indem man die Frauen zusammentreibt und vergewaltigt. Auch alte Frauen und Kinder würden nicht geschont. „Es ist immer wieder zu beobachten, daß Folterungen und Mißhandlungen als Strafmaßnahme eingesetzt werden, um den Widerstand gegen polizeiliche oder militärische Operationen zu brechen. In einer Reihe indischer Bundesstaaten mußte sich die Polizei in der Vergangenheit den Vorwurf gefallen lassen, einflußreichen örtlichen Interessengruppen zu Diensten zu sein, indem sie Menschen unter falschen Anschuldigungen festnahmen und die Häftlinge anschließend Folterungen unterwarf.“

In Bihar wurden 1979 32 Häftlinge geblendet bzw. die Augen ausgestochen. Ein Prozeß gegen die Täter wurde erst 1989 eröffnet und im selben Jahr wurden alle Anklagen gegen die 32 für unbegründet erklärt. Die schuldigen Polizisten erhielten Haftstrafen zwischen einem und drei Jahren, der untersuchende Polizist wurde degradiert. Vor diesem Hintergrund lassen sich vielleicht auch hierzulande Aktionen revolutionärer Gruppen in Indien, brutale Beamte zu entführen und zu richten, besser verstehen.

Frankfurter Rundschau, 25.3.92 — (cog)

Französische Polizei führt Schlag gegen ETA

Am 29. März verhaftete die französische Polizei in enger Kooperation mit der spanischen insgesamt fünfzehn Personen im französisch besetzten Baskenland, Iparralde. Unter den Verhafteten befinden sich drei Personen aus der mutmaßlichen Führungsspitze der bewaffneten Befreiungsorganisation ETA. Floren Aoiz Montreal, Mitglied der nationalen Leitung von Herri Batasuna, erklärte hierzu:

In Januar 1989 wurden Josu Ternera und Elena Beloki von der französischen Polizei verhaftet. Sie galten damals als die Nr. 1 respektive als ein weiteres Führungsmittel der bewaffneten Befreiungsorganisation. Zur selben Zeit hielt ETA eine Feuerpause ein und es begannen die Gespräche von Algier mit Vertretern der spanischen Regierung. Die damaligen Verhaftungen wurden zu einem Vorzeichen, wie die Gespräche enden sollten: Die spanische Regierung brach einseitig die in acht Punkten festgehaltene Übereinkunft, was zur Wiederaufnahme der bewaffneten Auseinandersetzungen führte ... Drei Jahre später, nach mehreren Monaten voller Nachrichten über Kontakte der spanischen Regierung mit Vertretern der ETA, um die politischen Gespräche wieder in Gang zu bringen oder wenigstens mit Ablenkungsmanövern die internationalen Anläufe des Jahres 1992 zu retten, und nach dem Angebot der ETA zu einer zweimonatigen Feuerpause; verhaftet die französische Polizei in enger Kooperation mit der spanischen die mutmaßliche Führung der Organisation ... Die sprichwörtliche Kampfbereitschaft des baskischen Volkes hat sich auch wenige Stunden nach Bekanntgabe der Verhaftungen aufs heftigste entladen: Tausende von Demonstranten gingen auf die Straße, wobei es zu den seit langem heftigsten Straßenschlachten mit der Polizei kam. — (alk)

GUS: Zusammenbruch der Gesundheitsversorgung

Die Weltgesundheitsorganisation WHO hat eine katastrophale Verschlechterung des Gesundheitswesens in der ehemaligen UdSSR festgestellt. Wurden in der Sowjetunion noch 90 Prozent der Kinder gegen die klassischen Kinderkrankheiten geimpft, so finden jetzt Mangels Impfstoffen kaum noch Impfungen statt. Der Wirkstoff gegen Masern z.B. fehlt komplett. Der Zusammenbruch von Produktion und Austausch zwischen den Republiken führt zum Mangel an Baby-nahrung; dazu kommen die drastischen Preiserhöhungen. In vielen Republiken kommt inzwischen auf jede Geburt eine Abtreibung; auch Verhütungsmittel sind kaum erhältlich. Katastrophal seien auch die langjährigen Vergiftungen von Luft, Wasser und Boden u.a. durch radioaktive Unfälle. Quelle: *NZZ*, 31.3. — (alk)



Über 1400 pensionierte und noch arbeitende Bergleute demonstrierten am 10. März in Washington gegen Angriffe der Regierung und der Kohlekonzern auf Krankenversicherungsleistungen. Präsident Bush und die gewerkschaftsfeindlichen Kohlekonzern wollen ein Gesetz blockieren, mit dem die Gewerkschaft versucht, Versicherungszahlungen, zu denen sich die Kohlekonzern 1946 bereitgefunden hatten, auch bei rückläufiger Zahl von Kohlefirmen weiter aufrechtzuerhalten. Kommt das Gesetz nicht durch, so sind die Versicherungsansprüche der Bergleute, insbesondere der alten und krank geschundenen Bergarbeiter und ihrer Familien, in Gefahr. Präsident Bush hat ein Veto gegen das Gesetz angekündigt. — (rül, Bild: ALF/CIO-News 37/92)

Haushalt verabschiedet: Jetzt wird abkassiert

Hannover. „Nach Vollzug der Steuererhöhungen wird es keine weiteren Veränderungen der Steuersätze in den nächsten fünf Jahren geben.“ (Koalitionsvereinbarung SPD/Gabl) Diese weitgehende Zusagen hat die Wirtschaft. Die Gewerbesteuer wurde von 425 auf 460 Prozentpunkte erhöht, was sich auf der Kostenseite bei den meisten Betrieben nur unwesentlich niederschlagen wird.

Mit einer Stimme Mehrheit, unter Abwesenheit von CDU und FDP, wurde der diesjährige Stadthaushalt von SPD und Gabl verabschiedet, Republikaner und ÖDP stimmten dagegen.

Die vorliegenden Haushaltbeschlüsse werden erst am Anfang sein von dem, was bei Ausrichtung der Expo in Hannover zu erwarten ist:

- Erhöhung der Grundsteuer von 430 auf 530 Prozent. Die Kosten werden auf die Mieten abgewälzt werden, desgleichen wird die neu eingeführte Straßenbaubeuratssatzung zur Erhöhung der Mieten bzw. Nebenkosten führen;
- Erhöhung der Entgelte für Kita-Plätze um 10 %,
- für Altenwohnheimplätze plus 15 %;
- Kürzung des Pflegegeldes um die Hälfte durch Anrechnung auf die Sozialhilfe;
- Erhöhung der Gebühren für Müllabfuhr im Durchschnitt um 16 %;

Erhöhung der Friedhofsgebühren um mehr als 100 %;

Erhöhung der Gebühren für Volks hochschulkurse um 40 %, wobei die Unterrichtenden davon nichts sehen;

Erhöhung der Kosten für Transport im Rettungswagen um 60 %, für den Einsatz des Notarztwagens um 67 %;

Erhöhung der Mieten für Sportvereine in städtischen Bädern um 50 %;

Zoo: 10 statt 7 DM für Erwachsene, 5 statt 3,50 DM für Kinder; Museen, Herrenhäuser Gärten: 2 DM pro Person; Büchereien: 15 DM pro Jahr pro Erwachsener; Kommunales Kino: Erhöhung der Eintrittspreise um 20 %.

Dazu kommen zahlreiche Beihilfekürzungen sowie das Vorhaben, in dieser Ratsperiode 1000 städtische Stellen abzubauen.

Die „öffentlichen Einrichtungen“, die eine Gemeinde laut niedersächsischer Gemeindeordnung bereitzustellen hat, verlieren ihren öffentlichen Charakter. Wer nicht zahlen kann, d.h. wer auf diese Einrichtungen angewiesen ist, ist ausgeschlossen. Der nächste Schritt ist, diese Einrichtungen nicht mehr bereitzustellen, zu privatisieren oder ganz verschwinden zu lassen. Was bleibt, ist die Kommune als unterste Ebene zur Verteilung von Steuer- und Gebühreneinnahmen an die Wirtschaft. — (rec)

Stadtrat für EXPO-Bürgerbefragung

Hannover. Mit den Stimmen von SPD, GABL (Grün-Alternative-Bürgerliste) und dem aus der ÖDP ausgeschlossenen Ratsherrn Priesl hat der Rat der Stadt Hannover am 19.3. mit 33 gegen 31 Stimmen bei einer SPD-Enthaltung die in der Koalition von SPD und GABL vereinbarte Bürgerbefragung zur Weltausstellung „EXPO 2000“ beschlossen. Anfang Juni soll sie mit folgendem Text durchgeführt werden: „In der Öffentlichkeit wird über Vor- und Nachteile einer Weltausstellung in Hannover gestritten. So bestehen Erwartungen wie wirtschaftlicher Aufschwung, mehr Arbeitsplätze, mehr Wohnungsbau und neue Nahverkehrslinien. Dem stehen Befürchtungen wie steigende Mieten, zusätzliche Umweltbelastungen, steigende Lebenshaltungskosten und zu große finanzielle Belastungen für die Stadt gegenüber. Wir fragen Sie: Sind Sie dafür, daß im Jahr 2000 in Hannover eine Weltausstellung stattfinden wird? Ja/Nein“. Befragt wird die wahlberechtigte deutsche Bevölkerung sowie die länger als drei Jahre in Hannover lebende ausländische Bevölkerung.

Trotz des Beschlusses zur Bürgerbefragung gibt es keine Ratsmehrheit gegen die Expo. Dies wurde in der gleichen Sitzung dokumentiert. Einen FDP-Antrag, wonach der Rat seinen Entschluß von 1988, die Expo auszurichten, bekräftigt und alle Bürger bitten, sich zahlreich an der Befragung zu beteiligen — und natürlich für die Expo zu stimmen — fand die Unterstützung von Republikanern, WfH, CDU, FDP und SPD. Dab die SPD/GABL-Koalition noch vor der Bürgerbefragung platz, daran arbeiten viele. Die in der Koalitionsvereinbarung getroffene Festlegung, wonach SPD und GABL sich dazu bekennen, „daß die Expo nicht gegen den erklärten Wunsch von 50 % der Beteiligten durchgeführt werden soll“, ist von der SPD im Vorriff auf von ihr nicht erwartete Ergebnisse bereits geraumt. Für die SPD-Fraktion bleibt die „endgültige Entscheidung“ dem Rat vorbehalten, und Oberstadtdirektor Fiedler hält es für geboten, dem Bürger auf der Abstimmungskarte mitzuteilen, daß das „Resultat der Befragung unverbindlich ist“.

Aber nicht nur im Rathaus haben die Expo-Betreiber die Initiative. Wirtschaft und Politik auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene verfolgen handfeste Interessen mit der Expo. Da steht das Gewicht des „vereinigten Deutschlands“ international zur Debatte, da erhoffen sich die Konzerne und Banken ein weltmännisches Flair für Hannover als Ost-West-Drehscheibe, da will die Messse-AG ihren Standort über das Jahr 2000 sichern und benötigt dafür eine staatlich

finanzierte „moderne“ Infrastruktur. Die für die Lohnabhängigen ins Feld geführten Erwartungen nach „wirtschaftlichem Aufschwung, mehr Arbeitsplätzen, mehr Wohnungsbau und neuen Nahverkehrslinien“, die auch gerade von der SPD propagiert werden und bis tief in die Gewerkschaften zur Bejahung der Expo führen, mag selbst die Industrie- und Handelskammer Hannover (IHK) nicht glauben. Die IHK hatte Mitte März mit einem Schreiben an alle 65 Ratsmitglieder zum Ausdruck gebracht, daß diese „allgemeinen“ Erwartungen ihr die „größten Bauchschmerzen“ bereiten. Die IHK nennt da ganz andere Vorteile der Expo. Gerade das Motto „Mensch — Natur — Technik“ könne doch zur Schaffung einer „wissenschaftlichen Erlebniswelt“ genutzt werden, z.B. in Gestalt eines großen Museums, was ein „Langzeit-Magnet“ wäre. Oder wie wär's mit dem Zeigen „von Lösungen der Umweltsanierung Ostdeutschlands“. Ja auch der „ökologische Umbau“ am Beispiel eines zu bauenden Leinenses sei doch was. Die Metropole braucht ein „repräsentatives Entrée“ und dem Stadtbaudienst schwelten schon 1990 glasüberdachte Fußgängerzonen, Luxuspassagen und „Dienstleistungsberufe wie Hotelinformation, Reisebüros oder Büros von Fluggesellschaften“ vor.

Bis zur Bürgerbefragung Anfang Juni beabsichtigen die Expo-Betreiber, gestützt auf die bürgerliche Presse, eine massive Einflussnahme auf die öffentliche Meinung. Die Erfahrungen aus Wien, wo im Sommer 1991 eine Volksbefragung mit 65 % Ablehnung das Ende der dort für 1995 geplanten Expo zur Folge hatte und binnen Stunden nicht nur den Immobilienpekulanten Verluste beibrachte, soll sich hier nicht wiederholen.

Die im Rat einzige von der GABL eingeschlagene Position der Ablehnung der Expo verdient Unterstützung. Lie nun beschlossene Bürgerbefragung muß vom Widerstand gegen die Expo zum Anlaß genommen werden, um die Auswirkungen auf die Mehrheit der hier lebenden lohnabhängigen Bevölkerung aufzuzeigen. Höhere Miet- und Immobilienpreise, steigende Lebenshaltungskosten, weiterer Abbau und Kostensteigerung von kommunalen Leistungen wird viele treffen, bis hin zum Eigenheimbauherrn. Die Interessen der großen Konzerne und Banken nach Metropolenbildung, Großraumwirtschaft und Zentralisation, die über die Durchführung der Expo befördert werden sollen, sind zu kritisieren. Der Widerstand muß dazu beitragen, daß die Einzelgewerbeschaften und der DGB von der kritiklosen Bejahrung der Expo abrücken. — (gec)

Demonstration gegen faschistische Parteien

Karlsruhe. Mehr als 200 überwiegend junge Leute demonstrierten am 4.4. gegen den Einzug faschistischer Parteien in den baden-württembergischen Landtag. Aufgerufen zu der Demonstration hatten BWK, DIDF, Edelweißpiraten, Krankenpflegeschüler, Kurdische Komitee, Sozialistische Linke, Steffi, Volksfront. Das autonome Antifa-Plenum rief zur Demonstration auf, obwohl es „mit dem Motto der Demo nicht einverstanden“ war. In Kundgebungen wurde das Wahlrecht für Ausländer gefordert, die Asylkampagne der Landesregierung als Förderung des Faschismus angeprangert, die revanchistische Politik gegenüber den Völkern Osteuropas kritisiert. Weitere Beiträge gab es zur staatlichen Verfolgung von Antifaschisten und zu den Massakern der türkischen Armee in Kurdistan. — (map)

Gefangen-Petition an den Bundestag

München. In einer Petition an den Bundestag haben 15 Häftlinge aus der Justizvollzugsanstalt München-Stadelheim gleiche Rechte wie in anderen Bundesländern gefordert. In keinem anderen Bundesland müßten mit lebenslänglichen Strafen Inhaftierte so lange im Gefängnis sitzen wie in Bayern. Nirgendwo sonst sei der Vollzug so hart und werde so selten Ausgang und Urlaub gewährt. Der Freistaat Bayern mißachte das Strafvollzugsgesetz. Im gleichen Zusammenhang hat ein Bündnis zu einer Demonstration am 11. April in Straubing aufgerufen. Neben der Forderung nach Freilassung aller haftunfähigen Gefangenen geht es vor allem um die längst überfällige Freilassung von Bernd Rös-

ner, der seit 17 Jahren inhaftiert ist, viele Jahre davon unter Isolationshaft. Bei der Haftprüfung im Mai 1990, nach 15 Jahren Haft, wurde seine Freilassung jedoch abgelehnt. Weiterhin wird die Schließung der Psychiatrie (Haus III) gefordert. — (ecg)

Demonstration für bessere Schulbildung

Karlsruhe. Mehrere hundert Leute demonstrierten am 28.3.92 gegen eine weitere Verschlechterung der Lage an den Schulen. Aufgerufen hatte der Arbeitskreis Grund- und Hauptschulen im Gesamtelternbeirat des Stadtkreises Karlsruhe. Gefordert wurden kleinere Klassen, mehr Lehrer — 500 Einstellungen durch die Landesregierung in diesem Jahr sei reine Makulatur, bei einem Zuwachs von 20000 Kindern gegenüber 1991. Mindestens müsse das Schüler-Lehrer-Zahlenverhältnis von vor zwei Jahren unverzüglich wiederhergestellt werden, die schlechte Ausstattung der Schulen nachhaltig verbessert werden. Das Kultusministerium wies die Forderungen als „Katastrophenbilder“ zurück. — (map)

angeboten, die Abschaffung der Abendrealsschulen als Institutionen des zweiten Bildungsweges und längere Arbeitszeiten für Lehrer durchsetzen. Allein am 27. März demonstrierten in Bochum 7000 Leute, in Duisburg und Essen jeweils 5000, in Köln 8000 und in Dortmund 1000. Aufgerufen hatten die Schülervorstellungen, die der Landesregierung „Rabbatz ohne Ende“ angekündigt haben. Ein Transparent in Köln: „Dummheit läßt sich leichter regieren“. In mehreren Städten finden inzwischen auch weitere Aktionen der Lehrer statt: In Oberhausen verweigern viele alle außerhalb der Dienstpflicht liegenden Mehrleistungen, zum Beispiel mehrtägige Klassenfahrten oder schulübergreifende Sportwettkämpfe. Diese Aktionen stoßen auch bei den Eltern auf viel Sympathie. Während CDU und FDP derzeit noch in den Aktionen zu fischen versuchen, erwägt das Kultusministerium Disziplinarmaßnahmen gegen Lehrer, die sich an Demonstrationen während des Unterrichts beteiligten. — (wof)

Arbeit ausländischer Frauen extrem belastend

Köln. Das stellt eine Studie des Prognos-Institutes Düsseldorf fest, die im Auftrag des Landesministeriums für Arbeit und Soziales durchgeführt wurde. Danach ist die Erwerbsquote bei Ausländerinnen im Durchschnitt höher bzw. gleich wie bei deutschen Frauen. Die Altersstruktur beweist jedoch, daß die Ausländerinnen keine „Familienpause“ haben, sondern trotz durchschnittlich höherer Kinderzahl durcharbeiten, und das schlecht bezahlt und unter schweren Bedingungen. Für Ausländerinnen der „ersten“ Generation heißt das z.B. Schwerstarbeit zu Niedriglöhnen seit 20 Jahren und mehr. — (uld)

Streikaktion gegen Belegschaftsabbau

Essen. Ein großer Teil der Früh- schicht im gewerblichen Bereich von Krupp Widia legte am 26.4. die Arbeit nieder, 250 Beschäftigte protestierten vor dem Verwaltungsgebäude gegen die Ausweitung des Personalabbaus. Auf Grundlage eines Sozialplans soll die Belegschaft von über 2400 Beschäftigten Ende 1990 auf 1835 Ende 1992 abgebaut werden. Dieses Ziel will der neue Geschäftsführer Müller-Eschenbach auf 1680 korrigieren. In den dazu notwendigen Verhandlungen will der Betriebsrat erreichen, daß der Abbau gestreckt und betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen werden. — (kw, Foto: Rote Fahne)



Sind die Arbeiter am Stimmergebnis der Republikaner schuld?

Stuttgart. Erste Wahlanalysen sowohl des Ifas-Institutes als auch der Forschungsgruppe Wahlen charakterisieren den typischen Republikaner-Wähler als jung, männlich, aus dem unteren sozialen Milieu stammend. Über 20 Prozent der Männer unter 25 Jahren hätten in Baden-Württemberg Rechtsparteien (Rep, Deutsche Liga, NPD) gewählt; diese Angabe stammt aus gekennzeichneten Wahlzetteln — die Angaben über die soziale Herkunft des Rechtswählers sind aus der Sozialzusammensetzung der Stimmbezirke mit hohen Anteil der rechtsextremen Parteien mittelbar abgeleitet.

Sicher haben Arbeiter zu beträchtlichen Prozentsätzen Rep gewählt haben, aber noch viel mehr Arbeiter haben gewiß zu noch höheren Prozentsätzen SPD gewählt, wegen ihrer Staatsangehörigkeit nicht wählen dürfen oder hätten links gewählt, wenn eine solche Partei kandidiert hätte.

Es wird sich so verhalten, daß die Polarisation in der Arbeiterbevölkerung am größten ist. Dies ist auch aus jedem Betrieb bekannt, wo es immer gefolgschaftstreue „Radfahrer“ gibt. Dieser Vergleich kann noch mehr erklären. Wenn sich die Führung der Rep wie ein Betrieb verhalten kann, d.h. wie Chefs, die andere Kräfte einkaufen, dann ist es klar, daß eine Orientierung der kapitalistischen Kräfte in diese Richtung stattfinden kann; die Frage ist nur, wieviel

das tun und vor allem, warum diese arbeitgeber- und daher autoritätsorientierten Leute nicht mehr die CDU wählen oder vom Nichtwähler zum „Protestwähler“ oder vom SPD-Wähler zum Rep-Wähler werden.

Die Antwort liegt nahe: Autoritätsorientierung sucht sich Loyalitätsverhältnisse. Wenn die bestehende Loyalität enttäuscht wird, entsteht die Bereitschaft zur Umorientierung. Solche Enttäuschungen können verschieden sein: In Bezug auf den direkten Nutzen und Erwartungen, das ist ein sozialer Faktor. Aber auch in Bezug auf Werte und Orientierungen können Enttäuschungen entstehen. Dies zweite wird vor allem das Kleinbürgertum auf die Beine bringen. Ein Indiz: neben den „einfachen“ Wohngegenden in den großen Städten haben die Rep im kleinstädtischen und ländlichen Milieu um die Ballungszentren herum überdurchschnittlich Stimmen erhalten. Ein Wirtschaftsminister, der das Prostitutionsmilieu fördert, ein Justizminister, der sich von einer Firma einen Fernseher schenken läßt — es ist das monopolistische Verkommen der Union und das aalglatte, abweisende Verhalten von Beamten, der als gesellschaftlicher Werteverlust bei der Union erscheint und jene Parteien stärkt, die behaupten, diese Werte, wie auch immer, zu vertreten.

Die Quellen für das Aufkommen der Rep sind aber nicht nur das vom Werte-

verlust seiner bisherigen Repräsentanten verunsicherte mittelständische Milieu und das wegen Sozialverlusten verunsicherte arbeitgeber- und autoritätsorientierte Arbeitermilieu. Damit eine solche Partei Festigkeit gewinnt und Autorität ausstrahlt, muß sie das große Geld, das die Partei ausstatten muß.

Die Gegenstände, an denen sich die Rechtsradikale hochgerankt haben, passen zu den drei Quellen:

— Das große Geld braucht Banden aus praktischen und normativen Gründen. Es will einen Extrembereich der Konkurrenz und der Entziehung aus ökonomischen Gründen: Ausländer und der Kleinstbürgertum auf die Beine bringen. Ein Indiz: neben den „einfachen“ Wohngegenden in den großen Städten haben die Rep im kleinstädtischen und ländlichen Milieu um die Ballungszentren herum überdurchschnittlich Stimmen erhalten. Ein Wirtschaftsminister, der das Prostitutionsmilieu fördert, ein Justizminister, der sich von einer Firma einen Fernseher schenken läßt — es ist das monopolistische Verkommen der Union und das aalglatte, abweisende Verhalten von Beamten, der als gesellschaftlicher Werteverlust bei der Union erscheint und jene Parteien stärkt, die behaupten, diese Werte, wie auch immer, zu vertreten.

Das arbeiteorientierte Mittelstand will klare Orientierungen, hierfür steht u.a. die DM-Angst, die ja von denen, die sie schüren, ein Zahlungsversprechen ist und als solche Botschaft eine beträchtliche moralische Attraktivität ausstrahlt. Das arbeiteorientierte Mittelstand will klare Orientierungen, hierfür steht u.a. die DM-Angst, die ja von denen, die sie schüren, ein Zahlungsversprechen ist und als solche Botschaft eine beträchtliche moralische Attraktivität ausstrahlt.

Warnstreik

Jetzt sind wir dran!
Solidarität ist kein Lippenbekennnis
Kommt alle — keiner bleibt im Betrieb!

„Dieses Angebot reicht nicht aus!“

Darum: Heraus zum II. Warnstreik am 01. April 1992
Um 12.30 Uhr wird eine zentrale Streikversammlung aller beschäftigten des Kfz-Handwerks Köln stattfinden.

Köln. Die IG Metall führt für den Bereich Kfz-Handwerk in NRW eine wichtige Tarif-auseinandersetzung. 12 Prozent und 160 DM Vorweganhebung lauten die Forderungen. An den ersten Streikaktionen beteiligten sich nach unserer Information 6 133 Arbeiterinnen und Arbeiter aus 167 Kfz-Betrieben. Bei einer zweiten Streikaktion am 1. April beteiligten sich allein in Köln 700 Beschäftigte aus 15 Kfz-Betrieben. — (jöd)

DGB: Stoppt die Massaker in Kurdistan!

Augsburg. Einen sofortigen Stopp der brutalen Aktionen der türkischen Sicherheitsbehörden gegen die kurdische Bevölkerung hat der Bundesjugendausschuß des DGB gefordert. In einer Diskussion mit Vertretern von Demonstranten, die am Mittwoch vor dem Sitz des DGB-Bundesvorstandes in Düsseldorf auf die Massaker in der Türkei aufmerksam machen wollten, verurteilten die Vertreter der Gewerkschaftsjugend entschieden die jahrelange Unterdrückung der Rechte der Kurden in der Türkei: „Niemand darf in unserem Land wegsehen, wenn Frauen, Kinder und Männer mit Hilfe von Panzern und Hubschraubern ermordet werden, die für ihre elementarsten Rechte demonstrieren“. Es sei ein Skandal, wenn auch Waffen aus Deutschland dabei zum Einsatz kommen. „Wir fordern die Bundesregierung auf, die Waffenlieferungen an die Türkei zu unterbinden und auf die türkische Regierung massiven Druck auszuüben, die Menschenrechte zu achten“. Frieden könne es in dieser Region nur geben, wenn das Selbstbestimmungsrecht der Kurden anerkannt werde.

Quelle: DGB-ND vom 25.3.1992 — (pef)

Polizisten demonstrieren für bessere Bezahlung

München. Am 27.3.92 demonstrierten in München rund zehntausend Polizisten für eine bessere Bezahlung und eine neue Laufbahnoordnung. Ihre Gewerkschaft (GdP) verlangt im Vollzugsdienst die Abschaffung des mittleren Dienstes zugunsten des höheren und gehobenen Dienstes. Bayerns Innenminister Stoiber sprach unter Pfiffen ein Grußwort und

plädierte für die Einführung einer „Sonderlaufbahn Polizei“, d.h. für eine generelle Höherstufung um zwei Besoldungsgruppen, Beibehaltung des mittleren Dienstes und Ausweitung des gehobenen und höheren Dienstes. Die SPD-Landesvorsitzende Renate Schmidt unterstützte die Forderungen der GdP „im Interesse der inneren Sicherheit“. — (uth)

Firmen unbekannt, die Zwangsarbeiter einsetzen?

Bonn. „Endlich, mit 16-monatiger Verspätung, hat die Bundesregierung in der Sitzung des Unterausschusses Wiedergutmachung des Bundestages am 21.2.92 erklärt, daß keine Verhandlungen mit Firmen aufgenommen wurden, weil ihr nicht bekannt sei, bei welchen Firmen Zwangsarbeiter beschäftigt wurden ... Dem voraus ging eine Entschließung des Bundestages vom 31. Oktober 1990 mit dem Auftrag an die Bundesregierung, zu prüfen, ob eine Fondslösung für Entschädigungsleistungen an Zwangsarbeiter aus dem 2. Weltkrieg möglich ist, Kontakt mit der Privatwirtschaft aufzunehmen, ob diese zu solchen Leistungen bereit ist, und die Höhe der benötigten Mittel festzustellen ... Außer einer Anfrage beim Bundesverband der Deutschen Industrie und beim Deutschen Industrie- und Handelstag mit der zu erwartenden negativen Antwort ist nichts geschehen ... Mit diesem billigen Argument kann sich die Bundesregierung nicht aus der Verantwortung stehlen.

... Wir richten deshalb an alle demokratischen Kräfte die Bitte, das Recht auf Entschädigung der Sklavenarbeiter des 3. Reiches zu unterstützen.

Quelle: Mitteilung der Interessengemeinschaft ehemaliger Zwangsarbeiter unter dem NS-Regime, 6.3.92 — (frr)

Landtagswahl Schleswig-Holstein: Rassismus durch DVU gestärkt

Kiel. Die DVU bemängelt in ihren brutalen und rassistischen Aussagen fast nichts mehr. Das Abschneiden der Faschisten bei den Landtagswahlen überraschte deshalb doch etwas. Offiziell stieß das Ergebnis zwar auch bei den bürgerlichen Kräften auf Verwunderung — aber letztlich war der Wahlschock gerade Ausdruck der in der Bonner und Kieler Regierungspolitik stattgefundenen Verschärfungen, vor allem in der Politik gegen Flüchtlinge. Gefördert davon und von der offenen DVU-Propaganda traten auch die Stiefelfaschisten in ziemlicher Brutalität auf. Morde, Vergewaltigungen, zig Überfälle auf Nichtdeutsche, auf Antifaschisten und andere, die nicht in das Weltbild der Faschisten passen, waren während des Wahlkampfs an der Tagesordnung.

Die DVU erhielt am meisten Stimmen in Lübeck, gefolgt von Neumünster und Kiel. Danach kam der gesamte Hamburger Randgürtel. In den ländlichen Regionen erhielten die Faschisten die wenigsten Stimmen.

Die SPD erhielt 46,2% = 687517 Stimmen (1988: 54,8% = 857956), die CDU 33,8% = 503388 (33,3% = 521461), die FDP 5,6% = 82919 (4,4% = 69620), die Grünen 4,97% = 73993 (2,9% = 44898), der SSW 1,9% = 28237 (1,7% = 26634), die DVU 6,3% = 93302 (0,0), REP 1,2% = 18230 (Bundestagswahl in SH: 1823). Wahlberechtigt waren 2090107, davon haben 1500931 = 71,8% gewählt. In der Woche vor der Landtagswahl traten führende CDU-Mitglieder (darunter Irmgard Heise, Landtags-Kandidatin aus der Partei aus. Bei der SPD gab es ähnliche Vorkommnisse. Der Unterschied bestand darin, daß die ausgetretenen CDU-Mitglieder kein Interesse mehr hatten, die CDU-Machenschaften mitzutragen, während SPD-Mitglieder vor allem protestierten, weil die Flüchtlingsverfolgung durch die Landesregierung nicht brutal genug sei.

Von den Stimmen her können die Republikaner auf einen recht stabilen Wählerstamm zurückgreifen. Die DVU soll ihre Stimmen hauptsächlich von Wählern unter 25 und über 65 Jahren und gut zur Hälfte davon von bisherigen Nichtwählern erhalten haben.

Allein der SSW (dänische Minderheit) vertrat einen halbwegs antifaschistischen Standpunkt, die Grünen hingegen einen eher ahnenden Antifaschismus. Sie können ihre Stimmen jedenfalls nicht durch eigenes In-Erscheinung-Treten erhalten haben.

DVU und REP führten nirgends öffentliche Veranstaltungen durch. Ihr Wahlkampf bestand aus Mitgliederver-

sammungen und Hauswurfsendungen durch die Post sowie dem Anmieten von Plakatwänden. Am Wahlabend konnte die DVU (Frey) im Fernsehen ihre rassistischen Standpunkte vertreten. Kurz darauf kam Ottfried Hennig von der CDU und redete fast das gleiche.

Viel Unterschied in den programmativen Aussagen der CDU/FDP/SPD im SH-Wahlkampf war nicht zu sehen. Spitzenkandidat O. Hennig (CDU) hatte in einer Hauswurfsendung drei Schwerpunkte gesetzt: 1. Mißbrauch des Asylrechts beenden; 2. Kriminalität durch Polizeiaufrüstung senken und 3. Gegen die Gesamtschule — Für die Zukunft der Kinder. Die SPD hatte praktische Schritte in denselben Richtungen forciert: So ließ Sozialminister Jansen vier Wochen vor der Wahl sämtliche Flüchtlinge auf den Sozialämtern antreten, angeblich, um Sozialhilfemehrabschieber herauszufinden. Zudem brüstete er sich damit, am schnellsten abschieben zu lassen und die Kasernierung der Flüchtlinge schnell durchgesetzt zu haben. Zum zweiten wurde im Frühjahr ein Polizeigesetz beschlossen, das den schnelleren Waffengebrauch der Polizei regelt (sog. Präventiv- bzw. Fangschuß). Einzig bei den Gesamtschulen gibt es Differenzen. Das war aber so gut wie kein Thema.

Zu der Flüchtlingszählung hatte u.a. der AK-Asyl Schleswig in einer Presseerklärung gewarnt, daß „durch die kollektive Überprüfung ... den Flüchtlingen ... pauschal ein Betrugsvorwurf unterstellt wird. ... Diese angeblich notwendige Aktion ist in jeder Hinsicht verfehlt und trägt zur politischen Unkultur bei. Die Analyse der letzten Landtagswahl in Bremen belegt eindeutig,

dass mit Maßnahmen, die geeignet sind, Stimmungen gegen Flüchtlinge zu schüren, allein die rechtsradikalen Kräfte gestärkt werden.“

Links von den Grünen bzw. dem SSW gab es keine Kandidatur. Vom nordregionalen Antifa-Bündnis (hauptsächlich Autonome) wurden mehrere Flugblätter gegen die Faschisten erstellt. Eines wurde in einer Auflage von 250000 Stück als Hauswurfsendung landesweit verteilt. Größere Veranstaltungen wurden einzigt von den Wahlboykottinitiativen durchgeführt. Am Wahlsonntag traten diese teilweise mit Flugblättern direkt vor den Wahllokalen in Erscheinung. Initiativen in verschiedenen Wahlkreisen, die Faschisten zur Kandidatur nicht zulassen, stießen auf die gleiche geringe Resonanz wie zu den letzten Wahlen.

Die Morde, Vergewaltigungen und Überfälle der rechten Skins zwangen in fast jeder größeren Stadt zu Gegendemonstrationen von Antifaschisten. Eine etwas breitere Solidarisierung über den engeren Kreis hinaus konnte allerdings nicht erzielt werden — bzw. wurde nicht versucht.

Etwas weiter verbreitete Lösungen wie „Wählen war schon immer verkehrt; Jeder Mensch kann nur wählen, welche Diebe ihn bestehlen ...; Wählen Wählen etwas verändern, wären sie verboten“ trugen nicht zu einer antifaschistischen Aktionseinheit bei. Beschädigungen von Wahlplakaten der DVU und REP mögen Spaß bringen, sofern der Verursacher nicht von Faschisten oder der Polizei gestellt wird — als Mittel zur Kritik faschistischer Ideologie taugen sie jedoch nicht, und gerade an dieser hat es gefehlt. — (ale)



Bild: af/mz

Widerstand gegen „Nationale Offensive“

Konstanz. Neben den anderen rechten Parteien kandidierte im Wahlkreis Konstanz die „Nationale Offensive“ (NO). Diese „Partei“, ein Ortsverband Konstanz-Singen wurde erst im November 1991 gegründet, hat sich schnell einen traumtigen Namen gemacht. Im letzten Herbst besprühten Jugendliche aus ihrem Umfeld auf dem Friedhof Gräber mit Naziparolen — Auftakt für zahlreiche faschistische Übergriffe. Immer wieder bedrohen und überfallen NO-Mitglieder Ausländer, Punks und Antifaschisten. Neu ist an der NO nur der Name. Ihr Bundesvorsitzender Michael Swierczek war nicht nur führender Funktionär in der Kühnen-Partei FAP, sondern zuvor schon in der verbotenen ANS/NA tätig. Ideologisch handelt es sich bei den NOlern um Neo-Nationalsozialisten. Sie orientieren sich am NSDAP-Programm aus den 20er Jahren. So leugnet man den Genozid an den Juden und operiert offen mit SS-Parolen wie „Unsere Ehre heißt Treue“. Schwerpunkt der Programmatik: „Mit aller Kraft für Deutschland“ und, natürlich, „Ausländer raus“. Wer da nicht mitzieht, wird mit Terror bedroht. Zeugen berichten von einem Aufmarsch, bei dem Parolen wie „Türkensäue, steck sie ab“ und „Schlagt den Linken die Schädeldecke ein“ gebrüllt wurden. Daneben verbreiten die NOler auch offenen Antisemitismus („Keine Mark für Israel“) und fordern „Freiheit“ für den

Kriegsverbrecher Schwammberger. Während des Wahlkampfs versuchte die NO, ihre Hetze mit Ständen zu verbreiten. Daß daraus nie so richtig was geworden ist, lag nicht an der Stadtverwaltung. Sie hat den Faschisten vier Stände genehmigt, obwohl ihr Programmatisch und Praxis bekannt sind. Das Rechts- und Ordnungsamt schmetterte Vorstöße von ALL und Einzelpersonen ab, die Stände wegen der menschenverachtenden Propaganda der NO zu verbieten. Polizei schützte die Naziaufmärsche in der Fußgängerzone. Nachdem der Einsatzleiter einen Stand aufgelöst hatte, weil die NOler empörte Passanten angrieffen, war beim nächsten Termin der Leiter des Rechts- und Ordnungsamtes dabei, um persönlich für die Durchsetzung des Faschistenstandes zu sorgen. Trotzdem gelang es Antifaschisten, die Informationsstände zu blockieren und damit praktisch zu verhindern, daß die Propaganda der Nazis unter die Leute kam. Die ALL hatte außerdem zusammen mit anderen Gruppen eine antirassistische Kulturveranstaltung und eine Informationsveranstaltung über die Entwicklung der faschistischen Gruppierungen im Land organisiert.

Das Wahlergebnis für die NO ist angesichts der Gesamtentwicklung eher erfreulich: 65 Stimmen. Auch die Rep (5,1%) und die anderen rechten Gruppierungen (3,3%) blieben deutlich unter den Landesergebnissen. — (jüg)

Viele dieser Einrichtungen sind akut von der Schließung bedroht, andere kön-

nen nur noch Notprogramme durchführen. Denn Wirtschaftsminister Möller (FDP) hat die Haushaltsumittel der Bundesanstalt für Arbeit, aus denen ABM-Maßnahmen überwiegend gezahlt werden, um 560 Mio. DM gekürzt, um angeblich entsprechende Maßnahmen im Anschlußgebiet damit zu finanzieren — aber auch dort werden 1992 die ABM-Stellen massenhaft zusammengekürt. In Hamburg schlägt Möllermanns Politik mit einer Kürzung der ABM-Mittel von 214 Mio. DM 1991 auf 62 Mio. DM 1992 zu Buche. Zusätzlich will der Senat die 144 Mio. DM aus dem Landeshaushalt, die bisher jährlich zur Dekoration der Restpersonalkosten und Sachmittel bzw. Mieten gezahlt wurden, um 60% auf 44 Mio. DM zusammenstreichen — hier allerdings mehrt sich auch parlamentarischer Widerstand.

Um die Streichungen durchzusetzen, hat das Arbeitsamt mit Beschuß vom 20.1.92 einen neuen Kriterien-Katalog beschlossen: Danach sollen erstens ABM-Maßnahmen in der Regel nur noch für ein Jahr bewilligt werden anstatt wie bisher zwei Jahre und zweitens ausschließlich Personen vermittelt werden, die neben der üblichen einjährigen Arbeitslosigkeit sogenannte „Vermittlungshemmisse“ aufweisen, d.h. zum Beispiel keine Berufsausbildung haben, drogen- oder alkoholsüchtig sind ...

Durch diesen Kriterien-Katalog werden besonders hart die in den letzten Jah-

ren zahlreich entstandenen Frauen-Projekte betroffen. Befürchtet wird, daß 29 von 38 Frauen-Projekten dem Kahlenschlag zum Opfer fallen. Aber auch Jugend- und Sozialberatungsstellen müssen schließen oder ihr Angebot drastisch reduzieren, auch Aktivspielsplätze und Theaterwerkstätten machen dicht.

Die eine Folge der drastischen ABM-Kürzungen ist die Verschärfung der Arbeitslosigkeit: Zu Tausenden werden Menschen auf den Arbeitsmarkt geworfen, die es sehr schwer haben, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Der Druck auf den Arbeitsmarkt steigt und erleichtert den Kapitalisten, die Arbeitsverhältnisse weiter zu deregulieren.

Die andere Folge ist, daß Hamburg einer Vielzahl kommunaler Aufgaben nicht mehr nachkommen wird. Mit dem Aufkommen des sogenannten zweiten Arbeitsmarktes sind in den letzten zehn Jahren in Hamburg in zwei Schüben tausende Stellen im öffentlichen Dienst gestrichen worden; öffentliche Dienstleistungen wurden privatisiert, kommunale Aufgaben auf freie Träger abgeschoben, große Bereiche, in denen geregelt, tariflich bezahlte Arbeit vorherrschte, wurden in Bereiche mit ungeregelter und schlecht bezahlter Arbeit umgewandelt. Die Unterstützung der ABM-Beschäftigten ist wichtig; die beste Unterstützung ihrer Kampfs besteht in der Kritik der weiter schrumpfenden kommunalen Dienstleistungen. — (scg)

Frank Dreaver, ein Vertreter des Leonard Peltier Defense Committee aus Kanada, und Rechtsanwalt Lew Gurwitz waren im Februar und März 1992 fünf Wochen lang auf einer Reisemission durch Italien, Deutschland und die Schweiz, um die Kampagne für die Freilassung Leonard Peltiers, politischer Gefangener in den USA, vorzustellen und das weltweite Bewußtsein und die Unterstützung zu vergrößern. Dies beinhaltet auch die Hoffnung, die Möglichkeiten für die Ernennung Leonard Peltiers zum Friedensnobelpreisträger zu verstärken. Leonard Peltier wurde von den indianischen Völkern des amerikanischen Kontinents als Preisträger vorgeschlagen, im Rahmen der 500-Jahr-Feiern der Kolonialisierung Amerikas. Innerhalb der Kampagne für die Freilassung Leonard Peltiers sind mittlerweile über zwei Millionen Unterschriften gesammelt worden. Zur Zeit läuft eine weltweite Briefkampagne für die Freiheit von Leonard Peltier an verschiedene US-Regierungsvertreter. Wer nähere Informationen über diese Briefkampagne und den Fall insgesamt haben möchte, kann sie bei der Kanada AG, Infoladen, Werderstr. 8, 6200 Wiesbaden beziehen.

Der folgende Text basiert auf einem Flugblatt des Leonard-Peltier-Verteidigungskomitees in den USA. — (st.h.)

Leonard Peltier ist vom Stamm der Anishinabe-Lakota und ein führendes Mitglied des American Indian Movement (AIM). Er hat 16 Jahre im Knast verbracht aufgrund falscher Beschuldigungen des Mordes und ist zu zweimal lebenslänglich verurteilt worden.

Nelson Mandela ist 1990 in Südafrika freigelassen worden. Es ist Zeit für die Vereinigten Staaten, das gleiche zu tun und ihre politischen Gefangenen freizulassen.

Der Fall Peltier

Am 26. Juni 1975 wurden ein Native (Kolonialbezeichnung: „Indianer“) namens Joe Stuntz und zwei FBI-Polizisten bei einem Schußwechsel zwischen Staatsagenten und AktivistInnen und AktivistInnen des AIM im Pine Ridge Indian Reservat in South Dakota getötet. Der Tod von Joe Stuntz wurde nie untersucht. Der Tod der beiden FBI-Polizisten rief eine der größten Menschenjagden in der Geschichte des FBI hervor, die mehr als 200 Staatstruppen einbezog und später von der US-Kommission für Menschenrechte als „eine Überreaktion, eine vollständige Invasion“ charakterisiert wurde.

Am gleichen Tag war Dick Wilson, der korrupte Stammesvorsitzende von Pine Ridge, in Washington D.C., um ein Achtel des Reservatlandes gegen den Willen der eingesessenen Lakota zu überschreiben. Es war herausgefunden worden, daß es in diesem Land ziemlich große Mengen an Öl, Gas und vor allem Uranerz gibt, auf das US-Aktiengesellschaften und das Militär für Kernkraftwerke und Nuklearwaffen scharf sind. Die eingesessenen Leute in Pine Ridge bekämpften gemeinsam den Abbau in ihrem Land, und seit der Besetzung von Wounded Knee 1973 war das Eindringen von Bundespolizisten in Pine Ridge zur Unterstützung von Dick Wilson und gegen die eingesessenen Lakotas alltäglich.

Schließlich wurde gegen vier Aktivisten des AIM Anklage erhoben wegen des Todes der beiden FBI-Polizisten. Zwei von ihnen wurden für „nicht schuldig“ befunden, weil sie während des Feuergefechts aus Selbstverteidigung handelten. Gegen den Dritten wurde die Anklage fallengelassen aus Mangel an Beweisen, und so konnte das Justizministerium das volle Gewicht seiner Verfolgung auf einen Mann legen: Leonard Peltier.

Auslieferung

Laut der eigenen FBI-Protokolle hatten sie lange vor dem Schußwechsel in Pine Ridge einen Plan entwickelt, um Leonard Peltier zu neutralisieren, indem sie ihm fälschlich Kapitalverbrechen vorwerfen und ihn inhaftieren. Die Neutralisierung Leonards war nur ein Teil eines größeren Widerstandsbekämpfungsprogramms des FBIs, um das AIM vollständig zu destabilisieren und zu zerstören.

Da er annahm, in den USA keine Chance für ein faires Verfahren zu haben, floh Leonard nach Kanada, wo er um politisches Asyl ersuchte. Um die Auslieferung zu erreichen, legte die US-Regierung der kanadischen Regierung eine gefälschte eidesstattliche Erklärung

Freiheit für Leonard Peltier, indianischer US-Gefangener

vor, die von einer Native-Frau unterschrieben war, die behauptete, eine Augenzeugin des Mordes gewesen zu sein. Diese Erklärung war von ihr unter Todesdrohungen von FBI-Beamten erzwungen worden, und später gab sie zu, niemals vorher in ihrem Leben Leonard Peltier gesehen zu haben. Die US-Regierung hat seitdem zugegeben, daß die Erklärung falsch war.

Der Prozeß

Ohne einem der üblichen Verfahrenswege für einen Wechsel des zuständigen Gerichts zu folgen, übergab der Gerichtshof Leonards Prozeß nach Fargo, Nord-Dakota, wo Richter Paul Benson den Fall hören sollte. Richter Benson traf sich mit Anklagevertretern und dem FBI vor dem Prozeß, und während des Prozesses lehnte er es ab, der Verteidigung zu erlauben, irgendeinen Beweis des Fehlverhaltens des FBIs gegen das AIM vorzulegen. Alle wichtigen EntlastungszeugInnen, die zur Brutalität des FBI, dem Erzwingen von ZeugInnenaussagen, Entkräftung der Beweise und zur Terrorkampagne des FBIs gegen das AIM Aussagen machen wollten, wurden vom Gericht nie angehört.

Als Ergebnis wurde Leonard Peltier per Indizienbeweis für schuldig am Tod der beiden FBI-Polizisten erklärt und zu zweimal lebenslänglich verurteilt.

Jüngste Entwicklungen

Während Leonards letzter Berufung 1987 fand das Berufungsgericht des Achten Gerichtsbezirks, daß vorhergehende Prozesse durchsetzt waren mit FBI-Fehlurteilen und juristischen Unrichtigkeiten, die das Wissen über den Gebrauch von Meineid, erzwungenen ZeugInnenaussagen, Fälschung der Mordwaffe und anderen Beweismitteln und die Unterdrückung von Beweismittel, die Leonards Unschuld hätten beweisen können, beinhalteten. Das Gericht räumte ein, daß der Fehlurteil des FBI in dem Fall „ein klarer Fall von Mißbrach des zu untersuchenden Prozesses“ war, doch erstaunlicherweise weigerten es sich, ihn einem neuen Gericht zu übertragen.

Unruhe in Kanada

Der Schwindel der USA, um die Auslieferung von Leonard Peltier zu erreichen, erzeugte öffentliche Unruhe in Kanada, und im Frühjahr 1987 stellte der Parlamentsabgeordnete Jim Fulton einen weiteren Antrag zur Rückkehr von Leonard nach Kanada. Dieser Antrag kam nie zur Abstimmung ins Parlament, die Öffentlichkeit antwortete mit Tausenden von Briefen und einem Rund-um-die-Uhr-Nachtwachengebet. Von allen größeren Kirchen und Menschenrechtsorganisationen in Kanada wurde Unterstützung ausgedrückt.

Eine Chance für Freilassung

Leonards Anwälte streben zur Zeit eine erneute Anhörung an, damit Leonards zwei aufeinanderfolgenden lebenslänglichen Hafturteile in zwei gleichzeitige umgewandelt werden. Das könnte für ihn eine Möglichkeit sein, bedingt freigelassen zu werden.

Wichtiger noch ist, daß Senator Daniel Inouye, Vorsitzender des gewählten Senatskomitees für „indianische“ Angelegenheiten, zugestimmt hat, den Fall von Leonard US-Präsident Bush vorzulegen, in der Hoffnung, eine Begnadigung durch den Präsidenten zu erreichen. Nur eine starke Unterstützung derer von uns, die die schreckliche Ungerechtigkeit von Leonards Inhaftierung verstehen, kann bewirken, daß dieser Wunsch Wahrheit wird.

Das FBI: unsere Geheimpolizei

Das FBI hatte immer versucht, das Bild einer hochprofilierten Agentur der Kriminalitätsbekämpfung aufrechtzuerhalten, einer Agentur, die uns vor Verbrennen u. ä. schützt, aber von seinen ersten Tagen an war die Aufgabe, abweichende Meinungen und Einstellungen in der US-amerikanischen Gesellschaft zu untergraben und zu unterdrücken.

Gruppen, die dem Kapitalismus opponierend gegenüberstanden oder fest soziale Veränderungen verteidigten, sind als „subversiv“ bezeichnet worden, und das FBI hat jede Anstrengung unternommen, diese Gruppen zu spalten, zu verwirren und zu zerstören. Obwohl das FBI angeblich gezielte Programme hat,

um rechte Flügel zu zerschlagen, gab es im Laufe der Jahre viele Anlässe, wo das FBI im voraus gut von gewalttamen Angriffen wußte, die von Rechten gegen Linken geplant waren, und nichts dagegen tat. Der Angriff des Ku-Klux-Klan gegen die Freedom Riders ist nur ein solches Beispiel. Über ein Viertel des bekannten KKK-Mitglieder sind gleichzeitig als FBI-Agenten oder -Informanten bekannt, die viele der Gewalttaten gegen Schwarze eher versuchten als verhindern. Stattdessen laufen Infiltrierung und Spaltung von Gruppen wie Southern Christian Leadership Conference, Socialist Worker Party, Nation of Islam, Puerto Rican Independence Movement, Black Panther Party und des American Indian Movement.

Diese Form der FBI-Operationen setzt sich ununterbrochen bis heute fort. Ein Unterausschuß des Senats fand, daß das FBI 858 Datenbanken aufrechterhält, die mehr als 1,25 Billionen Akten von Individuen enthalten. Das FBI besitzt

ebenso einen Sicherheitsindex mit 15 000 Andersdenkenden, die verhaftet werden sollen im Falle eines erklären nationalen Notstandes wie eines atomaren Krieges oder eines inneren Aufstands.

Indian Land

US-Firmen erzielen riesige Gewinne aus der Ausbeutung des Landes, der Ressourcen und der Arbeit der Ureinwohner und Ureinwohnerinnen. Hunger nach Geld hat sich in Hunger nach Öl, Kohle, Holz, Uranerz oder andere Mineralien verwandelt. Abbau und Entwicklungspläne in der Nähe von Pine Ridge haben giftige Abfälle produziert, die das Land verseuchen und die Luft, und Uranabbau hat die Bestrahlung der Wasserzufuhr für Pine Ridge verursacht. Krebs- und Mißgeburtarate sind sprunghaft angestiegen, und schätzungsweise 38 % der schwangeren Frauen im Reservat hatten Fehlgeburten. Dies sind nur einige der Gefahren und Mißbräuche gegen das

eingesessene Lakota-Volk und die AIM-AktivistInnen, die bis heute kämpfen.

Wounded Knee

Ende 1800 nutzten die USA die militärische Kraft der Kavallerie, um ihrem illegalen Diebstahl und der Einverleibung von weiten Teilen der Great Sioux Reserve den Rücken zu stärken. Im Dezember 1890 wurden 300 Ureinwohnerinnen und Ureinwohner, vor allem Kinder, Frauen und Alte, brutal massakriert von der Kavallerie bei Wounded Knee, das beim Pine Ridge Reservat ist. Im Februar 1973 besetzten 300 Mitglieder des AIM und ihre UnterstützerInnen und Unterstützer, darunter Kinder, Frauen und Alte, friedlich das Dorf bei Wounded Knee. Sie protestierten gegen die ökonomische Ausbeutung ihres Landes und ihres Volkes und die Mißbräuche, die durch Dick Wilson, Stammesleiter, und seiner BIA-Polizei, bekannt als GOON-Trupp, stattfanden. Wie US-gestützte Regierungen in „3. Welt“-Ländern wurde Dick Wilson durch Interessen von US-Firmen zum Nachteil seines Volkes unterstützt, und seine Regierung sandte Polizeileute des Terrors und der Gewalt aus gegen alle, die sich ihm widersetzen.

Die US-Regierung antwortete auf die Besetzung von Wounded Knee mit der Entsendung von Militärkräften, die u.a. beinhalteten: M-16-Munition, 12 M-79 Granaten, 600 Kisten CS-Gas, Hubschrauber, Phantomflieger und alles notwendige Personal. Nach US-Bundesgesetz war der Einsatz in dieser inländischen Operation illegal. Die Terrorkampagne gegen AktivistInnen, UnterstützerInnen des AIM gipfelte in den drei Jahren nach der Besetzung von Wounded Knee. Unabhängige Untersuchungen ergaben, daß allein in dieser Zeit 342 eingesessene Natives und AIM-UnterstützerInnen im Pine Ridge Reservat getötet wurden. Das ist der Hintergrund von Mord und Repression, auf dem der Schußwechsel am 26. Juni 1975 stattfand. Weltweite Unterstützung für Leonard Peltier wurde ausgedrückt von 80 internationalen religiösen Organisationen, vier Nobelpreisträgern sowie von mehr als 20 Millionen UnterstützerInnen von überall auf der Welt.



Protestaktion gegen Uranabbau auf indianischem Land in Arizona

Leonard Peltier spricht

Diese Erklärung gab Leonard Peltier am 13. Mai 1976 in Vancouver (Kanada) vor dem Obersten Gericht ab, als er einen Antrag auf politisches Asyl in Kanada stellte:

Ich will dem Gericht eine Erklärung abgeben.

Ich will meine Gefühle über diese Anhörung und die juristischen Maßnahmen, die von der US-Regierung gegen mich eingeleitet wurden, ausdrücken.

Ich sehe meine Anhörung als Teil einer Anzahl politischer Fälle um indianische Völker, die vor US- und kanadischen Gerichten sind. Dies stellt nur die Fortsetzung nordamerikanischer Regierungspolitik dar, die ihr Gerichtssystem benutzt, um IndianerInnen zu unterdrücken. Gegenwärtig gibt es zweierlei Justizsysteme: eines für die weiße Gesellschaft und eines für die indianischen Völker. Indianische Völker werden in ihren Reservaten und auf den Straßen der USA und Kanada angegriffen und ermordet und niemand wird in den Gerichten als kriminell für diese Verbrechen bezeichnet. Ich weiß, daß der Kriminelle die weiße Gesellschaft ist.

Ich weiß, daß die weiße Gesellschaft für das Quecksilber (Mercury) verantwortlich ist, das in die Seen im Osten Kanadas geschmissen wird, und aus denen unsere Ojibway Brüder und Schwestern essen müssen, um zu leben. Aber, wenn wir diesen Fisch esse, sterben wir. Die Gerichte haben den Kriminellen, der das Quecksilber hineinkippt, noch nicht benannt. Aber ich weiß, daß der „Kriminelle“ die weiße Gesellschaft ist.

Wenn die koloniale weiße Gesellschaft unsere Gebiete erobert und besetzt, wird dies nicht als kriminelle Tat bezeichnet. Aber wenn native Völker aufstehen und Widerstand leisten, dann sind diese Taten kriminell. Aber dies sind keine Verbrechen. Dies sind politische Taten, in denen unser Volk für sein Recht auf Selbstbestimmung, Würde und Selbstwert aufsteht gegen die grausame und unterdrückende Macht einer Nation.

Meine Vorfahren unterschrieben Treaties (Verträge) mit den Regierungen der USA und Kanada. Diese Treaties erkannten die Existenz unabhängiger souveräner Nationen an. Und IndianerInnen erkennen ihre Souveränität weiterhin an, so wie es in der Erklärung der andauernden Unabhängigkeit vom Juni 1975 der First International Indian Treaty Council in Standing Rock Dakota Nation und in den Erklärungen der nativen Völker der Nordwestterritorien steht.

Es mag sein, daß wir mit dem Land, das für uns reserviert war, zufrieden waren. Aber über die Jahre wurde dauernd mehr und mehr von unserem Land gestohlen durch die kanadischen und die US-Regierungen. Im 19. Jahrhundert wurde uns unser Land aus ökonomischen Gründen gestohlen, weil das Land von Lebensmitteln überquoll, die die geizige weiße Gesellschaft für sich haben wollte. Uns blieb nur das, was die weiße Gesellschaft für wertlos hielt. Doch schafften wir es, zu leben, und widersetzten uns dem Willen der weißen Gesellschaft, uns zu liquidieren. Heute ist das, was einst wertlos genannt wurde, plötzlich wertvoll, als die Technologie der weißen Gesellschaft fortschritt. Jetzt möchte uns die weiße Gesellschaft von unseren Reservaten verdrängen, weil unter dem unfruchtbaren Land wertvolle Ressourcen liegen.

Es ist keine neue Entwicklung für die weiße Gesellschaft, von nicht-weißen Völkern zu stehlen. Wenn die weiße Gesellschaft erfolgreich ist, nennt sie das „Kolonialismus“. Wenn den Bestrebungen der weißen Gesellschaft, Völker zu kolonialisieren, mit „Widerstand“ begegnet wird, wird das „Krieg“ genannt. Aber wenn die kolonisierten Indianer diesem Raub mit Widerstand begegnen, werden sie „Verbrecher“ genannt. Nichts ist klarer als das, daß dies eine Farce ist. Wir sind eine indianische Nation, und die Regierungen der USA und Kanada und die dominante weiße Gesellschaft, die sie repräsentieren, führen Krieg gegen unser Volk, unsere Kultur, unsere spi-

rituellen Gebräuche und unsere heilige Mutter Erde seit über 400 Jahren. Seit über 400 Jahren kämpfen wir gegen koloniale Herrschaft und für unsere Rechte als Mitglieder einer unabhängigen souveränen Nation innerhalb der Treaty-Gebiete. Diese Treaties sind heilige Dokumente, die die unterzeichnenden Nationen binden, eine unverletzbare internationale Beziehung. Aber ihr zwingt uns in die Gerichte, Gerichte, die noch nie gerecht zu indianischen Völkern waren. Der hohe Anteil von native people in nordamerikanischen Gefängnissen zeugt von dieser Tatsache.

Die allgemeine politische Verfolgung, die gegen indianische Völker gerichtet wird, zielt insbesondere gegen die Vertreter des American Indian Movement (AIM). Diese politische Verfolgung, die in den USA ihren Anfang nahm, zielt auf AIM als eine Organisation, um diese Bewegung und ihren Kampf für die Befreiung aller indianischen Völker in Kanada, USA sowie der kolonialisierten Völker in Zentral- und Südamerika zu zerstören. Es ist ein Kampf, das Joch kolonialer Herrschaft zu brechen, wenn wir als Volk überleben wollen.

Stattdessen wird das kolonisierte Volk, das versucht, das Joch des amerikanischen Imperialismus abzuwerfen, als kriminell behandelt. Diese Art der selektiven politischen Verfolgung gegen AIM-Mitglieder ist nichts anderes als die Verbrechen des FBI gegen die Black Panther Party und die Socialist Workers Party, wie es die Rockefeller- und Church-Berichte entlarven.

Auch hier missbrauchte das FBI das amerikanische Justizsystem, schikanierte Menschen, die Widerstand gegen die Unterdrückung leisteten, und warfen sie in den Knast.

Deswegen stehe ich hier in Ketten vor diesem Gericht.

Was ich dieses Gericht frage: „Wird das kanadische Justizsystem und seine Behörden, in Kenntnis dieses Missbrauchs, als Werkzeug für den korrumpten amerikanischen Staat dienen?“

Ich stelle diesem Gericht und diesem Land eine Antrag auf politisches Asyl.

Mai 1976

Erschienen in: *The Indian Voice*

In folgenden sind zwei Beiträge aus der Diskussion der PDS Gera (Thüringen) dokumentiert.

Der Umgang mit Geschichte zählt stets zu den kompliziertesten geistigen Auseinandersetzungen in der Gesellschaft.

Das trifft insbesondere dann zu, wenn es um unmittelbar Vergangenes geht. Dann nämlich verbinden sich persönliches Erleben und persönliche Betroffenheit mit der gesellschaftlichen Bewertung. Diese ist jedoch stets mit politischen Zielsetzungen und Ansprüchen verbunden und somit mehr oder weniger einseitig. Da sich diese Art von Einseitigkeit immer als Mehrheit präsentiert, ist der Konflikt zwischen ihr und einzelnen im Prinzip unausweichlich, gelingt es nicht, ein Klima differenzierten Umgangs mit Vergangenem herzustellen.

Diese Situation herrscht gegenwärtig in der BRD. Indifferent und über eine ideologisierte Öffentlichkeit wird versucht, die deutsche Nachkriegsgeschichte zum Zwecke politischer Beeinflussung einseitig festzuschreiben. Der Kern dieses Vorgehens besteht darin, vier Jahrzehnte DDR-Geschichte isoliert von der deutschen Geschichte dieses Jahrhunderts und den Ergebnissen des 2. Weltkrieges sowie des darauf folgenden Kalten Krieges zu betrachten. Mit der Negierung solcher grundlegender historischer Zusammenhänge soll letztlich jeder Versuch einer Alternative zum deutschen Kapitalismus ins Abseits gestellt werden. Die DDR wird darauf aufbauend als Unrechtsstaat von Anfang an betrachtet und mit der faschistischen Diktatur auf eine Stufe gestellt.

Wem daran gelegen ist, mit Geschichte so umzugehen, daß ihre Bewertung wenigstens ein Mindestmaß an Gerechtigkeit hervorbringt; wer aus dieser Bewertung produktive Schlüsse für die weitere gesellschaftliche Entwicklung ziehen will, der muß darum bemüht sein, den gegenwärtigen Zustand zu durchbrechen. Das betrifft die PDS besonders, da sie einerseits in direkter Nachfolge des gescheiterten Alternativversuchs DDR steht und andererseits weiterhin für eine Alternative zu den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen eintritt.

Dabei wird sie allein nicht in der Lage sein, das derzeitige Klima in der BRD zu verändern. Sie trägt jedoch die Verantwortung, ihren Beitrag unabhängig von den „gesellschaftsfähigen“ Varianten des Umgangs mit Geschichte zu entwickeln und öffentlich zu machen. Nur dann werden wir die Chance haben, dem einzelnen Halt und Orientierung sowie Solidarität bei seinem ganz persönlichen Umgang mit der Vergangenheit zu geben.

Dies vorausgesetzt, müssen besonders folgende Zusammenhänge diskutiert und in politisches Handeln umgesetzt werden:

1. Die DDR war kein Unrechtsstaat von Anfang an und Rechtlosigkeit ihrer Bürger weder ein allgemeines noch bestimmendes Prinzip dieses Staatswesens.

Der Staat DDR entstand aus den vielfältigen Verwicklungen der Nachkriegsgeschichte, insbesondere den verschiedenen von innen und außen wirkenden Bestrebungen, Deutschland zu teilen. Die deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert, die Millionen Toten des 2. Weltkrieges und die katastrophale Situation in Deutschland selbst rechtfertigten den Versuch, eine Alternative zum bürgerlichen deutschen Staat zu wagen. Der separate Zusammenschluß der Westzonen zur BRD beförderte den Gedanken, diesen Versuch mit staatlicher Eigenständigkeit zu manifestieren.

Nicht ein Deutschland stalinistischer Prägung, sondern ein Deutschland, das antifaschistische Gesinnung verkörpert und in dem die Macht der Monopole gebrochen oder zumindest eingeschränkt wird, ein Deutschland, in dem Kriegsverbrecher zur Verantwortung gezogen werden, wurde mit Gründung der DDR angestrebt.

Jedem, der sich für diese Ziele und damit für den Staat DDR eingesetzt hat, muß deshalb zunächst das moralische Recht eingeräumt werden, sich für eine positive Entwicklung eingesetzt zu haben.

Davon ausgehend, kann eine differenzierte Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit in der DDR erfolgen. Dabei ist generalisierend festzuhalten, daß es in der DDR eine Diskrepanz zwischen sozialen, kulturellen und zum Teil wirtschaftlichen Rechten der Menschen, die stark ausgeprägt waren, und den äußerst eingeschränkten individuellen Menschenrechten gab. Diese Tendenz verstärkte

Zum Umgang mit der deutschen Geschichte nach 1945

sich einerseits im Laufe ihrer Entwicklung, wurde andererseits vorwiegend durch äußere Zwänge zeitweilig auch gelockert.

Im allgemeinen besaß der DDR-Bürger eine hohe Rechtsicherheit in der Gesellschaft sowie gegenüber dem Staat. Jedoch waren wesentliche Rechte, wie die Versammlungs- und Pressefreiheit, die freie politische Meinungsausübung und in ganz besonderem Maße die Freiheit und Reisefreiheit, entweder nur auf dem Papier garantiert oder von vornherein nicht gewährt.

In diesem Spannungsfeld muß Rechtsstaatlichkeit der DDR analysiert und bewertet werden. Das verlangt einerseits, den besonderen Machtmechanismus von SED-Führung, Staatsorganen, Wirtschaft und Sicherheitsbereich wirklich zu untersuchen, um die reaktionäre Machtauffassung der sogenannten Partei- und Staatsführung umfassend zu dokumentieren.

Andererseits geht es darum, die gegenüber dem bürgerlichen Staat fortschrittlichen Rechtsgrundlagen des DDR-Bürgers — und diese hat es gegeben — vor der Vergessenheit zu bewahren. Aus den Resultaten beider Untersuchungen könnten wesentliche Schlüssefolgerungen für gesellschaftliche Entwicklungsprozesse der Gegenwart gezogen werden.

2. Entschieden zu widersprechen ist 2. der These von der Gleichsetzung der DDR mit dem faschistischen Regime von 1933 bis 1945.

Allein die Entfesselung des 2. Weltkrieges und die Millionen Opfer in den faschistischen Konzentrationslagern und Zuchthäusern in ganz Europa strafen jede solche Darstellung Lügen.

Angesichts der Ungeheuerlichkeit solchen Vorwurfs braucht es offensive Antworten darauf. Das deutsche Kapital und seine politischen Wegbereiter, deren Karriere in der BRD ungebrochen anhält, wollen ihre schmutzige Vergangenheit tilgen, indem sie mit Fingern auf die DDR zeigen. Dies offen darzustellen und zugleich stets neu danach zu fragen, wie in der BRD faschistische Vergangenheit nicht aufgearbeitet wurde und welche Folgen das hatte, heißt, sich produktiv mit deutscher Geschichte auseinanderzusetzen. Die Diskussion zum „verordneten“ Antifaschismus in der DDR muß dabei Bestandteil sein ebenso wie die Tatsache, daß in der DDR die Mächtigen des Dritten Reiches in der Tat zur Verantwortung gezogen wurden, nicht durchgängig aber in Westdeutschland.

3. Pauschalurteile, die die SED zu einer kriminellen oder verbrecherischen Organisation erklären, sind rechtlich wie politisch unhaltbar.

Einerseits ergibt sich das bereits aus den unter Punkt 1 angeführten Umständen. Die SED, laut Verfassung die führende politische Kraft in der DDR, trug sowohl für die Rechtsstaatlichkeit in der DDR wie für deren zum Teil gravierende Einschränkung die politische Hauptverantwortung. Unter diesem Gesichtspunkt ist ihr, besonders jedoch der Parteiführung und exponierten Personen der einzelnen Leitungsebenen, Unrechtmäßigkeit vorzuwerfen. Die Gesamtzielsetzungen der Partei sind jedoch weder kriminell noch verbrecherisch gewesen, da sie vom Versuch einer politischen Alternative zum Kapitalismus und der Gestaltung einer neuen Gesellschaft ausgingen, die z. B. Recht auf Arbeit, soziale Befreiung, Bildung unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, erschwingliche Mieten und Friedenssicherung sowie Abrüstung anstrehte und in vieler Hinsicht auch verwirklichte.

Darüber hinaus muß davon ausgegangen werden, daß die 2,3 Millionen Mitglieder der Partei objektiv an den Entscheidungen der Führung nur sehr eingeschränkt beteiligt waren. Dennoch repräsentierten sie in etwa die Bevölkerungsstruktur der DDR und trugen die positiven Seiten des DDR-Staatswesens bewußt mit. Vielfach waren sie es, die sich im Auftrage der Bürger bei staatlichen Einrichtungen und in Betrieben gegen Mißstände wendeten und versuchten, Schwierigkeiten des Alltagslebens zu überwinden. Aus diesen und vielen weiteren Gründen kann die SED in ihrer Gesamtheit keinesfalls als kriminell und

verbrecherisch hingestellt werden. Dies zu tun, würde bedeuten, letztlich alle zu kriminalisieren, die sich in der DDR gesellschaftlich engagierten, da ein solches Engagement letztlich immer auf den Grundlagen der „Gesellschaftskonzeption“ der SED und ihrer Politik basierte.

4. Die Sicherheitsdoktrin der SED-Führung, die Arbeit der Sicherheitsorgane und besonders die Tätigkeit des MfS spielen in der Bewertung der DDR-Geschichte eine gravierende Rolle.

Wichtig ist, ihre Beurteilung in das politische System einzuführen sowie ihr Entstehen und ihre Entwicklung in die Gesamtsituation nach 1945 zu stellen. So darf auf keinen Fall unwiderrührbar bleiben, daß das MfS als Inkarnation der DDR dargestellt wird. Dies geschieht jedoch zwangsläufig, wird, wie gegenwärtig, das Spitzensystem dieses Ministeriums pauschal als der Gesellschaftszustand der DDR offeriert. Damit wird ein Klima erzeugt, das letztlich allen DDR-Bürgern das moralische Recht abspricht, gleichberechtigt im geeinten Deutschland zu leben.

Sie, die eigentlichen Opfer des MfS (der Darstellung halber benutzen wir an

dieser Stelle selbst eine Pauschalisierung — d. V.) werden damit erneut zum MfS-Opfer, wobei die selbsternannten Richter des MfS — die führenden BRD-Politiker — sich zu Richtern über die DDR-Bürger aufschwingen.

Pauschal einzuführen ist jedoch nicht einmal die Tätigkeit der hauptamtlichen Mitarbeiter des MfS. Ohne das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit selbst einzuhalten, wird es nicht möglich, Vergehen gegen das Recht in der DDR tatsächlich zu ahnden.

Deshalb kann nur die Untersuchung und Aufdeckung von Verletzungen des DDR- bzw. Völkerrechts durch Angehörige des MfS und deren gerichtliche Verhandlung auf der Tagesordnung stehen. Nur so kann den Opfern des MfS Gerechtigkeit für in der DDR begangenes Unrecht widerfahren. Die gegenwärtig stattfindende Hexenjagd ist dazu ein untaugliches Mittel, da sie auf Haß und Rache baut und den persönlich Beteiligten eine Mitarbeit an der Bewertung dieses speziellen Teils der DDR-Geschichte praktisch unmöglich macht.

5. Vom aufrechten Gang der DDR-Bürger in die deutsche Einheit ist

im Prinzip nichts geblieben.

Um diesen Umstand richtig einzuschätzen und ihn im Interesse eines vernünftigen Zusammenlebens aller Deutschen zu verhindern, ist die Bewertung der Geschichte, vor allem der Zeit nach 1945, besonders wesentlich.

Für die DDR-Bürger ist dieser zweite deutsche Staat ein Teil ihres Lebens. Unabhängig davon, wie sie sich in diesem Staat fühlten, sie haben in ihm gelebt, haben hier ihre Familie, Freunde usw. gehabt. Diesen Staat deshalb wie einen Unfall der Geschichte zu behandeln bedeutet, 16 Millionen Deutsche zu moralischen Krüppeln zu stempeln, ihnen einen Teil ihres Lebens von Anfang an als vergebens abzubuchen.

Dazu hat niemand ein Recht. Diejenigen, die glauben, dieses Recht zu besitzen, lassen sich von der Mentalität der Sieger leiten. Ihre Handlungen sind bestimmt von Rache, die sie einfach deshalb verspüren, weil sie mit der DDR lediglich vier Jahrzehnte ihrer eigenen Machtlosigkeit zwischen Elbe und Oder verbinden.

Was wir deshalb um so mehr brauchen, ist das Bekenntnis, in dieser DDR gelebt zu haben. Alle jene, deren Bestreben nur noch darauf gerichtet ist, den eignen, auch noch so unscheinbaren „Widerstand“ gegen das Regime zum Lebensprinzip in der DDR hochzustilisieren, kann der Vorwurf nicht erspart bleiben, sich selbst vorzuverurteilen.

Dieter Hausold



1. Mai 1946: Berliner Lustgarten

Anmerkungen zum Beitrag von Dieter Hausold

Zu 1.

Das sehe ich nun anders.

- Die DDR war von Anfang bis Ende mehr als ein Unrechtsstaat (siehe meine Thesen zum Geschichtsforum in Witterda).
- Von Anfang an fehlten wesentliche Elemente eines Rechtsstaates. Die Unantastbarkeit der Person, die bürgerlichen Freiheiten und der Schutz durch die Gerichte.

Vor allem wirkten in ihr von Anfang an Elemente des Stalinismus — im GPU, die Frechheiten der Komintern im Umgang mit der Opposition, vor allem der kommunistischen, der intellektuellen, der religiösen (Reihenfolge ist kein Zufall), eine über das Recht gestellte Macht.

- Wie jede europäische Revolution brach der im Kern revolutionäre Aufbruch mit dem hergebrachten Recht.

Sie trug eine mit der französischen Revolution in Europa entstandene traditionsreiche Verherrlichung des Terrors als politische Antwort auf den Versuch der Herrschenden, die Revolution als Schreckensherrschaft zu verunglimpfen. Anders als die klassischen europäischen Revolutionen ersetzen sie aber im Verlauf der Entwicklung dieses Revolutionsrecht

nur partiell durch ein neues Recht, durch Rechtssicherheit.

- Als Produkt des kalten Krieges spielten alle Gewaltinstitutionen eine hypertrophierte (überzogene — Red.) Rolle.

Es ist zweifellos richtig, daß jedem, der sich für den Staat DDR eingesetzt hat, das moralische Recht eingeräumt werden muß, das getan zu haben.

Ein System fällt aber nie zusammen mit dem Leben der Menschen, die es konstruierten.

Eine Gleichsetzung von beiden, vor allem in der Konstruktion kooperativer Verantwortung/Schuld, muß zu Unrecht führen.

Die Begrenzung von Schuld auf individuelle Schuld ist die einzige Möglichkeit, Unrecht zu vermeiden. (Etwas anderes ist unmöglich in der Haftung juristischer Personen gegenüber Individuen.)

Zu 2.

Sicherlich ist eine solche Darstellung für die DDR richtig. Allein aber der Blutzoll der Kommunisten war in der Sowjetunion höher.

Sicher gab es keinen Holocaust, keine Ausmerzung ganzer sozialer Gruppen, keine Entfesselung eines Weltkrieges,

keine Kriegstaktik der verbrannten Erde, keine flächendeckende Zerstörung, keine systematische Vernichtung von Kriegsgefangenen.

(Obwohl: Katyn?)

Neben einem verordneten Antifaschismus waren verhängnisvoll:

- die Ausgrenzung wichtiger antifaschistischer Kräfte (z. B. KP(O), Trotzki)
- die Unterordnung unter die ungeschichtliche Betrachtungsweise des Marxismus/Leninismus
- die Benutzung des Antifaschismus als Legitimation der stalinistischen Herrschaft (am schlimmsten: Mielke als Spanienkämpfer) und die daraus folgende Diffamierung jeder Opposition als profaschistisch.

Zu 4.

Wie gesagt, die Kriminalisierung von Parteien und Organisationen muß massenweise individuelles Unrecht provozieren.

Nun bleibt natürlich die Frage:

Warum stellten so viele, ob innerhalb oder außerhalb des MfS, ihre moralischen Bedenken gegen Überwachung und „Zersetzung“ zurück zugunsten eines höheren Prinzips?

Dr. Dieter Strützel

Die Ministerpräsidenten der ostdeutschen Bundesländer und der Regierende Bürgermeister von Berlin haben im Dezember vergangenen Jahres einen Staatsvertrag zur Auflösung der Akademie der Künste (Ost) unterzeichnet, dessen Ratifizierung allerdings noch aussteht. Längstens bis zum Sommer will man die letzte bestehende DDR-Einrichtung noch dulden. Dieser Staatsvertrag wird vom Berliner Rechtsanwalt Geulen als rechtswidrig bezeichnet. (1)

Da der von beiden Akademien präferierte „behutsamere und längerfristigere“ Prozeß der Vereinigung durch die Politik verhindert wird, stehen zwei Wege, der Auflösung der Ost-Akademie zuvorzukommen, zur Debatte: Zusammenführung der Akademien oder „individuelle Zuwahl“ der Ostmitglieder. Der Präsident der Ost-Akademie, Heiner Müller, hatte schon frühzeitig deutlich gemacht, daß er eine Vereinigung im Wege einer individuellen = selektiven Zuwahl ablehnt. Und auch der Präsident der Westberliner Akademie, Walter Jens, hält diese Methode für „einen ganz falschen Weg, der uns ins Abseits führen“ und für die Ostberliner Akademiemitglieder eine Demütigung darstellen würde. Um ein Gegenbeispiel zum bisher üblichen „Anschlußmodell“ zu setzen, spricht sich Jens für eine „en-bloc“-Übernahme aus. Es dreht sich übrigens um 26 (!) Ost-Akademiemitglieder.

Als erster trat der Schriftsteller Günther Kunert aus der Westberliner Akademie aus. Er tat dies — eine Woche vor der extra zu diesem Thema einberufenen Mitgliederversammlung — mit einem „offenen Brief“ an Walter Jens, den er zeitgleich in der FAZ veröffentlichte

Ich schreibe hier zunächst unter dem Vorbehalt, daß die polizeilichen Ermittlungen zum 21. März nicht abgeschlossen sind, daß es noch eine aktuelle Stunde im sächsischen Landtag (von der PDS/LL beantragt) geben wird, daß zumindest eine Person eine Klage eingereicht hat, weil sie von dem Polizeieinsatz persönlich betroffen war, und daß ich mir vor allem auf letzterem Wege Aufklärung über Zusammenhänge und Hintergründe erhoffe.

Ich habe an der Sondersitzung des Ausschusses für Recht, Ordnung und Sicherheit zu diesem Thema teilgenommen, die auf Antrag der PDS/DF-Fraktion stattgefunden hat. Ich war auf dem Bayrischen Platz, allerdings als die polizeilichen „Maßnahmen“ schon beendet waren, ich war zur Pressekonferenz der Aktion Toleranz, habe viele Augenzeuge gehörte. Es drängt mich, das, was im Ausschuß stattgefunden hat, als erstes zu bewerten. Im Vergleich dazu war die SED eine zutiefst demokratische Partei, zumindest dort, wo ich sie erlebt habe. Auch eine alternative Bewertung ist möglich: Weder das eine noch das andere hatte mit Demokratie, die als Voraussetzung des mündigen Bürger hat, das geringste zu tun. Ein ausgewählter Kreis — im Falle des Ausschusses Vertreter der SPD, CDU, FDP und DSU — kam mit einem Konzept, wie von dem Ausschuß Öffentlichkeit fernzuhalten sei, denn als öffentliche Ausschusssitzung hatten wir sie beantragt. Sie kamen mit einer fertigen Erklärung, vermutlich mit dem Amt abgestimmt, die ganz schnell verlesen wurde, an der nicht einmal eine redaktionelle Überarbeitung möglich war. Sie hatten auch schon den Personalkreis bestimmt, der dann der Presse die Erklärung verlesen und interpretieren sollte. Sogar das Wort Zusammenrottung hat der Ausschusvorsitzende für die linken Kräfte gebraucht. Zusammenrottung — das ist für die DDRler ein böses Wort, ein Straftatbestand, angewendet auf die Luxemburg-Demo im Januar 88 und auf die ersten öffentlichen oppositionellen Regungen in Leipzig. In der Erklärung hieß es, der Ausschuß stehe — ich ironisierte — voll inhaltlich hinter der Polizei, distanziere sich von der tendenziellen Sicht bestimmter Kräfte usw. Kaum einer der Vertreter der verlaubenden Parteien war sachkundig, der Ausschusvorsitzende, Herr Richter (SPD), schon überhaupt nicht, mit Befreiteten im Vorfeld gesprochen hatten die allerwenigsten (nur wir und Vertreter von Bündnis 90/Gruene), jedenfalls nicht die, die das Papier verfaßt hatten. So ungefähr war es in unseren Parteiveranstaltungen zugegangen, wenn sich eine nicht so kleine Minderheit die Köpfe heiß redete über die Demonstrationen, Verhaftungen und „Auseisen“ vom Januar 1988, über die Relegierungen an der Ossietzky-Schule, über das Verbot der sowjetischen Filme im

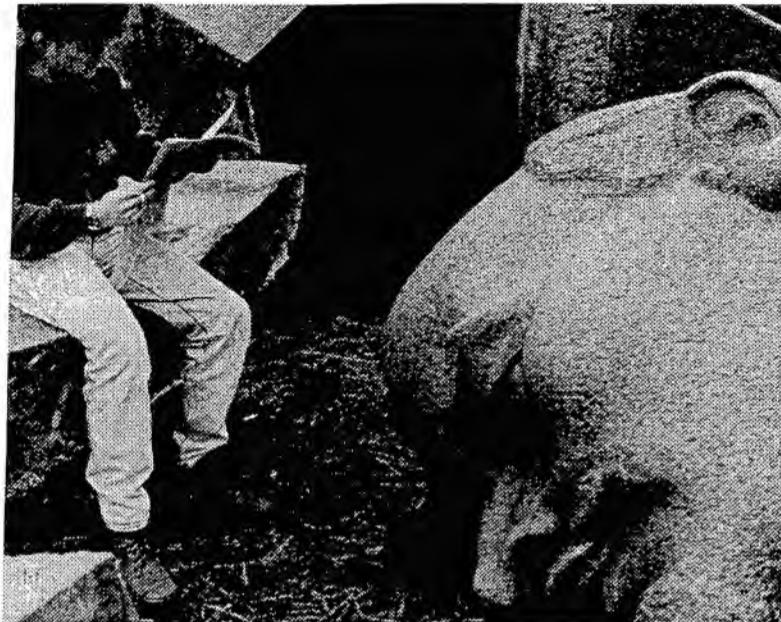
Gleichberechtigte Vereinigung contra Anschlußmodell

ließ. (2) Ohne Namen zu nennen — die Betroffenen könnten ja schließlich wegen Verleumdung klagen —, hetzt er gegen ostdeutsche Schriftsteller, „deren literarische Arbeit wenig und deren moralische Qualifikation gar nichts wert sind“ und die „Mitverantwortung für den einstigen Exodus vieler Schriftsteller aus der ehemaligen DDR tragen“. Walter Jens arbeitet in seiner Erwidern heraus, daß es sich bei den Autoren, die von einer en-bloc-Übernahme erfaßt würden, nur um die Schriftsteller Jurij Brezan, Stefan Heym, Rainer Kirsch, Günther Rücker und den Anglisten Robert Weimann handeln kann, da alle anderen im Zeitraum seit November 89 schon als Mitglieder individuell berufen worden seien. Und während Jens deren Arbeiten und persönliche Integrität würdigt, bringt es Hermann Kant, umstrittener früherer Ost-Akademie-Präsident, auf den Nenner: „Man hätte besser daran getan, zu sagen, die, die ‚hin und wieder den sozialistischen Rest verfochten haben, treten links raus.“ (3)

Trotz des heftig geführten Streits stimmten mehr als zwei Drittel der Westberliner Akademie-Mitglieder auf einer so gut wie noch nie besuchten Mitgliederversammlung am 1./2. Februar für die en-bloc-Aufnahme. Wer jedoch glaubte, damit die Kritiker verstummen lassen zu können, wurde enttäuscht. Un-

ter dem Beifall der Bundes- und Berliner CDU traten nach und nach 26 Westmitglieder aus, insbesondere aus dem Bereich der Bildenden Kunst. Der Ver-

dacht, daß es sich um ein abgesprochenes Vorgehen handelt, drängt sich unweigerlich auf: Die Austritte werden öffentlich nicht nur beschworen, sondern



„Die kulturelle Substanz ... darf keinen Schaden nehmen“ (Art. 35 Abs. 2 Eingangsvertrag) — Theorie. Der Kopf des abgerissenen Lenin-Denkmales in einer Kiesgrube bei Köpenick — Wirklichkeit.

Leipzig, im März 1992: Bayrischer Platz und anderswo

Herbst 1988, über das Verbot des Heftes 10 (und dann fortlaufend) vom *Sputnik*, über das Einhalten einiger Hefte (5/87; 1, 2, 3/88) der sowjetischen Wochenschrift *Neue Zeit*. Nein, im Ausschuß war es schlimmer als in unseren Parteiversammlungen, denn eine solche Verfahrensweise wäre nicht durchgegangen, da hätte es Proteste gehagelt, Widerstand schon aus Prinzip. Ohne Nutzen, wie hier.

Wenn man über den 21. März in Leipzig reden will, so weiß man nicht, wie man das für Wessis am besten tut. Man kann Klischees bedienen, die Polizei sei auf dem rechten Auge blind oder die reisenden „Chaoten“ machen alles kaputt. Ich bezweifle, daß das viel bringt. Nachrevolutionäre Gestaltungsmöglichkeiten werden durch nichts so sehr behindert als durch Klischees, das Bedienen von Klischees und klischehaftes Handeln, denke ich.

Ich brauche die Brutalität der Auseinandersetzungen vom 21. März 1992 nicht auszumalen. Die Bilder sind überall im Fernsehen zu sehen gewesen. Was sich fast gleichzeitig in Leipzig in der rechten Szene abgespielt hat, war im SAT-1-Magazin *Akut* ausführlich berichtet. Die Rechten wurden, trotz Mordhetze, trotz lautstark verkündeter Meinung, Ausländer und Drogendealer müsse man alle in Arbeitslager stecken, und wenn alles nichts nütze, werde man die Straßen wie in den 30er Jahren leer fegen von den Roten, trotz faschistischer Symbolik usw., von der Polizei gelobt wegen ihrer Toleranz und der ordentlichen Auflösung ihrer Demonstration.

Der Polizeieinsatz am 21.3.92 muß sich messen lassen am Verhalten der Polizei in den Oktobertagen 1989 in Leipzig. Unter denen, die mit BGStern diskutiert haben, waren zumindest zwei, die die Situation in Leipzig vom 7. bis 9. Oktober 1989 „hautnah“ miterlebt haben (auch ich). Die, mit denen wir geredet haben, sagten, sie kämen aus Rheinland-Pfalz, und waren über den Einsatz so traurig, wie wir verzweifelt waren. Ihrer Meinung nach hätte es daran gelegen, daß zu viele Leute was zu sagen gehabt hätten, völlig unklar sei, wer den Einsatzbefehl gegeben hatte.

Ist es legitim, von einem Gefühl der Ohnmacht zu sprechen, weil man das urplötzlich anstürmende, zuschlagende und blitzschnell wieder verschwindende Sondereinsatzkommando aus Bayern als Besatzungsmacht empfand?

Wir leben hier im Osten noch mit der Erfahrung, daß die eigenen Polizisten nicht so ohne weiteres gegen das eigene

Volk vorgehen, daß man ihnen in die Augen schauen, sie ansprechen und nachdenklich machen kann, daß Polizisten Mütter, Väter, Söhne und Töchter sind. Mit den Rheinland-Pfälzern ging das auch, mit denen konnte man reden. Deshalb widerstrebt es mir, mich hier so kränkend (Besatzungsmacht) zu äußern.

Zum Sachstand

Für den 21. März hatte die Aktion Toleranz (eine lose Vereinigung ganz unterschiedlicher Gruppen, auch kirchlicher) zu einer Begegnung und zu Gesprächen mit und über Ausländer eingeladen. Kinder hatten Kuchen gebacken, Mütter und Väter Fett für Schnitten ausgelassen, der Erlös war als Spende für kurdische Kinder gedacht. In Abstimmung mit Vertretern

Keine Überdosis Deutschland, Frauen gegen Rechts, Gegen rassistische Ausländergesetzgebung usw.).

Der Demonstration linker und autonomer Gruppen wurde als Endpunkt ihrer Demonstration (aus dem Süden Leipzigs kommend) der Bayrische Platz zugewiesen, wie auch zugleich der Aktion Toleranz, und das trotz der Bedenken, die die Vertreter der Aktion Toleranz dagegen vorbrachten, weil sie eben auch unter den Demonstranten ein gewaltbereites Potential vermuteten. Zu Beginn der Demo war von den Veranstaltern aufgefordert worden, sich nicht zu vermummen, nicht zu provozieren, sich nicht provozieren zu lassen, für Ruhe zu sorgen, sich einzuhaken. Abgesprochen war zwischen Veranstaltern und Polizei,



tern der Stadt und der Polizei war dazu der Platz am Bayrischen Bahnhof zugewiesen. Er befindet sich im Süden Leipzigs, aber noch nahe am Stadtzentrum, etwa auf einer Höhe mit dem Dimitroff-Platz, nur vielleicht 1-2 km weiter östlich. Diese Angaben sind für die Bewertung des Geschehens wichtig.

Für den 21. März hatte auch die Nationale Offensive eine Veranstaltung anmeldet, gegen Drogenmissbrauch. Man hat ihnen den oben erwähnten Dimitroff-Platz zugewiesen, anstelle des im Zentrum gelegenen Sachsenplatzes, auf den sie eigentlich wollten.

Das wieder aktivierten autonome und linke Gruppen, sie meldeten eine Gegendemo an (unter den Losungen:

daß es aus der Demo heraus keine Bewegung nach links (sprich zum Dimitroff-Platz) geben dürfe und nicht in das Stadtzentrum. Richtig ist, daß es unter den Demonstranten von Anfang an Vermummung gegeben hat, daß raucherzeugende „Raketen“ (Silvesterartikel, wie man sagte) abgefeuert wurden. Das aber hat die Polizei geduldet, es gab keine Ermahnung unterwegs, nichts. Gehört wurde von einer Fotografin, die neben der Demonstration auf- und abging, wie ein Polizist entweder wiederholte oder selbst anwies: „Alle Kräfte auf dem Bayrischen Platz konzentrieren und dann zuschlagen.“ Man vergleiche das mit der Behandlung der Rechten!

Die Demonstration war angekommen,

sie wurde für aufgelöst erklärt, aber der ganze Platz war umgestellt, unter anderem mit fünf Wasserwerfern, und viel Polizei (oder BGS, wir kennen uns da nicht so aus). Zurück wollte niemand, die Demonstranten wußten nicht, nach welcher Richtung sie weggehen konnten. Alles war umgestellt. Nach einer gewissen Weile lud die Aktion Toleranz zu Fettbäumen und Kuchen ein. Dieser Einladung folgte eine Gruppe von etwa 15 bis 20 Mann. Einige hatten schon Geld aus den Hosentaschen gekramt, andere wurden aufgefordert, sie sollten doch ihre Tücher vor dem Mund wegnehmen, sie könnten doch sonst gar nichts essen, was sie lachen taten. Und genau in dem Moment (etwa 20 Minuten nach Ende der Demonstration) kam das Sondereinsatzkommando (aus Bayern) hinter dieser Gruppe her, schlug mit Knüppeln auf sie ein, betroffen auch Frauen von der Aktion Toleranz, Steine flogen, Wasserwerfer wurden eingesetzt. Die Schlacht begann, und hinterher zogen randaliende Gruppen nach dem Süden der Stadt, zerschlugen Schaufensterschei-

ben usw. Nachdem zuerst behauptet wurde, es habe Gefahr für Personen und Gebäude (Post und Restaurant) bestanden, sagte der Polizeidirektor Schrimm im Ausschuß für Recht, Ordnung und Sicherheit, man habe Vermummte greifen wollen, weil Vermummung an sich ein Straftatbestand sei.

Das Tragen faschistischer Symbole, Volksverhetzung und anderes aber habe die Polizei nicht daran gehindert, dort auf Deeskalation hinzuwirken, mit den Rechten die Art der Auflösung ihrer Demonstration noch während der Kundgebung zu verabreden.

Dr.phil. Henrike Dietze
PDS-Abgeordnete in der SVV Leipzig

schen im voraus prophezeit und dann auch von den bereits Ausgetretenen triumphierend bekanntgegeben.

Während der Regierende Bürgermeister von Berlin im Februar zusammen mit seinem SPD-Kultursenator Roloff-Momin noch von der „Achtung der Autonomie der Künste am Hanseatenweg und ihrer Entscheidung“ sprach, relativierte er diese Äußerung drei Wochen später: Eine en-bloc-Aufnahme sei überhaupt nur dann erwägbar, „wenn sie von der übergroßen Mehrheit aller Mitglieder der Akademie gewollt wird, nicht nur von der Mehrheit einer zufällig anwesenden Minderheit“. (4)

„Ich unterstelle, daß die große Mehrheit der Westakademiker wußte, was sie tat, als sie sich für den schwierigen Weg dieser Art von Vereinigung entschloß. Es ist schon abenteuerlich, mit welchen Parolen diese ordnungsgemäß zustandegekommene demokratische Entscheidung jetzt ins Zwielicht gerückt werden soll“, merkt Klaus Staeck zu den Austritten und deren Begründungen an. Und: „Was überrascht: nicht wenige, die geradezu stolz sind auf ihre Politikerne . . . , lassen sich bereitwillig zum Hebel einer Politik machen, die ganz andere Zwecke verfolgt und Akademien als potentielle Unruheherde am liebsten ganz abschaffen möchte.“ (5)

Quellen: (1) „Darüber hinaus darf ich nochmals deutlich darauf hinweisen, daß eine einseitige Auflösung der Akademie der Künste, Robert-Koch-Platz, nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und des Oberverwaltungsgerichts Berlin mit Artikel 13 des Eingangsvertrages nicht vereinbar wäre.“ Geulen an den Kultursenator; (2) *Der Tagesspiegel* v. 23.1.92; (3) dto., v. 2.2.92; (4) Diepgen an den ausgetretenen Mack; (5) *Der Tagesspiegel* v. 27.3.92 — (har)

Katastrophale Wirtschaftslage in den baltischen Ländern

Seit einigen Monaten sind Estland, Lettland und Litauen, ehemals Republiken der Sowjetunion, unabhängig. Der nationalistische Rausch ist zwar nicht verflogen, doch die Wirklichkeit hat die mit der staatlichen Unabhängigkeit verbundenen Hoffnungen eingeholt.

Die Ausgangslage

Allen drei Staaten war in der Arbeitsteilung der Sowjetunion eine bedeutsame Rolle zugekommen. Das Baltikum zählte zu den industrialisierten Regionen; die vorhandenen Produktionsanlagen sind im Vergleich zum Durchschnitt in der GUS modern. (1)

Lettland z.B. verfügt über einen relativ hohen Entwicklungsstand in der Elektro- und Nachrichtentechnik, im

„In diesem besonderen Umfeld sind jene Auffassungen entstanden, die die bisherigen Austauschbeziehungen als Hemmnis für die Steigerung jenes Lebensstandards ansehen und somit die übrigen Regionen bzw. den bisherigen Binnenmarkt als ‚Ballast‘ bezeichnen — und die im Anschluß an den EG-Markt bzw. den Weltmarkt die Befreiung von solchen ‚Fesseln‘ sehen.“ (5)

Die Krise der hochzentralisierten sowjetischen Planwirtschaft hat diese Auffassungen bestärkt. Nachdem sie sich jedoch aus der Sowjetunion herausgelöst und damit deren Zusammenbruch vorangetrieben haben, nachdem sie die alten Wirtschaftsbeziehungen zerrissen oder doch stark beschädigt haben, müssen die baltischen Länder erfahren, daß der Weltmarkt ihnen keine Entwick-

ferungen aus der Sowjetunion abhängig; schon die Unsicherheiten des Jahres 1991 führten zu zahlreichen Notschlachtungen und zu einem Rückgang der Fleischproduktion um 25 % allein im ersten Quartal. Auch der Rückgang der Nahrungsmittelindustrie ist in allen drei Ländern gravierend.

Heute bestimmt eine umfassende Versorgungskrise das Alltagsleben der Menschen, alle wichtigen Lebensmittel, vor allem Brot, Zucker u.ä., sind rationiert. Die Inflation — ca. 10 % die Woche — entwertet die Einkommen der Menschen. Die Rentner warten wochenlang vergeblich auf ihre Rente; damit ihnen die ausstehende Rente ausgezahlt werden konnte, hat die litauische Regierung die Auszahlung der Löhne im öffentlichen Dienst gestoppt ...

Die Neuordnung der Wirtschaftsbeziehungen ist ungeheuer erschwert. Rußland geht dazu über, für seine Rohstoffexporte Weltmarktpreise und Zahlung in harter Währung statt in Rubeln zu verlangen. Damit wird die Handelsbilanz aller baltischen Länder stark defizitär. Es ist aber überaus fraglich, ob die baltischen Länder ihre Produkte gegen harte Währung in den anderen Republiken der ehemaligen Sowjetunion absätzen können. Überall brechen die Märkte zusammen; und wo nicht, stoßen sie auf die Konkurrenz asiatischer und auch westeuropäischer Exporteure. Der Zusammenbruch der Austauschbeziehungen bedeutet den Absturz in nicht bekannte Armut.

Die BRD sichert ihren Einfluß

Die BRD ist der Hauptprofiteur dieser Entwicklung. Wohl wissend, daß der Weltmarkt den baltischen Ländern keine Entwicklungsperspektive bietet, haben die Herrschenden die Anschlußbestrebungen maßgeblich gefördert. Der erwartete und eingetretene wirtschaftliche Zusammenbruch liefert ihnen die führenden Kräfte in den baltischen Ländern auf Gedeih und Verderb aus.

Das strategische Ziel der BRD ist es, den von ihr beherrschten Großraum weitesten Osten vorzuschieben. Wie dieses Ziel durchzusetzen ist, wird gegenwärtig u.a. in der Diskussion über die Schaffung einer „Hanseregion Baltikum“ erörtert. „Estland, Lettland, Litauen und die russische Region Königsberg (Kaliningrad — Red.) sollten ihre Wirtschaftsreformen durch den Aufbau einer „Hanseregion Baltikum“ als Voraussetzung für eine spätere Integration in die EG ergänzen.“ (12) Als Kern dieser „Wirtschaftsreformen“ wird die Einführung „vertrauenswürdiger“ baltischer Währungen genannt, die fest an den europäischen Ecu gekoppelt werden sollen. Die Währungspolitik soll von einer westlichen Zentralbank „strikt kontrolliert“ (12) werden. Welche „westliche Zentralbank“ die Kontrolle ausüben wird, überläßt die BRD nicht dem Zufall. Bundesfinanzministerium und Bundesbank haben schon im Oktober 91 ihre „Hilfe“ beim Aufbau angekündigt; unter anderem entsenden sie zu diesem Zweck Pensionäre und Mitglieder der Landeszentralbanken in die Region. (13) Auch an anderer Stelle sichert sich die BRD den entscheidenden Einfluß. Sie treibt mit Geld und Ausrüstung den Aufbau von Polizei und Militär voran. (14)

Welche Rolle den baltischen Ländern in der BRD-beherrschten Großraumwirtschaft zugewiesen wird, wird ebenfalls immer deutlicher. Als „Aktivposten“ zählt das großbürgerliche Wirtschaftsblatt *Blick durch die Wirtschaft* vor allem das „niedrige Lohnniveau und das Bewußtsein der Bevölkerung, sich von der Vergangenheit lösen zu müssen.“ auf. (11) Wirtschaftsexperten halten die Errichtung kleiner Zulieferfirmen mit einigen Beschäftigten und wenig mehr Ausstattung als ein tragbares Telefon für denkbar.

Quellen: (1) *Neue Zürcher Zeitung*, 11.3.92; (2) FAZ, 4.9.91; (3) *Handelsblatt*, 12.11.91; (4) *Wirtschaftswoche*, 25.10.91; (5) *Politische Berichte*, 2/92, „Selbstbestimmungs“politik = Deutsches Europa und Intervention; (6) 6.2.92; (7) 11.3.92; (8) 30.8.91; (9) FAZ, 10.9.91; (10) Spiegel, 25.11.91; (11) *Blick durch die Wirtschaft*, 6.2.92; (12) *Handelsblatt*, 27.11.92; (13) FAZ, 31.10.91; (14) FAZ, 29.2.91 — (sc)

Kurz berichtet

Heinrich Fink gewinnt Arbeitsgerichtsprozeß

Die am 25.11.91 ausgesprochene außerordentliche sowie hilfsweise ausgesprochene ordentliche Kündigung des — derzeit nicht amtierenden — Rektors der Humboldt-Universität ist rechtsunwirksam. Fink muß weiterbeschäftigt werden, auch wenn weitere Instanzen sich damit befassen müssen. Dies entschied am 1.4. das Arbeitsgericht Berlin. Das Gericht warf der für die Kündigung zuständigen Personalkommission (einem Gremium aus Vertretern des Senats und der Hochschule, in dem der Wissenschaftsminister die ausschlaggebende Stimme hat) vor, über die Darlegung der Unterlagen aus der Gauck-Behörde hinzu den konkreten Nachweis schuldig geblieben zu sein, daß Fink wissentlich mit der Stasi zusammengearbeitet habe. Der Richter kritisierte, daß die Anwälte des Senats zwar den schriftlichen Angaben der ehemaligen Führungsoffiziere in den Gauck-Akten Glauben schenkten, nicht aber deren nachträglicher mündlicher Versicherung, Fink sei ohne Wissen Informeller Mitarbeiter gewesen. — (har)

Fachbereichsabwicklung an der HUB rechtswidrig

Berlin. Das Berliner Verwaltungsgericht hat die Abwicklung der Fachbereiche Rechtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaften, Erziehungswissenschaften, Geschichte sowie des Instituts für Philosophie für rechtswidrig erklärt. Damit folgt es dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, wonach eine Abwicklung die tatsächliche Auflösung einer Einrichtung voraussetzt. Dies trifft aber nicht nur nachweislich, sondern vom Senat zugegebenermaßen nicht zu. Die Fachbereiche werden weitergeführt mit neuem, zumeist westlichem Personal, insbesondere was das wissenschaftliche betrifft. Jetzt wird es für den Senator teuer, muß er doch das „alte“ Personal weiterbezahlen und hat bereits 55 Rufe auf C4- und C3-Stellen erteilt. Steffie Schnoor, bisherige Staatssekretärin beim Wissenschaftsminister und künftige Ministerin in Mecklenburg-Vorpommern, gibt deshalb der Hoffnung Ausdruck, „daß die Gerichte zukünftig bei ihren Entscheidungen den Handlungs- und Finanzierungsspielraum der öffentlichen Hand stärker berücksichtigen sowie dem Leistungsgedanken im Hochschulbereich bei Kündigungen wegen mangelnden Bedarfs stärker Rechnung tragen“ (Landespressedienst vom 20.3.92), und: soziale Gesichtspunkte hätten demgegenüber zurückzutreten. Doch nicht nur die Finanzen hält der Senat dem Urteil des Verwaltungsgerichts entgegen. Dieser Beschuß schade der Humboldt-Universität (die als einzige

DDR-Universität gegen Abwicklung von Fachbereichen geklagt habe), denn ihre Erneuerungsfähigkeit werde in Zweifel gezogen. Dabei verhält es sich gerade umgekehrt: Die Humboldt-Universität will sich selbst aus eigener Kraft und im wesentlichen mit dem bisherigen Personal erneuern — dieses Konzept vertritt der noch nicht wieder amtierende Präsident Fink — und lehnt staatliche Eingriffe ab. Wissenschaftsminister Erhard (CDU) gibt sich noch nicht geschlagen. Er will in die nächste Instanz gehen. — (har)

BVV-Wahlen Berlin: faschistische Kandidaturen

Zu den Bezirksverordnetenwahlen am 24. Mai in Berlin kandidieren folgende rechte und faschistische Parteien: DSU, Deutsche Soziale Union: Mitte und Prenzlauer Berg
Die Bürger: Tiergarten, Spandau
REP, Republikaner: sie kandidieren in allen Bezirken

FVP, Freiheitliche Volkspartei: Köpenick (Gründung 1985 durch den ehemaligen REP-Funktionär Franz Handlos)
NF, Nationalistische Front: Hohen- schönhausen

ÖDP, Ökologische-Demokratische Partei: Charlottenburg, Spandau, Wilmersdorf, Zehlendorf, Steglitz, Tempelhof, Köpenick, Reinickendorf

Die Nationalen: Wedding, Spandau, Tempelhof, Neukölln, Treptow, Lichtenberg, Pankow, Reinickendorf, Marzahn

WG FAP, Freiheitliche Arbeiterpartei: Prenzlauer Berg. — (chk)

Bauernlegen ohne Ende — die Junker kehren zurück

Die neuesten Annahmen der Arbeitsgemeinschaft für Agrarfragen in der ehemaligen DDR übertreffen die düstersten Vorhersagen für die Beschäftigten in der Landwirtschaft: Demnach sollen bis zu 300000 der jetzt noch 340000 Beschäftigten (von ehemals über 800000) ihre Existenz verlieren, wenn die landwirtschaftlichen Genossenschaften keine Unterstützung erhalten. Tatsächlich werden diese gezielt diskriminiert: Sie erhalten praktisch keine Kredite und Fördermittel, werden bei der Verpachtung von Land benachteiligt. Die Folge der massenhaften Freisetzung der landwirtschaftlichen Produzenten ist absehbar der Verfall der Preise für Ackerland. (Spiegel, 6.4.) Dazu paßt die Meldung, daß inzwischen 1200 Junker und Großgrundbesitzer ihr Interesse an ostdeutschem Boden gemeldet haben. In einer von der Treuhand festgelegten Reihe folge für die Verhökerung des Landes an Kaufwillige wurden ihnen als sogenannten „Alteigentümern“ Vorrang eingeräumt. (unz, 1. Märzausgabe) Durch die Bodenreform enteignete Großgrundbesitzer erhalten zudem Ausgleichszahlungen — das bedeutet, das Land fällt ihnen praktisch kostenlos zu. — (sc)



Berlin. 12000 Lehrerinnen und Lehrer beteiligten sich am 25. März an einem ganztägigen Streik, zu dem die GEW aufgerufen hatte. Anlaß für diesen Streik und ihm vorausgegangene vielfältige Aktionen seit November letzten Jahres ist die inzwischen trotz heftiger Debatte beschlossene Erhöhung der Pflichtstundenzahl um eine Unterrichtsstunde pro Woche. Auf diese Weise sollen 1500 Stellen eingespart werden. Aufgrund des heftigen Widerstandes sah sich der CDU/SPD-Senat zu einem differenzierten Vorgehen gezwungen: Neben einer Studentenfakultätskürzung für verschiedene Schulklassen wird die Pflichtstundenzahl um eine Stunde pro Woche erhöht; ausgenommen von der Erhöhung werden Klassenlehrer der Klassen 1-10 und Schulleiter sowie stellvertretende Schulleiter, da sie bei der Arbeitszeitverkürzung 1988 nicht berücksichtigt worden waren. Im Grundschulbereich betrifft dies immerhin rund 75 % und an den Oberschulen etwa 30 % der Lehrkräfte. Dafür sollen Lehrkräfte an den Berliner Kollegs und Abendschulen zwei Unterrichtsstunden mehr geben und die Altersermäßigung erst mit 53 Jahren beginnen. Die GEW hat weitere Protestaktionen vor den Bezirksverordnetenwahlen im Mai angekündigt. — (har)



Nationalistendemonstration im Baltikum: Jetzt die Wirtschaftskatastrophe

Fahrzeugbau und der Haushaltstechnik. Auf einigen Gebieten, bei Telefonen, Melkanlagen und Eisenbahnwaggons etwa, stammte ein Großteil der sowjetischen Gesamtproduktion aus Lettland. Ähnliches gilt auch für Litauen. Es produzierte bis 1991 nicht nur 100 % der sowjetischen Stromzähler, sondern hatte auch erheblichen Anteil an den elektronischen Produkten, Computern, am Maschinen- und Gerätebau oder an der Mineralölproduktion. Estland schließlich hat eine entwickelte Leichtindustrie, exportierte Produkte der Elektronik-, Elektro-, Bekleidungs- und Fischindustrie und belieferte die benachbarten Regionen mit Energie.

Zwei Daten sollen diese kurze Aufzählung beenden: „Schätzungsweise 60 Prozent ihres Bruttonzialprodukts erwirtschaften die baltischen Staaten durch Handel“, schrieb die *Frankfurter Rundschau* (2) — die Wirtschaft der baltischen Länder ist also in starkem Maße von Exporten und Importen abhängig. Und: rund 90 % des Handels wurde mit den anderen Republiken der Sowjetunion getätig. Die Wirtschaft der baltischen Länder war mithin sehr stark in die Gesamtwirtschaft der ehemaligen Sowjetunion eingebunden.

Entgegen einem verbreiteten Vorurteil hat diese Einbindung in die sowjetische Gesamtwirtschaft die industrielle Entwicklung in den baltischen Ländern im wesentlichen überhaupt erst in Gang gesetzt. In der Zeit ihrer Unabhängigkeit zwischen den beiden Weltkriegen waren sie in den Weltmarkt integriert — als Lieferanten ausschließlich von Agrarprodukten ins Deutsche Reich und nach Großbritannien. (3) In Litauen etwa gab es in dieser Zeit eine Textil- und Lederindustrie; die Metallindustrie entwickelte sich erst nach dem zweiten Weltkrieg, unter großen Anstrengungen der sowjetischen Gesamtwirtschaft. (4)

Estland, Litauen und Lettland verdanken die bedeutsame Position, die sie in der sowjetischen Wirtschaft hatten, vor allem zwei Faktoren: dem gesicherten Absatz in die übrigen Regionen (der zugleich die Möglichkeit zu kostengünstigerer Großproduktion beinhaltet) und der Versorgung mit billigen Rohstoffen aus der übrigen Sowjetunion, vor allem Öl — von den baltischen Ländern verfügt nur Estland über verhältnismäßig reichhaltige Bodenschätze. Auf dieser Grundlage hatten sie einen Lebensstandard erreicht, der deutlich über dem Durchschnitt des sowjetischen Lebensstandards lag. Estland verzeichnete seit zwei Jahrzehnten den höchsten Pro-Kopf-Verbrauch und den höchsten Standard in der Ausrüstung mit Autos u.ä. in der gesamten Sowjetunion.

Der Kunstverein Gauting bei München hat zu seinem zwanzigsten Jubiläum eine Ausstellung mit Werken junger Künstler – „Kunstdünger“ – durchgeführt. Bei der Vernissage am 7. März verteilte der Gautinger Maler Stefan Britt ein Flugblatt zur sozialen Lage junger Künstler. Bei diesem Flugblatt handelt es sich um eine Montage, die hier nicht original wiedergegeben werden kann, sondern nur nachempfunden ist. Der Text des Flugblattes ist der erste Teil eines Artikels, der vom Vorsitzenden des Berufsverbandes bildender Künstler München und Oberbayern, Otto Dressler, 1983 geschrieben wurde. Dessen, damals optimistischen, zweiten Teil hat Stefan Britt in seinem Flugblatt weggelassen, weil sich die Erwartungen nicht erfüllt haben. Die Situation ist im Gegenteil noch schlimmer geworden. Das Flugblatt hat dazu geführt, daß eine Gruppe „Kritische Werkstatt“ gegründet wird, die sich mit den im Flugblatt angesprochenen Problemen beschäftigen will.

— (mu)

Der Kunststudent trifft nach dem Verlassen seiner Ausbildungsstätte zuerst einmal auf einen total verwalteten und in festen Gleisen fahrenden Kulturstaat. Er wird von Millionenetats hören und bald feststellen, daß dieser Etat und diese Gelder nichts mit der Verwirklichung „Neuer künstlerischer Ideen durch junge Künstler“ zu tun haben, sondern verschlungen werden von etablierten Einrichtungen wie Staatstheater, Museen usw. Dagegen ist natürlich nichts einzutragen, aber wo soll sich der „neue Künstler“ unterbringen? Nachfragen bei den Kulturverwaltungen führen höchstens zu guten Ratschlägen und lassen ihn erkennen, daß er nur deshalb nicht übersehen wird, weil er eine Art Alibi abzugeben hat. Wenn er Glück hat, darf er in einer undichten Fabrikhalle ein paar Bilder aufstellen oder, als ganz seltener Fall, in einer gänzlich abgelegenen und menschenleeren U-Bahnstation für einige Zeit agieren.

Wendet er sich an Galerien, wie es scheint zu Recht, denn in diesen Galerien soll sich doch das kulturelle Leben widerspiegeln (wie ein Katalogtext verheiße), dann wird er seine ersten Demütigungen erfahren. 1 zu 700 steht die Chance für eine Galerieausstellung, wie mir einmal ein Galerist erzählte, sonst kommt da „nur Mist an uns heran!“ (Zitat des Galeristen). Nur eine Ausnahme ist mir bekannt: ein Münchner Galerist hat in Nymphenburg eine ausschließlich Kunststudenten vorbehaltene Ausstellung in seinen Räumen gemacht. Eine Nachfrage beim stadt. Kulturdezernat um 1000.-DM Zuschuß für eine einfache Katalogdokumentation, die den jungen Künstlern auch in Zukunft hätte weiterhelfen können, wurde bei ausdrücklicher Belobigung der Galeristeninitiative abschlägig beantwortet. Begründung: keine Mittel dafür vorhanden. Es ist sicher unsachlich, wenn mir in diesem Zusammen-



„Gebraucht werdet Ihr eigentlich nicht . . .“

Junge Künstler im Kulturstaat oder was Kunststudenten nach der Ausbildung erwarten.

Wohlfahrtsniveau abgegolten scheint. Unsere, der Künstler Forderungen an den Staat aber ist eine völlig andere. Wir glauben, daß die Herausforderung der Künstler durch den Staat ein Weg sein kann, d.h. daß der

- 1.) Artikel von Otto Dressler im Mittelteilungsblatt des Berufsverbandes Bildender Künstler 2 / 1983
 - 2.) Poesie maste göras av alla! 1969
 - 3.) Einladung des Kunstvereins Gauting e.V. 1992
- Montage: Stefan Britt

hang einfällt, daß für ein Kulturgebäude in der gleichen Stadt allein nur für zusätzliche Lärmschutzgebäute 10 Millionen DM bezahlt werden! Bleiben wir bei dieser Stadt: Die Mittel für Austauschstipendien wurden gestrichen, wieder eine Möglichkeit weniger für die jungen Künstler, Erfahrungen und Kontakte mit anderen Ländern und Künstlern zu sammeln und anzuknüpfen.

Natürlich gibt es für die jungen Künstler auch noch andere Möglichkeiten, ihre Ideen und ihre ersten Werke der Öffentlichkeit darzustellen. Aber auf eigene Kosten! Von Galerien bis zu zweifelhaften Unternehmungen privater Kulturflege kommt eine Skala der Anbieter auf den Künstler zu, die mit klangvollen Begriffen eigene Imagepflege zu hohen materiellen Lasten derer betreiben, die als Künstler keine andere Möglichkeit zur Veröffentlichung ihrer Werke haben. Sicherlich seriöser, aber ebenso existentiell wirkungslos (für die Künstler) sind die Unternehmungen von Banken und Wirtschaftsinstituten, die unter der Vorstellung „kulturellen Mäzenatentums“ ihre Werbebotschaft einsetzen. Das ungute Gefühl, Lieferant für die selbstgefällige Dekoration sogenannter „Kulturträger“ zu sein, bleibt dem betroffenen Künstler vorbehalten.

Mit wenigen Ausnahmen interessieren sich die Ausbildenden an Akademien nicht für das Schicksal ihrer Schüler nach der Ausbildungszeit. So nutzte z.B. ein Professor einen TV-Bericht zum Existenzthema der Studenten zur ausführlichen Selbstdarstellung seines künstlerischen Werkes, nachdem er eine begonnene Diskussion seiner Studenten in der Akademieklassie als unqualifiziert beendet hatte (Gesendet im Bayerischen Fernsehen). Mit vielen weiteren Beispielen ließe sich die schlechte

Situation der jungen Künstler noch belegen.

Künstlernachwuchs = Sozialfall

Wenn in Bayern die Rede von Kunst und Kultur ist, dann wird in erster Linie von Traditionspflege und künstlerischem Erbe gesprochen. Unser Ministerpräsident widmet in seiner Regierungserklärung diesem Bereich den Vorrang, und Herr Staatsminister Max Streibl schließt sich mit der Berufung auf Artikel 3 der Bayerischen Verfassung „Bayern ist ein Kulturstaat“ diesen Gedanken an. Das ist gut und richtig und vor allem die bilden Künstler begrüßen solche Worte, waren es doch ihre Vorgänger, die das alles geschaffen haben, was heute als zu pflegendes Kulturerbe zur Grundlage für den Begriff „Kulturstaat“ wird.

Aber wie steht es heute um die bilden Künstler, wie ist das Verhältnis derer, die bewahren wollen zu denen, die Neues zu schaffen haben? In einer Welt, die geprägt ist vom Selbstverständnis materieller Werte, von Begriffen wie „Lebensstandard“ und „Besitzstatus“, verlagert sich allzuoft die Vorstellung von Kreativität auf eine geschäftliche Tüchtigkeit zur Weckung und Befriedigung von Bedürfnissen materieller Art. Kultur, oder das, was landläufig darunter verstanden wird und vorrangig von den Medien propagiert ist, wird zu einer Art „Feierabendbeschäftigung“ mit Geselligkeitswert. Kunst als angenehme Konsumware hat, von den geschäftstüchtigen Maklern (Galeristen) hochstilisiert, die fragwürdige Aufgabe zu erfüllen, zum Statussymbol zu werden. Der Besitz eines Kunstwerkes steht höher an als eine eventuelle Beschäftigung mit den künstlerischen Inhalten und Aussageabsichten des Künstlers. Der Besuch einer

Vernissage wird meist zu einem gesellschaftlichen Ereignis statuiert, bei dem es dem Besucher gefällt, mit dem Sektglas in der Hand und dem Rücken zur den Bildern, vorwiegend über sich selbst zu reden.

In der Wohlstandsgesellschaft bleibt dem Künstler die Alibirolle, als Lieferant von „Überhöhungsgedanken“ akzeptiert zu werden, die mit intellektuellem Prickeln konsumiert werden.

Als Statussymbol im privaten Mäzenbereich findet sich der heutige Künstler allzuoft in der Alternative zur Luxuslimousine wieder. (Eine Dame der Münchner Gesellschaft schwankte bei einem Vernissage-Gespräch zwischen der Anschaffung eines zweiten Reitpferdes oder, doch lieber ihr Geld in Bildern des ausstellenden Malers anzulegen.) Der Galerist hat es dann doch geschafft; bei 50% Gewinn, versteht sich! Bleibt noch zu erwähnen, daß es eine weitere Überlebenschance für Künstler gibt, eben dann, wenn sie bereit sind, auf Grund einer sogenannten 2%-Klausel für Bauherren an deren, oft allzu nüchternen und unmenschlichen Abschreibungen und Spekulationsbauten zum „Kosmetiker“ zu werden.

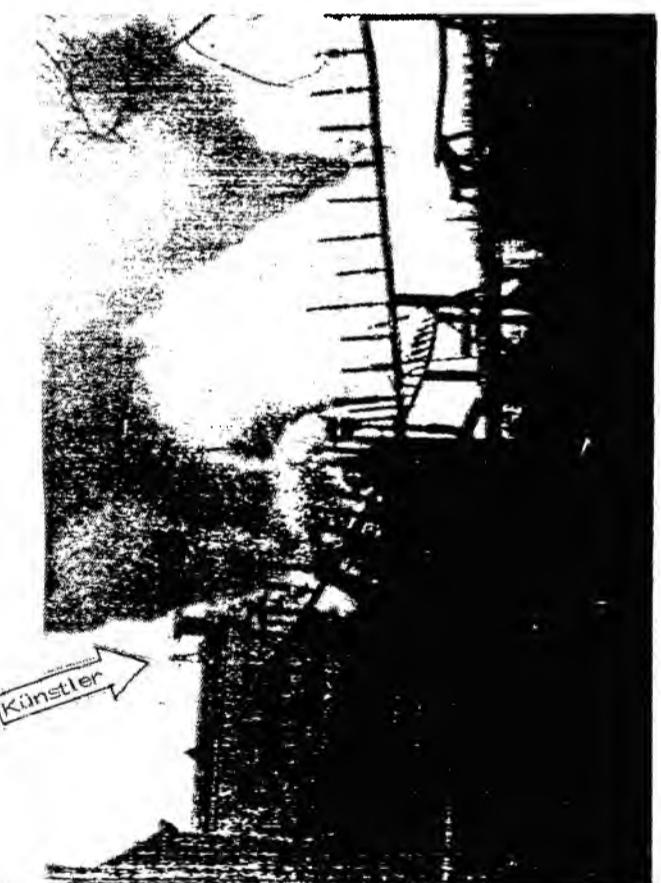
In diese zugegebenermaßen etwas emotional und aus persönlicher Betroffenheit gesehenen Umwelt werden die Kunststudenten von den Kunsthochschulen entlassen, um sich entweder, „wenn sie Glück haben“, einem Galeristen anzuvertrauen, der zukünftig bei der Kunstproduktion mitbestimmen oder überhaupt bestimmen wird, oder sie wagen die freie künstlerische Betätigung, was für lange Zeit gleichbedeutend ist mit der Existenzangst, materieller Not und öffentlichem Desinteresse. Was helfen ihm da die staatlichen Förderungsmaßnahmen, die,

wenn es hoch kommt, vielleicht einmal einen Bilderkauf offerieren oder unter tausenden Interessenten einige Stipendien für Romaufenthalte vermitteln.

Aus dem nichtveröffentlichtem Teil.

Hier kann und muß eine neue Form von Hilfe durch den Staat einsetzen. Bisher sahen die verantwortlichen Kulturpolitiker im Künstler den „Sozialfall“, den es zu verhindern gilt und der mit einer minimalen Sicherung des Lebensunterhaltes auf dem

Staat vorbereitende Möglichkeiten für die freie Entfaltung künstlerischer Qualitäten derart schafft, als er Öffentlichkeit herstellt . . . Räume oder andere Bereiche für Aktivitäten zur Verfügung stellt, die bei minimaler Grundfinanzierung eine Hilfe zur Selbsthilfe werden können. Der Staat, oder wer auch immer hinter diesem Begriff steht, kann Bezugsmöglichkeiten, Konfrontationsbereiche schaffen, die eine fortlaufende Beziehung der Bürger zum Künstler erreichen . . .



Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich . . . Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

- 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.
- Im Halbjahres-/Jahresabo (26,- bzw. 52,- DM je Einzelabo)
- Im (Halbjahres)-Förderabo (39,- DM je Einzelabo).
- Halb-/Jahresabo für neue Länder (16,90 bzw. 33,80 DM im Jahr)

Bankenzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

(Bank) Unterschrift)

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226, Tel.: 0221/216442. Die Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Hüseyin Celebi (über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 5000 Köln 1), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 6800 Mannheim 1), Jörg Detjen (über: GNN, Postfach 260226, 5000 Köln 1), Martin Fochler (über: GNN, Holzstraße 2, 8000 München 5), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76), Herbert Staschit (über: GNN-Verlag, Badeweg 1, O-7144 Schkeuditz), Werner Thümmler (über: GNN, Czerninskstr. 5, 1000 Westberlin 62).

Verlags: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Datentelefon: 0221/246915, Telefax: 0221/215373. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Kto. Nr. 10419-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 37010111, Kto. Nr. 11439-3600.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26,- DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement Politische Berichte 52,- DM (Förderabo 78,- DM). Für

Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1,- DM; das Halbjahresabo kostet 16,90 DM/Jahresabo 33,80 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötz; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küster; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverbund niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverbund baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverbund bayrischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMe, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagehinweis: Regelmäßig vierseitige Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Bestelladressen:

- GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226
- GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76
- GNN Verlagsgesellschaft Westberlin, Czerninskstr. 5, 1000 Westberlin 62
- GNN Verlag Niedersachsen/Bremen, Grenzweg 4, 3000 Hannover 1
- GNN Verlag Nordrhein-Westfalen, Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1
- GNN Verlagsgesellschaft Hessen, Postfach 110822, 6000 Frankfurt 11
- GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg, Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1
- GNN Verlagsgesellschaft Bayern, Holzstr. 2, 8000 München 5

für Bezieher aus Ostdeutschland

GNN Verlagsgesellschaft Sachsen, Badeweg 1, O-7144 Schkeuditz